

1938

Wie Geschichte vermacht wird



gerichtlich - amtlich - öffentlich
und in den Köpfen

Ein Beispiel aus dem Vordertaunus

1988

Das Gedenkjahr 1988 ist Anlaß, nicht Grund für diese Arbeit,
die versucht, mit den Mitteln der Dokumentation einige
Spuren zu verfolgen, die ihren erkennbaren Anfang im Jahr
1938 haben, als in Bad Soden der jüdische Betsaal verwüstet,
die Israelitische Kuranstalt niedergebrannt und Eigentum
jüdischer Sodener Bürger geplündert wurde.

Brigitte Dörrlamm
Martin Schaller
Norbert Stieniczka
Wolf Thielking
Mai-Lin Tjoa

Bad Soden, im August 1988

Inhalt

	Seite
DER ANSTOB: Anstößiges von 1938 bis 1988	5
DIE SITUATION DER PRESSE im Frankfurt/Bad Sodener Raum 1949	12
Exkurs: ENTNAZIFIZIERUNG IN HESSEN	15
BAD SODEN AM TAUNUS 1949	30
GESCHÜTZTE GESCHICHTE: VOR - BZW. IN WESSEN INTERESSE ?	34
DER PROZEB VON 194 8 9 Der Geschehensablauf (zitiert aus der Urteilsbegründung)	38
HALTUNGEN UND ÄUßERUNGEN VON BETRÖFFENEN	40
(TRAUER-) FEIERN STATT TRAUERARBEIT	48
IST HITLER NOCH EHRENBÜRGER VON BAD SODEN oder DER UMGANG MIT UNANGENEHMEN FRAGEN	58

Die Bevölkerung erhebt sich gegen Alljuda

Schon bald nachdem in der Gauhauptstadt Frankfurt die traurige Kunde, daß Ernst vom Rath seinen Verletzungen durch den jüdischen Revolveranschlag erlegen sei, bekannt wurde, machte sich in allen Teilen der Stadt eine starke Volksbewegung bemerkbar. Tief erschüttert über dieses neue jüdische Opfer kam es zum Teil noch in der Nacht zu gewaltigen Demonstrationen als spontaner Ausdruck gegen die Juden und ihre in aller Welt gegen Deutschland entfachte Hehe. In den frühen Morgenstunden nahm diese Volksbewegung immer größere Umfänge an. Auf den Straßen der Gauhauptstadt strömten Zehntausende zusammen, die gegen Mittag in so unermeßlichen Scharen die Straßen füllten, daß der Fahrzeugverkehr nur unter großen Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden konnte.

Die Menschenmassen forderten in ihren Rufen Rache für den jüdischen Mordmord in Paris und verlangten in ununterbrochenen Sprechchören die Entfernung der Juden aus Deutschland. Die jüdischen Geschäfte wurden von den Massen der aufs tiefste erregten Männer und Frauen gestürmt. Trotz der außerordentlich großen Erbitterung, die dem jüdischen Treiben ein für alle mal Einhalt gebieten wollte, kam es nirgendwo zu Plünderungen. Sämtliche Frankfurter Synagogen ließen der allgemeinen und von allen Bevölkerungsschichten getragenen mitreisenden Demonstration zum Opfer.

Die Bevölkerung der Gauhauptstadt hat trotz der jahrelangen jüdischen Hehe im Ausland Disziplin gehalten. Sie hat den Mord an Wlsh. Gunkloff durch den Juden Frankfurter mit verhaltenem Jörn hingenommen. Als aber vom Rath als der zweite Deutsche im Ausland von einem Juden niedergestreckt wurde, brach die Bevölkerung von Frankfurt a. M. in einem Sturm der Empörung und Entrüstung gegen die auf, die jahrzehntelang das Volkrecht in Deutschland mißbraucht haben. Die deutsche Langmut fand nach dieser zweiten Mordtat in einer gewaltigen Demonstration aller Volksteile ein Ende. Für jüdische Mörder und ihre Genossen ist in Frankfurt a. M. kein Platz mehr!

*

* Im Anschluß an unsere gestrige Berichterstattung hinsichtlich der Vorgänge in Höchst ist noch folgendes mitzuteilen:

Nachdem durch den gestern morgen entstandenen Brand in der Synagoge nur unerheblicher Schaden entstanden war, wurde in den Mittagsstunden von der empörten Bevölkerung ganze Arbeit geleistet: die Synagoge wurde im Innern größtenteils zerstört. Etwa um 1.30 Uhr mittags wurde die Feuerwehr erneut gerufen, weil in der Synagoge Feuer ausgebrochen war, durch das die hölzerne Inneneinrichtung und andere brennbare Gegenstände beschädigt bzw. vernichtet wurden. Seit gestern abend befindet sich ein Polizeiposten vor dem Gebäude, dessen Fenster Scheiben demoliert sind; die Tür zur Synagoge wurde amtlich versiegelt.

Auch mit den noch immer vorhandenen letzten jüdischen Geschäften in Höchst wurde gestern gründlich aufgeräumt. Ganz besonders mitgenommen wurde von dem Volkszorn ein Ladengeschäft in der Königsteinerstraße, dessen Parterrefront seit heute nacht mit einer Bretterwand verkleidet ist. Auf der Dalbergastraße wurden ebenfalls an einem jüdischen Geschäft die Schaufenster demoliert.

Was anderwärts gilt, hat sich auch bei den Vorkommnissen in Höchst bestätigt: die durch den seligen jüdischen Mordmord an einem deutschen

Volksgenosse zum Ausbruch gelommene Empörung der Bevölkerung zeigt dem Judentum und der ganzen Welt jetzt unmißverständlich, daß die Juden im ganzen Deutschen Reich aufs höchste unerwünscht sind. Wir wissen, daß die Mißpoke in den Septembertagen wie auch sonst bei verschiedenen Gelegenheiten auf den Zusammenbruch des Nationalsozialismus rechnete. Gewisse Staatsfeinde in diesem und jenem Lager mögen das parasitäre und nichtsnutzige im übrigen aufs härteste mit verbrecherischen Neigungen behaftete Jüden-geindel in dieser Auffassung vielleicht noch bestärkt haben. Gestern nun haben sämtliche Juden — die in Deutschland und die draußen in der Welt — die Ansicht kennen gelernt, wie sie dem deutschen Volke tatsächlich zuzugehen ist. Es war keine alltägliche Vernichtungsmut, die gestern am Werke war, sondern das unabwiesbare Verlangen des Volkes, die Spuren jüdischen Treibens in deutschen Landen auszubrennen, damit diese Schandmale eines Untermenschentums ein für alle Mal verschwinden.

Im übrigen hat auch die Bevölkerung des engeren Heimatbezirks die von Dr. Goebbels vor kurzem zum Ausdruck gebrachte Feststellung durch die Tat bewiesen: Deutschland interessiert die Frage nicht mehr, was man draußen in der Welt zu den Handlungen des deutschen Volkes und seiner Staatsführung im eigenen Lande sagt. Das Dritte Reich ist stark genug, um sein Schicksal so zu gestalten, wie es in erster Linie den eigenen Belangen und dem eigenen Wohlergehen entspricht. Und auch jetzt läßt uns das internationale Reich-Geschrei kalt, das nun von ausländischen Gazetten und Rundfunksendern, soweit sie den Sinn der Judenfrage für die Menschheit noch nicht erkannt haben, nach der vollkommen berechtigten Vergeltungsaktion der deutschen Bevölkerung angeklammert werden mag.

Das deutsche Volk hält, wenn es in Beachtung des Aufrufs von Reichsminister Dr. Goebbels die weiteren Maßnahmen von jetzt ab der Regierung überläßt, unter allen Umständen Disziplin; das hat sich auch bei den gestrigen Aktionen gezeigt, die nur der Vergeltung und der Ausrottung von Schädlingssparten dienen, also nach dem Mordmord in Paris für ein Volk mit Selbstbewußtsein geradezu eine Naturnotwendigkeit waren.

Auch in Bad Soden wurde aufgeräumt

1. Der selige Mord an dem Gesandtschaftsrat vom Rath löste auch in Bad Soden die größte Entrüstung aus. Die gerechte Wut der Einwohnerchaft Sodens griff gestern in den Mittagsstunden zur Vergeltung gegen die Gebäude und Wohnungen der hiesigen Juden. Die Synagoge wurde ausgeräumt, und die Einrichtungsgegenstände wurden auf der Straße verbrannt. Gegen 4 Uhr wurde die Feuerwehr alarmiert, die berüchtigte Israel Kuranstalt, die noch als eine der wenigen solcher Anstalten hier bestand, stand in Flammen. Die Volkswut richtete sich nun auf die Vernichtung der Wohnungseinrichtungen der Juden, während an den Juden selbst keinerlei Vergeltung ausgeübt wurde. Sie konnten, ohne belästigt zu werden, abziehen.

Hofheim ebenfalls jubenfrei

Die Empörung der Bevölkerung machte sich auch in Hofheim Luft, wo die inmitten der Altstadt gelegene Synagoge, einige jüdische Behausungen und das jüd. Erziehungsheim am Kapellenberg ausgeräumt wurden. Die Insassen haben die Stadt verlassen.

Wie jeder in der Region weiß, gibt es das "Höchster Kreisblatt" immer noch bzw. längst wieder. Leser, die den vorstehenden Artikel vor fünfzig Jahren beim Frühstück ge-

lesen haben, ohne ihre Zeitung abzubestellen, gibt es ebenfalls. Wenn es stimmt, daß die "mitreißende(n) Demonstrationen" im Frankfurt von damals "von allen Bevölkerungsschichten getragen" waren - und daran besteht kaum ein Zweifel - leben auch noch einige der 1938 "aufs tiefste erregten Männer und Frauen", und die "gerechte Wut der Einwohnerschaft Sodens" müßte manchem Sodener noch erinnernlich sein.

Aber in dieser Arbeit soll es keineswegs um die Denunzierung einzelner und nicht nur um die unmittelbaren Zeitzeugen oder ausschließlich um fünfzig Jahre zurückliegende Ereignisse und Vorgänge gehen. Hier soll, soweit das im gegebenen Rahmen möglich ist, der öffentliche und öffentlich gewordene Umgang mit der Einschätzung und Beurteilung der "Judenaktion" und des nationalsozialistischen Umfelds sowie besonders die offizielle Erinnerung daran verfolgt werden, und zwar, soweit sich Zeugnisse und Dokumente dafür finden lassen, vom 11.11.1938 an bis zum heutigen Tag. Denn, so Jürgen Habermas im Rahmen des sog. Historikerstreits am 7.11.1986 in der ZEIT: "Unsere Lebensform ist mit der Lebensform unserer Eltern und Großeltern verbunden durch ein schwer entwirrbares Geflecht von familialen, örtlichen, politischen, auch intellektuellen Überlieferungen - durch ein geschichtliches Milieu also, das uns erst zu dem gemacht hat, was und wer wir sind." In diesem "wir" jedoch liegt bereits die erste Schwierigkeit; es ist nicht so homogen, wie der Autor glauben machen will. Auch in demokratisch verfaßten Gemeinwesen bestehen handfeste Interessengegensätze, die ein harmonisierendes "Wir Deutsche", "Wir Hessen", "Wir Sodener" nicht rechtfertigen.

Wir, die Verfasser dieser Arbeit (eine Lehrerin, 52, und vier ehemalige Geschichtskursteilnehmer, jeweils 20; nicht alle wohnhaft in Bad Soden), sind uns nur in dem Versuch einig, alles zusammenzutragen, was an Aussagen und Urteilen zu den Sodener

Ereignissen des 10. November 1938, ihren Voraussetzungen und Folgen, seither zu finden war, um das zu ermöglichen, was Alexander und Margarete Mitscherlich "Trauerarbeit" genannt haben - wenigstens in dem kleinen hiesigen Bereich. Ziel der Dokumentation ist es, das unbeabsichtigte und beabsichtigte Schweigen, Verschweigen und Alibihandeln zu durchbrechen. Bei dieser selbstgestellten Aufgabe wollten wir uns so wenig wie eben möglich von äußeren Rücksichten und Vorgaben einschränken lassen. Wir haben uns deshalb aus der zunächst geplanten angebotenen Zusammenarbeit mit dem stadtnahen "Arbeitskreis für Bad Sodener Geschichte" gelöst.

Von dort liegt inzwischen eine aus den Prozeßakten von 1949 zusammengetragene Darstellung des "10. November 1938" vor. Aber nicht nur deshalb stehen im Mittelpunkt unseres Interesses weniger die Synagogenverwüstung und die Brandschatzung der Israelitischen Kuranstalt selber als die Reflexion dieser Vorgänge und die Haltung der aktiv und passiv Beteiligten.

Die Gemeinde Bad Soden (damals noch ohne die heutigen Ortsteile Neuenhain und Altenhain) hatte 1938 rund 3750 Einwohner, darunter (nach der Personenstandsaufnahme von 1937) 43 in bezug auf ihr "religiöses Bekenntnis" als "jüdisch" bzw. "israelitisch" bezeichnete.

Bei der Reichstagswahl und "großdeutschen Volksabstimmung" am 10. April 1938 gaben von einer "Gesamtzahl" genannten Größe von 2957 2834 Stimmberechtigte eine gültige Ja-Stimme ab (vgl. "Höchster Kreisblatt" vom 11.4.1938).

Bereits seit 1933 war der "Quellenhof" in Bad Soden Sitz der Kreisleitung der NSDAP, die mit dem Amtsantritt des Kreisleiters Karl Scheyer am 1.10.1937 für den Main-Taunus- und Obertaunus-Kreis zuständig war. Wie man sich in dem Kurort damals selbst sah, zeigt der folgende Artikel aus der "Bad Sodener Zeitung" vom 22.6.1939:

Bad Soden am Taunus 1933—39

Rückblick und Ausblick

Von W. Dellzeit Bad Soden.

Es gibt Zeitabschnitte, die besonders verdienen, daß man sie zum Gegenstand eines Rückblickes macht: Das gilt auch für eine Gemeinde und es ist deshalb angebracht, einen Rückblick auf die Jahre 1933-1939 zu unternehmen. Bis zur Mächtigkeitsjahre durch den Nationalsozialismus lag Bad Soden in seiner Eigenschaft als Heilbad schwer darnieder. Es lag eine besondere Tragik darin, daß Badeorte die Wirtschaftskrise der vorhergehenden Jahre zuerst zu spüren bekamen, am Wiederaufstieg dagegen verspätet teilnahmen. So hat Bad Soden durch den wirtschaftlichen Niedergang vor 1933, nachdem es bereits durch den Krieg, Besatzung und Inflation schwer gelitten hatte, besonderen Schaden davongetragen, denn es war ja so, daß immer weniger Menschen in der Lage waren, eine Kur durchzuführen, und wenn sie diese auch noch so nötig hatten. Das wurde anders mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus. Bad Soden bekam jedoch, wie alle deutschen Bäder, den Wiederaufstieg erst 1934 zu spüren. Die Zahl der Gäste war von 7209 im Jahre 1928 von Jahr zu Jahr gesunken bis auf 3370 im Jahre 1933, um 1934 erstmals wieder zu steigen auf 4139. Von da an hat sich die Gästezahl ständig weiter gesteigert und so konnten 1938 wieder 7033 Gäste gezählt werden. So ist in Bad Soden seit 1933 wieder ein anderer Geist wieder die Schaffenskraft und Unternehmungslust eingeleitet. Das lag auf der Hand, denn eine Gemeinde, in der der Geist des Nationalsozialismus schon frühzeitig einzug und eine feste Stütze fand, mußte innerlich gesund, hoffnungsfroh und lebenskräftig sein. Doch stand dem Wiederaufstieg des Heilbades die Verschuldung während der Systemzeit noch als kaum überwindbares Hindernis im Wege. Das ist nun auch anders geworden.

Bad Soden, seit 1933 Sitz der Kreisleitung der NSDAP, und später der Kreisverwaltung der Deutschen Arbeitsfront, ist heute Kreis- und Hauptstadt der Bewegung - Partei und DAF. - für den Großkreis Maintaunus-Obertaunus. Es ist seit Jahrhunderten ein anerkanntes gutes Heilbad mit vorzüglichen Kureinrichtungen und mit einem Heil-schatz, der auf seinen zahlreichen Quellen beruht, um den es zu beneiden ist. Bad Soden ist daneben schon in den Jahren vor dem Kriege und bis heute immer mehr auch eine Hauptansiedlungsgemeinde und bevorzugter Wohnort geworden. Seine verkehrsgeographische günstige Lage und die Vorzüge, die es schon seit vielen Jahren - auch vor dem Kriege bereits - aufzuweisen hatte, hat es dazu werden lassen. Die Versorgung der Gemeinde mit Wasserleitung, Kanalisation, Gas und Elektrizität ist in Bad Soden, das städtisches Gepräge hat, bereits lange vor dem Kriege selbstverständlich gewesen; mit solchen Aufgaben hatte man sich deshalb in den letzten Jahren nicht erst zu befassen brauchen. - In den Jahren 1927 und später wurden das Kurhaus neu gestaltet, das Schwimmbad im Altenhainer Tal gebaut, die Trinkhalle wurde erweitert durch den Anbau von modernen Burgelkabinen und die Kureinrichtungen erfuhr weiter eine Bereicherung durch die Anlage schöner Tennisplätze hinter dem Kurhaus. Es wurden zahlreiche Wohnbauten errichtet, insbesondere nach 1933, und so ist denn in wenigen Jahren z. B. östlich der bereits seit 1847 bestehenden Bahnlinie ein völlig neues Stadtviertel entstanden. Außerdem wurden bevorzugte Baulagen erschlossen, so in Richtung nach dem Eichwald zu, am Hang des Burgberges und auf dem Dachberg. Bad Soden, das vor dem Kriege rd. 2100 Einwohner zählte, birgt nun nahezu 4000 Einwohner in seinen Mauern, abgesehen von den Kur-gästen, die sich alljährlich zu Tausenden einfinden. So zählt Bad Soden zu den ersten und größten Gemeinden des Kreises.

In der Folgezeit wurden Straßenbauten und viele Straßenverbesserungen durchgeführt. An der Königsteinstraße wurde ein Platz geschaffen, der in den nächsten Jahren in Richtung auf das Kurhaus zu erweitert wird. Im vergangenen Jahre wurden Fußwasserleitungen mit gutem Erfolg unternommen, die bedingen, daß Bad Soden in seiner Wasserversorgung mehr und mehr unabhängig wird. Jetzt wurde eine neue Druckleitung vom Pumpwerk Alleestraße nach dem Dachberg-Hochbehälter geschaffen, verbunden mit einer modernen Fernmeldeanlage. Es wurden Grundstücksankäufe größeren Ausmaßes durchgeführt. Auch in Bezug auf die Verkehrsregelung und Sicherheit wurde Vorbildliches geschaffen, z. B. erfuhr die Kronbergstraße eine bedeutende Erweiterung.

Heute ist Bad Soden als Heilbad, Wohn- und Gartenstadt vorzüglich verbunden mit der Umgebung. In $\frac{1}{4}$ Bahn- oder Omnibusstunde ist Höchst, in $\frac{1}{2}$ Stunde Frankfurt am Main mit den gleichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Neuerdings kann man von Höchst auf schönem Fußgängerpfad entlang der alten Straße nach Bad Soden gehen, während andererseits Omnibusverbindungen mit Königstein und Kronberg bestehen. Es ist klar, daß die mannigfachen Annehmlichkeiten in Groß-Frankfurt am Main. 1933 wurde ein größeres Gelände der Gemarkung Sulzbach nach Bad Soden umgemeindet und ist bereits stark besiedelt.

Seiten Sodens als Wohnstadt mehr und mehr erkannt werden und so fahren denn auch heute alljährlich ca. 700 Arbeitnehmer zu ihren

So wie sich Bad Soden als Heilbad, Ansiedlungs- und Wohn-gemeinde seit 1933 mehr und mehr entwickelt hat, ist es auch sonst nicht untätig geblieben. Der Obst- und Gartenbau - es wird erinnert an die weltberühmte Rosen- und Melkzucht Sodens - stehen in hoher Blüte und die Gemeinde selbst hat in jüngster Zeit größere Obstanlagen geschaffen. Die Sodener Mineralprodukte, vor allem die Sodener Mineralpastillen, tragen den Ruf Sodens in alle Welt. Die Gemeinde hat mit der Neuverpachtung des Vertriebs ihrer Mineral-produkte an einen besonders tüchtigen und fähigen Fachmann im Jahre 1935 einen glücklichen Griff getan. Seitdem sind die Umsätze von Jahr zu Jahr bedeutend gestiegen und haben den Vorkriegsstand wieder erreicht. Gerade in den Einnahmen, die die Gemeinde all-jährlich aus dem Vertrieb ihrer Mineralprodukte erzielt, liegt eine besondere Stärke, die ihr bei Erfüllung ihrer großen Aufgaben zugute kommt. Die Einnahmen (aus Kurtaxe, Bädern usw.) sind erheblich gestiegen und noch im Steigen begriffen. Ebenso verhält es sich mit den Steuereinnahmen. Bad Soden ist wieder zu einer steuerkräftigen Gemeinde geworden, eine Tatsache, die sich nicht zuletzt auch durch den hohen Anteil der Gemeinde am Aufkommen der Kreisabgaben ausdrückt. Die fortlaufenden Verbesserungen an den Kureinrichtungen (Kurhaus, Badehaus usw.), die Schaffung eines modernen Schießstandes in Verbindung mit dem im Eichwald ideal gelegenen Sportplatz, die Vervollkommnung und Verschönerung des Schwimmbades sind weitere Merkmale des Aufstieges, der allein schon durch das Vorhandensein der hervorragenden, teils einzigartig. Kureinrichtungen - es sei erinnert an das weltberühmte Inhalatorium - fest gestützt ist. Seit 1933 wurde und wird eine verstärkte Werbung nach außen betrieben, die im deutschen Fremdenverkehrsweisen einen guten Ruf genießt und die dazu beiträgt, Bad Soden wieder aufwärts zu führen. Dem entspricht die „innere Werbung“, die darin besteht, Bad Soden mehr und mehr zu verschönern. Es ist so mancher überrascht, der nach langen Jahren wieder einmal nach Bad Soden kommt und dabei zu seiner Freude feststellen kann, wie sehr sich Bad Soden zu seinem Vorteil verändert hat.

Bad Soden kann stolz sein auf die anerkennenden Worte aus dem Munde des Präsidenten des Reichsfremdenverkehrsverbandes, Staatsminister a. D. Staatssekretär Hermann Esser, der im Jahre 1936 anlässlich einer Bäderbesichtigungsreise auch Bad Soden besuchte. Er sprach sich sehr lobend über die Sodener Kureinrichtungen aus und betonte, daß ihm der saubere und gepflegte Badeort besonders angenehm aufgefallen sei. Seitdem wurde weiteres getan und wird noch folgen, um dieser Anerkennung noch mehr gerecht zu werden.

Das Bahnhofsgelände erfuhr eine wesentliche Verschönerung durch Anpflanzungen und in diesem Jahre noch wird dort entlang der Salinenstraße eine Stützmauer geschaffen, die dem Ganzen ein neues Gesicht verleiht. Neuerdings wurde die Straßenfront entlang den Tennisplätzen hinter dem Kurhaus bedeutend verschönert durch die Beseitigung einer überständigen großen Einfriedigungshecke und deren Ersatz durch eine schöne Mauer, die durch entsprechende Anpflanzung den passenden Hintergrund gefunden hat. In diesem Gebiet ist vorgesehen, den Kurpark in den nächsten Jahren um ein bedeutendes Stück zu erweitern. Der Kurpark erfuhr in diesem Jahre in der Nähe des neuen Sprudels unter dem bekannten Gartengestalter Hirsch, Wiesbaden, eine Neugestaltung, die allgemein gefällt und es ist geplant, dem gesamten Kurpark im Laufe der nächsten Jahre abschnittsweise ein vollkommen neues Gesicht zu geben. Das Badehaus, das Kurhaus mit Nebengebäude und die Parkvilla erhielten in diesem Jahre ein neues Gewand. Der Quellenpark wurde in den letzten Jahren ebenfalls vollkommen neu gestaltet, wobei die finanzielle Hilfe durch den Kur- und Verkehrsverein besonders hervorgehoben zu werden verdient. Der Kur- und Verkehrsverein hat sich auch in erheblichem Maße an der Finanzierung des Schießstandes beteiligt. Er hat - 1939 - die Mittel bereit gestellt für die Schaffung des Fußgängerweges in das schöne Altenhainer Tal, er hat in den letzten Jahren zahlreiche Ruhebänke aufgestellt und sich im übrigen auch mehrfach in erheblichem Maße an der Außenwerbung für Bad Soden finanziell beteiligt.

Die Veranstaltungen der Kurverwaltung im Kurhaus werden wieder gerne und gut besucht, sie sind abwechslungsreich und sie bieten in Verbindung mit den Kurkonzerten während der Sommerzeit den Kurgästen, Einwohnern und den Besuchern aus der Umgebung angenehme Unterhaltung und wohlthuende Erholung. Das Kurhaus erfuhr in diesem Jahre eine besondere Bereicherung durch den Einbau

einer großen modernen Lautsprecheranlage, die den großen Kursaal, den kleinen Saal, die Kasse und Spielzimmer, die beiden Terrassen und später auch den Park in kleinsten Abständen akustisch aufteilt. Sodens Kurhaus, Mittelpunkt des Kurlebens, ist zugleich die Stätte großer Kundgebungen der Bewegung im Großkreise. Bad Soden gilt auch als Wanderzentrum, von dem aus die Wege offen stehen zu den schönsten Wanderungen in den Taunus und das als altbeliebtes Ausflugsziel für die Bewohner der näheren Umgebung auch als Ziel größerer Wanderungen mehr und mehr gewählt wird.

Zwei besonders wichtige Faktoren aber sind es, die Bad Soden in jüngster Zeit als Erfolg buchen konnte und zwar

1. die Erbohrung eines neuen Warmwassersprudels, der aus 375 Mtr. Tiefe kommt und stark kohlensäurehaltiges Wasser in Wärme von 34 Grad Celsius zu Tage bringt, das nun im Verein mit dem Wasser des alten Sprudels zur Vereitung der herzheilenden Bäder dient. In diesem neuen Sprudel darf Bad Soden das Symbol eines glückhaften Aufstieges sehen. Er bedeutet eine wesentliche Vermehrung der bereits vorhandenen Heilshäute und wird den Ruf des altbewährten Heilbades auch bis in die fernste Zukunft weiter festigen.

2. die Gemeinde wurde mit Hilfe des Staates entschuldet. Das bedeutet, daß Bad Soden nunmehr wieder freier, leistungsstärker sein wird, ohne allzu drückende Schuldenlast und daß es die frei gewordenen Mittel einsetzen kann für die ihm gesteckten Aufgaben und Ziele, nämlich: In erster Linie Heilbad zu sein, das seine ihm von Natur geschenkten Heilshäute leidenden Volksgenossen zur Verfügung stellt und daneben eine Hauptansiedlungs- und Wohngemeinde unseres Gebietes. Die mit der Gemeinde und damit dem Heilbad verbundene Bürgerschaft wie auch insbesondere die am Kurbetrieb beteiligten Unternehmungen und Volksgenossen können wieder hoffnungsfroh in die Zukunft blicken, denn es wird mit Bad Soden weiter aufwärts gehen.

So steht Bad Soden am Ende eines ereignis- und erfolgreichen Zeitabschnittes. So steht es am Beginn einer besseren Zukunft, stark und unternehmungsfreudig, aufbauend auf einer alten Tradition und großen Vergangenheit, aufstrebend als Gemeinwesen, verpflichtet durch die Aufgaben, die ihm als Ansiedlungs- und Wohngemeinde, als Kreisstadt der Bewegung und nicht zuletzt als Heilbad zugewiesen sind. Auch in Zukunft werden viele Tausende leidender Menschen aus allen deutschen Gauen und darüber hinaus aus dem Auslande nach Bad Soden kommen, um hier die ersehnte Gesundung zu erfahren und es werden zahlreiche Menschen, die das Wohnen in einer schönen, gesunden Gartenstadt, in einem Badeort mit allen seinen Annehmlichkeiten zu schätzen wissen, hier ihren Wohnsitz aufschlagen. Die Zukunft Bad Sodens ist gesichert, sie wird dem Badeort einen gesunden und ständigen Aufstieg bringen. In diesem Ziele zu arbeiten das ist die Aufgabe und der Wille aller in Bad Soden am Werke befindlichen verantwortlichen Kräfte.

Diese Zeitung (1941 wegen Einberufung des Schriftleitungs-Verantwortlichen eingestellt und z.Z. nur in den Bänden 1927, 1933 und 1939 greifbar) war zugleich "Amtliches Verkündigungsblatt für Bad Soden am Taunus und Neuenhain" und erschien "wöchentlich 3mal ... Verantwortlich für Druck, Verlag und Anzeigenteil: Otto Gögelein, ... Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Gögelein". Sie hatte eine Auflage von 900 - 1000 Exemplaren. Der umfangreiche politische Teil wurde als "gematerte Seiten aus Höchst oder Frankfurt geholt", so der heutige Druckereibesitzer.

Neben dem Anzeigenteil und den "Amtliche(n) Bekanntmachungen" entstand am Ort lediglich die ständige Rubrik "Lokales und Allgemeines", aus der in dieser Arbeit im weiteren noch zitiert wird.

In der Ausgabe vom 14. Januar 1939 findet sich folgender Text:

Amtliche Bekanntmachungen.

Warnung.

Im Zusammenhang mit der Aktion aus Anlaß der Volksempörung gegen die Juden in Bad Soden am Taunus sind alle möglichen Gerüchte im Umlauf.

Es wird hierzu amtlich mitgeteilt, daß eine polizeiliche Untersuchung aller Vorgänge durchgeführt wurde, die eine restlose Aufklärung aller Vorkommnisse gebracht hat. Diejenigen Personen, denen ein Verschulden nachgewiesen werden konnte, werden zur Rechenschaft gezogen.

Darüber hinaus sind jedoch Gerüchte im Umlauf deren Haltlosigkeit einwandfrei erwiesen ist. Es ergeht aus diesem Grunde die eindringliche Warnung an die Verbreiter solcher unwahren Gerüchte mit dem Hinweis, daß strengste Bestrafung derjenigen Personen erfolgt, die unwahre Gerüchte in die Welt setzen und weiter verbreiten.

Bad Soden am Taunus, den 12 Januar 1939

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Danach ist die in dem eingangs abgedruckten "Höchster Kreisblatt" - Artikel wiederholt betonte "Disziplin" (z.B. in bezug auf Plünderungen und Diebstähle) offensichtlich doch nicht "unter allen Umständen" gehalten worden. Das gleichgeschaltete Volk wurde unruhig und neidisch auf die, die profiziert hatten. - Mit dieser "Warnung", die "eine restlose Aufklärung aller Vorkommnisse" konstatiert und für die die "Haltlosigkeit" von Gerüchten "einwandfrei erwiesen ist", beginnt - bereits unter dem NS-Regime und entsprechend motiviert - die (amtliche) Verdrängung der Vorgänge, die 1949 unter demokratischen Vorzeichen zum Gegenstand eines Prozesses wurden, über den die "Frankfurter Rundschau" folgendermaßen berichtete:

Volkserhebung auf Befehl 21.6.49

Die Judenaktion in Bad Soden im Taunus

Lingst loderten aus den Synagogen in Frankfurt die Flammen, als auch in Bad Soden im Taunus in den Mittagsstunden des 10. November 1938 die „spontane Volkserhebung“ gegen die Juden in Gang kam. Man zündete die Synagoge in der Neugasse an, vertrieb die Kranken aus der jüdischen Kuranstalt, verwüstete dieses Gebäude mit Aexten, Beilen, Hämmern und Stemmeisen und warf auch hier den Brand unter das Dach. In Privathäusern wurden Juden mißhandelt, Wohnungen zerstört, die Möbel auf die Straße geworfen, und es wurde so maßlos gestohlen, daß sich später die Gestapo bemüßigt fühlte, gegen einige der nazistischen Plünderer ein „Verfahren“ durchzuführen.

Die umfangreichen Ermittlungen, die nach dem Zusammenbruch eingeleitet wurden, offenbarten einwandfrei die Planmäßigkeit der spontanen Aktionen, und sechzehn Angeklagte mußten sich am Montag vor einer Frankfurter Strafkammer einfinden. Sechzehn Männer aus der Kreisleitung und Ortsgruppenleitung, die man während der Judenaktion an den Tatorten gesehen hatte.

Am ersten Verhandlungstag kamen der frühere Kreiskassenverwalter der NSDAP, Willi Müller, der Geschäftsführer der Kreisleitung, Rudolf Kugelmann, der Kraftfahrer des Kreisleiters, Alfred Ehlgen, der Buchhalter des NSV, Hans Schmitt, der Kreiskassenleiter Willi Schleich, der Melker-Heinrich Sommerhoff, der Kassenamtsleiter Gustav Kuhlemann, der Verwaltungsinspektor Leopold Dellzeit, der Bäckermeister Albert Althenn, der Rohrmeister Karl Volpert, der Friseur Paul Jung und der Schlosser Franz Doll zur Vernehmung. Keiner bekannte sich schuldig. Obwohl sie alle in die Häuser eingedrungen waren, die demoliert wurden, behaupteten sie, sich überall mit der Rolle des Zuschauers begnügt zu haben. Sie hatten nach ihren Aussagen nur versucht, „die Ordnung zu erhalten“. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Winden, wies den Angeklagten jedoch nach, daß solche Angaben „baren Unsinn“ darstellten.

Es wirkte kaum glaubhaft, daß die Angeklagten Müller und Schmitt, die an der jüdischen Kuranstalt von dem Kreisleiter Karl Scheyer aufgefördert wurden, bei den Zerstörungen mitzuwirken und ein Beil zu holen, die Anweisung befolgten, aber das Beil dann verschämt „an eine Hecke stellten“. Müller versuchte auch, glauben zu machen, daß er in dem Anwesen des Juden Grünebaum, wo alles demoliert wurde, sich in den Keller des Hauses bezog, „um allem aus dem Wege zu gehen“. Zweihundert Menschen hätten sich damals an den Aktionen beteiligt, aber — so meint Müller mit einem Blick auf alle Angeklagten — „wir sind die Opfer.“

Der Buchhalter Schmitt sah, daß im ersten Stock der

jüdischen Kuranstalt „ein Kranker aus dem Bett gezogen wurde.“ Er beobachtete, wie „irgend jemand“ mit zwei Benzinkanistern kam und wie dann plötzlich die Flammen aus dem Dach schlugen. Er sah auch dabei, als man Frau Grünebaum aus ihrem Anwesen trieb, aber als friedliebender Bürger hat er sich nach seinen Worten „überall bald zurückgezogen“.

Zu dem Kassenamtsleiter Kuhlemann sagte der stellvertretende Ortsgruppenleiter Heinrich Sachs: „Du mußt zur Judenanstalt, es ist ein Befehl von oben, wer dem nicht nachkommt, muß damit rechnen, gemäßregelt zu werden.“ Kuhlemann ging hin und sah, wie man in der Kuranstalt die Lampen zerstörte und die Wasserleitung herausriß. Als die Flammen aus dem Dach schlugen, bezog er sich zum Bürgermeister und machte ihm davon Mitteilung. Dieser erklärte: „Gott noch mal, das ist doch verboten.“ Und da es „verboten“ war, setzte man die Feuerwehr ein. Sie spritzte aber nicht auf das brennende Gebäude, sondern in die Bäume des Parks . . .

Der Angeklagte Doll hatte in dem Protokoll vor der Gestapo zugegeben, daß er sich an den Zerstörungen beteiligte, auch der Angeklagte Sommerhoff hatte damals nicht verschwiegen, daß er bei der Verwüstung der „Judenanstalt“ Anteil hatte und sich eine Betumrandung „beiseite legte“. Heute ist das alles nicht mehr richtig. Auch der Angeklagte Ehlgen, der Kraftfahrer des Kreisleiters, bestritt, das Benzin für die Brandstiftung geholt zu haben. Keiner von den vernommenen Angeklagten, die alle bei den Vorgängen dabei waren, konnte irgendeinen Täter namhaft machen. Man versuchte, die Schuld auf auswärtige Nationalsozialisten zu schieben, und der Vorsitzende meinte: „Damals geisternten lauter unbekannte Leute in Bad Soden herum“.

Der Geschäftsführer der Kreisleitung, Rudolf Kugelmann, hat „von allem nichts gewußt“ und gab eine so seltsame Darstellung, daß ihm der Vorsitzende sagte: „Was Sie vortragen, reimt sich nicht“. Es reimte sich auch nicht, daß der Kreisleiter Scheyer vor der jüdischen Kuranstalt eine Rede hielt und dabei erklärt haben will, es dürften keine Brandstiftungen, Plünderungen und keinesfalls ein Angriff auf Leib und Leben der Juden geschehen, denn just in diesen Minuten wurden Juden mißhandelt, und kurz darauf brachen die Flammen aus dem Dach der Kuranstalt . . .

Für die umfangreiche Zeugenvernehmung und die Plädoyers sind zwei Verhandlungstage vorgesehen. Am späten Nachmittag wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt, an dem der Ortsgruppenleiter Faubel und der aus dem Interniertenlager vorgeführte Kreisleiter Scheyer als Angeklagte vernommen werden. R. E.

Sachs kam mit dem Vorschlaghammer

Beweisaufnahme um die Bad Sodener Judenaktion

In dem Prozeß um die Judenaktion in Bad Soden im Taunus gab sich der Vorsitzende der Frankfurter Strafkammer, Landgerichtsrat Dr. Winden, auch am zweiten Verhandlungstag die erdenklichste Mühe, die vagen Aussagen der Angeklagten mit dem tatsächlichen Geschehen an jenem 10. November 1938 zu konfrontieren, um der Wahrheit näherzukommen. Immer deutlicher wurde dabei das zühe Bestreben der Angeklagten, die Wahrheitsfindung durch Darstellungen zu erschweren, deren Unglaubwürdigkeit geradezu handgreiflich war.

Der Organisationsleiter der NSDAP, Heinrich Sachs, erzählte allen Erstes, er sei nur deswegen durch ein Fenster in den Betsaal der Synagoge eingedrungen, weil sich „zwei fremde Männer von der Gestapo“ darin zu schaffen machten. Sachs war überall dabei, wo es brannte und wo man zerstörte, aber, wie er sagte, „nur aus Neugierde und weil er gerade Urlaub hatte“. Unermüdlich will der Kreisleiter Karl Scheyer bemüht gewesen sein, grobe Ausschreitungen zu vermeiden. Die üblen Vorgänge in der jüdischen Kuranstalt spielten sich indessen in seiner Anwesenheit ab. Ortsgruppenleiter Faubel war nach seinen Angaben nur in der jüdischen Kuranstalt, um der Austreibung der Juden eine humane Note zu verleihen und weil er die Kranken selbst bis zum Bahnhof begleiten wollte . . .

Aus der Vernehmung des Verwaltungsbeamten Wolf- rum, der seinerzeit im Polizeidienst beschäftigt war, ging klar die Planmäßigkeit der Aktion hervor. Der Zeuge gab an, daß er in der Nacht des 9. November

zwei Funksprüche des Regierungspräsidenten mit Anweisungen für die „Volkserhebung“ erhielt, die er dem Ortsgruppenleiter, Faubel übermittelte. Wie genau man disponierte, bewies später die Tatsache, daß die Feuerwehr mit ausgerollten Schläuchen an der brennenden jüdischen Kuranstalt erschien, aber nicht löschte, sondern nur Wasserspiele vorführte.

„Ich sah, daß Kinder Steine nach der Terrasse der Anstalt warfen“, erklärte die Zeugin Sophie Riedel, „es waren aber fremde Kinder.“ Aus welchen fremden Gegenden diese Kinder kamen, wußte die Zeugin aber nicht zu sagen. Durch die Fragen des Vorsitzenden ergab sich, daß der Ehemann der Frau Riedel als früherer SS-Angehöriger im Interniertenlager Darmstadt untergebracht war und daß sie dort bei einem Besuch auch den Angeklagten Schleich traf. Sie sprachen damals über die Judenaktion, und sie bekundete nun, gesehen zu haben, daß eine Tür der Kuranstalt mit Aexten und Beilen eingeschlagen wurde. „Schleich war nicht dabei“, hob die Zeugin betontend hervor. Es zeigte sich aber, daß sie im Interniertenlager erfährt, daß man gerade Schleich dieser Tat beschuldigte.

Der Zeuge Lothar Schilling, der von der Judenaktion photographische Aufnahmen machte, die dem Gericht vorliegen, schilderte, daß er noch sehr spät nachts unterwegs war und aus den Kellerräumen der Kuranstalt ein tolles Gegröhle hörte. Er sah, wie sein „alter Regimentskamerad“, der Ortsgruppenleiter Faubel, aus dem Keller kam. „Er war schwer in Fahrt,

hatte eine Schnapsflasche in der Hand und bot auch mir einen Schnaps an", versicherte Schilling. Faubel bestritt diese Angaben, aber der Vorsitzende meinte, Faubels Erinnerungsvermögen könne durch seinen damaligen Zustand getrübt sein.

Während sich keiner der Angeklagten schuldig bekennt, wird niemals widersprochen, wenn verstorbene Nationalsozialisten beschuldigt werden. Die Wahrheit läßt sich jedoch nicht immer verdunkeln. So erfuhr man von der Zeugin Frau Weimer, daß sie dem Organisationsleiter Sachs begegnete, als er mit einem Vorschlaghammer auf dem Weg zur Kuranstalt war. Man hörte von der Zeugin Emmerich, daß sie Sachs beobachtete, als die Synagoge demoliert wurde. Frau Straßburger bestätigte, daß die Nazis in dem Anwesen Grünhaums wie die Vandalen hausten — auch hier war Sachs dabei. Und auch der Angeklagte Merkel wurde mit einer Axt angetroffen.

Wie Steine eines Mosaiks fügen sich diese Belastungen zu einem Bild zusammen, das uns die Angeklagten immer wieder als rührige Nationalsozialisten bei der befohlenen Volkerhebung zeigte. (Am Nachmittag wurde die Beweisaufnahme auf Freitag vertagt.) R. E.

Schreckensszenen im Kurpark 25.6.49

Erlebtes bei den Bad Sodener Judenaktionen

Es war ein „schwarzer Freitag“ für die Hauptangeklagten in dem vor der Frankfurter Strafkammer verhandelten Prozeß um die Judenaktion in Bad Soden, denn immer wieder wurden gegen die prominenten Nazis belastende Aussagen vorgebracht. Frau Neuhaus, die in der Synagoge wohnte, hörte nicht nur, wie es in dem Betsaal drunter und drüber ging, sie beobachtete auch, daß aus den Fenstern Gebetbücher und Kultgegenstände auf die Straße geworfen wurden, und bemerkte — den Organisationsleiter Sachs, als er den Betsaal durch die zerstörte Tür verließ. Der Uhrmachermeister Petri sah Sachs, Merkel und Behrle mit Hämmern bewaffnet vor der Kreisleitung. Kraftfahrer Ehlgen gesellte sich mit einer Kanne zu ihnen. Dann kam der Kreisleiter Scheyer, und man rückte gemeinsam ab.

Während der Zerstörung der jüdischen Kuranstalt ließ Scheyer nach einer Zeugenaussage von seinem Fahrer Ehlgen Benzin holen und meinte später zu dem Schreiner Wickenhäuser: „Na, endlich brennt die Wanzenanstalt“. Zu seinen Parteifreunden gewandt, äußerte er: „Habt ihr alles erledigt? Wenn einer noch etwas tun will, tut euren Gefühlen keinen Zwang an.“ Es gab Feuerwehrmänner, die ernsthaft bemüht waren, ihre Pflicht zu erfüllen und die brennende Kuranstalt vor der Vernichtung zu retten, aber man sabotierte ihre Arbeit und riß ihnen die Schläuche aus dem Bach. Dem Brandmeister Schmidt erklärte Kreisleiter Scheyer: „Es wird nicht gelöscht!“

Zum zweiten Male erschien Sophie Riedel, die Frau eines früheren SS-Angehörigen als Zeugin. Sie war bei den Ausschreitungen vor der jüdischen Kuranstalt zugegen, aber was sie darüber bekundete, charakterisierte deutlich ihre innere Einstellung. Ueber die erbarmungslose Austreibung der nur notdürftig bekleideten kranken Juden befragt, gab sie zur Antwort: „Die Juden sind selbst schuld daran. Sie haben Zeit genug gehabt, sich anzuziehen. Wir hatten ja auch Zeit genug bei dem Fliegeralarm.“ Frau Riedel sprach kein Wort davon, daß die Juden aus der Kuranstalt von rohen Nazis ins Freie gejagt wurden, die ihren Forderungen mit Vorschlaghämmern und Stemmeisen Nachdruck verliehen.

Ganz anders klangen die Aussagen der Schwester Paula Mlitz, die damals in der jüdischen Anstalt tätig war. Sie schilderte, daß alle Patienten an Lungentuberkulose litten. Aus den Betten aufgeschreckt, ließ man ihnen während der Zerstörungen nicht die Zeit, sich ordentlich anzuziehen. Auch eine schwerkranke Frau, die gerade einen Herzanfall hinter sich hatte, mußte nur mit Nachthemd und Morgenrock bekleidet

und ohne Schuhe auf die Straße. Die Hilfsschwester Benita Treutel bestätigte, daß sich noch nicht einmal die christlichen Angestellten richtig anziehen durften und Kleidungsstücke und andere Habseligkeiten einbüßten. Während der Schreckensszenen hatte die Oberin mehrfach telephonisch die Hilfe der Polizei gerufen, aber — die Polizei meldete sich nicht.

Staatsanwalt Dr. Müller beantragte am Schluß der Beweisaufnahme die Verlesung eines Briefes, den der frühere Anstaltsarzt, Dr. Isserlin (London), über diese Vorgänge geschrieben hatte. Aus prozessualen Gründen gab das Gericht dem Widerspruch der Verteidigung gegen die Verlesung statt und verzichtete auf dieses Beweisstück. (Nachdem am Samstag die Plädoyers beginnen, ist am Montag mit dem Urteil zu rechnen.) R. E.

Staatsanwalt fordert Zuchthaus

Strafanträge für die Bad Sodener Judenaktion

27.6.39

Nachdem vor der Frankfurter Strafkammer in dem Prozeß um die Judenaktion in Bad Soden im Taunus am Samstag die Beweisaufnahme beendet wurde, gab Staatsanwalt Dr. Müller einen prägnanten Rückblick auf die Geschehnisse, die sich am 10. November 1938 in dem kleinen Taunusbad abspielten. Er würdigte die Handlungen der Beschuldigten und sah in dem Kreisleiter Scheyer und dem Ortsgruppenleiter Faubel die Hauptverantwortlichen. Sie hätten genau die Anweisungen gekannt, die vom Reichssicherheitshauptamt über den Regierungspräsidenten an die politische Leitung in Bad Soden gegeben wurden, und sie seien es gewesen, die nach diesen Direktiven die Mitangeklagten an die Plätze befahlen, wo sie an jenem Novembertag gegen die Juden faktiv werden sollten. Wenn es auch nicht der Kreisleiter Scheyer, sondern der Ortsgruppenleiter Faubel war, der einen energischen Einsatz der Feuerwehr an der brennenden jüdischen Kuranstalt verhinderte, so hatte der Anklagevertreter keinen Zweifel darüber, daß beide eng zusammenwirkten und daß in Faubel und Scheyer die Haupttätersführer bei den schweren Ausschreitungen in Bad Soden zu finden sind.

Staatsanwalt Dr. Halama stellte die Strafanträge. Er forderte für Scheyer und Faubel wegen schweren Landfriedensbruchs je drei Jahre Zuchthaus, für den Organisationsleiter Sachs, der sich außerdem der Zerstörung von Gegenständen religiöser Verehrung schuldig gemacht hätte, drei Jahre sechs Monate Zuchthaus. Für diese drei Angeklagten wurden ferner drei Jahre Ehrverlust und Haftbefehl beantragt. Gegen den Geschäftsführer der Kreisleitung, Kugelmann, den Fahrer des Kreisleiters, Ehlgem, gegen Dollmerkel und Schleich wurden Strafen von acht Monaten bis zu anderthalb Jahren Gefängnis für notwendig erachtet. Der Antrag gegen fünf weitere Angeklagte lautete auf Strafen von drei Monaten bis sechs Monaten Gefängnis, und für drei Angeklagte wurde der Freispruch gefordert. Die Plädoyers der Verteidiger, die am Samstag begannen, werden am Montag fortgesetzt, und das Urteil wird wahrscheinlich am Dienstag gefällt werden. R. E.

Sühne für die Judenaktion

28.6.49

Das Urteil im Bad Sodener Prozeß

Nach fünf Verhandlungstagen wurde am Montag vor der Frankfurter Strafkammer das Urteil gegen 13 Schuldige an der Judenaktion in Bad Soden am Taunus gesprochen. Es lautete wegen schweren Landfriedensbruchs, zum Teil in Tateinheit mit Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung, gegen den früheren Kreisleiter Scheyer, den Ortsgruppenleiter Faubel und den Organisationsleiter Sachs auf je drei Jahre Zuchthaus. Der Kreisassenleiter Schleich bekam ein Jahr Zuchthaus. Neun weitere frühere Nationalsozialisten, die Angeklagten Althenn, Dellzeit, Kuhlmann, Schmitt, Müller, Ehlgem, Kugelmann, Jung und Merkel, erhielten Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten, während drei Angeklagte freigesprochen wurden. Die Strafkammer erkannte außerdem

gegen Scheyer, Faubel und Sachs auf drei Jahre Ehrverlust und erließ Haftbefehl.

Landgerichtsrat Dr. Winden führte in der Urteilsbegründung aus, das Gericht sehe sich nicht in der Lage, den Angaben der Angeklagten zu folgen. Nach ihrer Darstellung hätte am 10. November 1938 friedliche Stille über Bad Soden gelegen, bis plötzlich die vollkommen ahnungslose Kreis- und Ortsgruppenleitung erleben mußte, daß von auswärts eine Horde fremder Menschen kam, die über den jüdischen Besitz herfiel. Das Gericht habe durch eine eingehende Beweisaufnahme nach dem tatsächlichen Geschehen, nach der Wahrheit geforscht, und im wesentlichen sei das erwiesen, was die Staatsanwaltschaft ermittelte.

„Mit einem nächtlichen Fernspruch begann dieses Drama in Bad Soden, und dann entwickelte sich fast alles planmäßig“, erklärte Landgerichtsrat Dr. Winden. Man habe die Synagoge verwüstet, die jüdischen Anwesen Freymann und Grönebaum zerstört. Plünderer hätten ihr trauriges Werk begonnen. Es sei zu der Vertreibung kranker, hilfbedürftiger Menschen gekommen, und wie ein Fanal habe die brennende jüdische Kuranstalt in diesem Novembertag geleuchtet.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme seien der Kreisleiter Scheyer und der Ortsgruppenleiter Faubel als Rädelsführer zu betrachten. Am aktivsten habe sich der Organisationsleiter Sachs gegen die Juden gewandt. Das Gericht habe sich bemüht, für die widerlichste Schandtat des 20. Jahrhunderts, für die Judenaktion von 1938, eine gerechte Sühne zu finden. Es wäre gut, so erklärte Dr. Winden, wenn dieser Prozeß die Erkenntnis vermittele, daß jeder Mensch irgendwie für das einstehen muß, was er getan hat, und wenn dieser Prozeß jedem noch einmal klarmache, wohin es führt, wenn sich Menschen bedingungslos der Macht des Staates und einer Partei unterwerfen und sich bedenkenlos zu verbrecherischen Handlungen hergeben.

R. E.

DIE SITUATION DER PRESSE im Frankfurter/Bad Sodener Raum 1949

Zur Einschätzung der fünf Artikel soll die Pressesituation Ende Juni 1949 kurz beleuchtet werden:

Den Aufbau und die Kontrolle des Pressewesens im amerikanischen Sektor übernahm nach dem Krieg die PWA (Psychological Warfare Division), die bereits am 5. Oktober 1944 ein sogenanntes Umerziehungsprogramm entwickelt hatte. Demzufolge wurden zuerst alle deutschen Mittelungsblätter verboten und Armeezeitungen wie die FRANKFURTER PRESSE (erschienen vom 21.4. - 26.7.1945) waren anfänglich die einzigen Informationsquellen. Die erste Lizenz für ein ziviles Organ in der US-Zone erhielt die FRANKFURTER RUNDSCHAU unter der Bedingung, daß sich das leitende Gremium aus ehemals aktiven Nazi-Gegnern mit unterschiedlicher politischer Weltanschauung zusammensetzte. Die Redaktion der FR bestand aus sieben Personen, drei Sozialdemokraten, drei Kommunisten und einem Linkskatholiken. Die Zeitung erschien erstmals am 31. Juli 1945 mit einer Auflage von 415 000 Exemplaren. Ab dem 15. April 1946 erhielt sie die FRANKFURTER NEUE PRESSE als Konkurrenz. Wie H. Hurwitz feststellt, betonte die FR ihre "eindeutige Anti-Nazi-Haltung" ¹, war gegen Nazi-Terror und für strenge Entnazifizierung und berücksichtigte die Interessen der Verfolgten. In ihrer Selbstdarstellung für die achtziger Jahre heißt es: "Durch ihren Mut, heiße Eisen anzufassen, hat sie sich in Deutschland einen Namen gemacht: als profilierte, engagierte, kritisch-liberale Tageszeitung - als Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt" (Abonnentenportrait 1988).

Während die FR dem Bad Sodener Judenpogrom-Prozeß fünf Artikel widmete, fand er in der FRANKFURTER NEUEN PRESSE überhaupt keine Erwähnung, denn "die Attraktivität der NEUEN PRESSE bestand für die Leser darin, daß die Fragen der Umerziehung zurückhaltender gestellt waren" ². Eine Umfrage vom April 1947 verdeutlicht die damaligen Lesegewohnheiten der Bevölkerung. Danach sprachen sich 16% der FNP-Leser gegen die Konkurrenz aus, da -was mehr als die Hälfte der Befragten angab- "die FR politisch zu voreingenommen sei" ³.

Der BAD SODENER KURANZEIGER ("Genehmigt unter Sonderlizenz der Militärregierung vom 29. März 1949, verantwortlich: Der Bürgermeister ...", erstmals erschienen am 28. April 1949) verstand sich zwar als fortschrittliches, dem "neuen Zeitgeist" verpflichtetes, kritisches Blatt, das es sich zur Aufgabe gemacht hatte, "die Müden, ... Verschlafenen wach zu rütteln", schrieb aber ebenfalls nichts über das Gerichtsverfahren gegen 16 Sodener Bürger.

Die anderen heute geläufigen Tageszeitungen erschienen erst, nachdem die Militärregierung ihre Kontrolltätigkeit beendet hatt, d.h. nach der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag, die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG ab November 1949 und das HÖCHSTER KREISBLATT seit dem 17. September 1949.

In Kenntnis solcher Voraussetzungen interessierten wir uns für den Schreiber der fünf Artikel "R. E."

(1) Harald Hurwitz: "Die Stunde Null der deutschen Presse", Köln 1972

(2) a.a.O.

(3) a.a.O.

Mai-Lin Tjoa

6231 SCHWALBACH-LIMES
SACHSENSTRASSE 26
TELEFON 0 61 95 - 816 26

Frankfurter Rundschau

VERLAG DRUCK- UND VERLAGSHAUS FRANKFURT AM MAIN GMBH

Frankfurter Rundschau
-Lokalredaktion-
zu Hd. Herrn L. Vetter

Große Eschenheimer Str. 16
6000 Frankfurt

Frankfurter Rundschau Postfach 10 06 60 6000 Frankfurt am Main 1

Frau
Mai-Lin Tjoa
Sachsenstraße 26

6231 Schwalbach/Ts.

Rundschauhaus
Große Eschenheimer Str. 16-18
Telegrammadresse
Rundschau Frankfurt/Main
Fernruf (0 69) 2 19 91
Durchwahl 21 99 + Hausruf
Fenschreiber 4-11 651

23. November 1987

Sehr geehrter Herr Vetter,

im Anschluß an unser Telefongespräch vom 16. November über Ihren Mitarbeiter Rudi Eims, haben sich nun noch einige Fragen ergeben.

Unsere Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Schüler des Eichwald-Gymnasiums beschäftigt sich mit der Situation um 1949 in Bad Soden. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen fünf Artikel von R. Eims aus der Frankfurter Rundschau (vom 21.23.25.28. Juni), die den Gerichtsprozeß um die Bad Sodener Judenaktion dokumentieren. Um eine differenzierte Einschätzung zu ermöglichen, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns bei folgenden Problemen behilflich wären:

- In welchem Bereich (regional, überregional) war er tätig, und welche Funktion (z.B. freier Mitarbeiter, Redakteur) hatte er inne?
- Als Nazi-Gegner ist anzunehmen, daß er persönliches Interesse an den sogenannten Entnazifizierungsprozessen hatte. War er daher selbst Jude oder politisch Verfolgter? Verfaßte er noch andere Artikel mit ähnlichem Inhalt oder größere, grundlegende Publikationen?
- Könnten Sie uns einen kurzen Lebenslauf (Geburtsdatum, Herkunft, beruflicher Werdegang u.a.) geben? Oder bestünde die Möglichkeit mit Angehörigen in Kontakt zu treten?

Die Beantwortung dieser vielen Fragen ist nicht nur für eine fundierte Darlegung der Verhältnisse um '49 von Bedeutung, sondern hilft auch in der kürzlichen Auseinandersetzung über die Anbringung einer Gedenktafel in Bad Soden (siehe beigelegter Leserbrief).

Wir danken Ihnen sehr und hoffen, daß unsere Bitte keine allzu große Belastung für Sie bedeutet. Selbstverständlich werden wir Sie von unserem Ergebnis informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Dörrlamm, Martin Schaller, Norbert Stieniczka,
Wolf Thielking, Mai-Lin Tjoa

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Durchwahlruf	Frankfurt am Main
		vau/lü	323	1.12.87

Sehr geehrte Frau Tjoa,

beiliegend sende ich Ihnen einen Artikel der FR zum 65. Geburtstag von Rudi Eims, aus dem Sie alles ersehen können, was für Sie von Interesse ist. Zu Ihrer Frage nach Angehörigen kann ich Ihnen leider nichts sagen, es sind uns keine Adressen bekannt.

In der Hoffnung, Ihnen weitergeholfen zu haben, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

FRANKFURTER RUNDSCHAU
Lokalredaktion

Lothar Vetter

Lothar Vetter

Anlage

Mann der Feder und des Wortes

Zum 65. Geburtstag von Rudolf Eims

Sicherlich gibt es nur wenige Menschen, die sich darüber freuen, daß sie mit 65 Jahren noch nicht in Pension zu gehen brauchen. Einer von ihnen ist Rudolf Eims, der am morgigen Sonntag seinen 65. Geburtstag feiern kann.

Rudi Eims — niemand würde ihn je Rudolf nennen — ist am bekanntesten als R. E. Unter diesem Zeichen veröffentlicht er seit dem 1. April 1946, also seit über 16 Jahren, fast tagtäglich in dieser Zeitung packend, klar und sachverständig geschriebene Berichte aus den Gerichtssälen. Das Signum R. E. bürgt für

Objektivität. — Vor 35 Jahren holte ihn Stefan Heise als Gerichtsberichterstatter zur „Volksstimme“. In den dreieinhalb Jahrzehnten, die er als Journalist in Gerichtssälen verbrachte, hat er es zur Meisterschaft in der Berichterstattung gebracht. Sie liegt fernab eingefahrener Routine. Jeder „Fall“ ist für ihn ein neues Ereignis, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht. Mancher Strafverteidiger, mancher Richter und Staatsanwalt hat aus Artikeln und Kommentaren von ihm Lehren und Erkenntnisse gezogen.

Rudi Eims ist gebürtiger Sachse. Das hört man ihm heute noch ein wenig an, obwohl er schon vor fast vierzig Jahren Frankfurt zu seiner zweiten Heimat erkor. Als Feinmechaniker kam er von Carl Zeiss in Jena über München nach Frankfurt. Hier trat er wenig später der SPD bei, nachdem er schon seit 1917 der Gewerkschaft angehörte. Ein Stipendium der Stadt Frankfurt ermöglichte es ihm, die Akademie der Arbeit zu besuchen, wo Lehrer wie Prof. Sinzheimer oder Prof. Dr. Nölting das Wissen und die Kenntnisse, die er sich schon vor allem in Volkshochschulkursen hatte aneignen können, in hohem Maße zu erweitern und ergänzen verstanden.

In diesen Jahren hat Rudi Eims zu schreiben begonnen. Es wurde für ihn zu einer Lebensnotwendigkeit. Mit Kurzgeschichten und Glossen machte er auf sich aufmerksam, und bald war er Redaktionsmitglied der „Volksstimme“. Einer seiner engsten Kollegen war der kürzlich verstorbene Eberhard Beckmann; mit Aloys Kern und Fritz Fay wurde er eine bekannte Figur auf der Pressetribüne des Rathauses, und aus jener Zeit datiert auch seine Freundschaft mit Männern wie dem heutigen Bürgermeister Rudolf Menzer oder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Kraft. Er ist ein rechter Frankfurter geworden; seine Re-



Rudi Eims
(FR-Bild)

portagen, seine Berichte, Glossen und Leitartikel zeugen lebhaft davon.

Den braunen Machthabern war R. E. sehr unbequem. Sie machten ihn bald mundtot. Jahrelang mußte er sich aus politischen Gründen mühsam durchs Leben schlagen, bis er als Korrektor bei der „Frankfurter Zeitung“ wenigstens wieder Zeitungsluft atmen durfte. Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft begann für ihn bei der „Frankfurter Rundschau“ eine neue journalistische Laufbahn. Er stellte seine Erfahrungen aber auch dem Gesamtbetrieb zur Verfügung; im Betriebsrat war er über zehn Jahre Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender. Darüber hinaus gehört er als Mitbegründer — und heute noch als Vorstandsmitglied — dem Hessischen Journalistenverband an, dessen Kassierer er lange Jahre war; auch an der Arbeit der Tarifkommission des Deutschen Journalistenverbandes war er lange direkt und maßgeblich beteiligt.

Rudolf Eims straft das Sprichwort „Viel Feind, viel Ehr“ Lügen. Selbst in den Kreisen seiner politischen Gegner ist er angesehen und geachtet. Fairness und Toleranz sind für ihn Grundbedingung auch der politischen Auseinandersetzung. Seine aufrechte Gesinnung verschaffte ihm viele Freunde, sein ausgeprägter Humor ließ ihn manche trübe und schwere Stunde im Leben überwinden. Erholung vom Alltag findet er bei Büchern oder auf langen Wanderungen durch den Taunus. So ist der weißhaarige, temperamentvolle Mann in Geist, Erscheinung und Wesen fast ein Jüngling geblieben, den die Last der Jahre nicht gebeugt, sondern nur reifer und weiser gemacht hat. Er könnte manchem ein Vorbild sein. H. J. H.

Es war sehr schwer, die Interessen der amerikanischen Militärregierung und der Deutschen unter einen Hut zu bringen. Ein wesentliches Ziel der Amerikaner stellte anfangs die Säuberung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Organisationen von ehemaligen Parteigenossen dar. Dabei konzentrierten sie sich zunächst auf die breitangelegte Entlassung der Mitglieder der NSDAP aus Verwaltung und Wirtschaft, Personen, die als besonders belastet eingestuft wurden, inhaftierte man in Lagern.

Die vom amerikanischen Hauptquartier im Juni entworfene und im Juli 1945 in Kraft gesetzte Anweisung legte 136 bindende Ausschluß- und Entfernungskategorien fest. Als Stichtag galt der 1. Mai 1937, da von diesem Termin an öffentlich Angestellte und Beamte aufgefordert waren, in die Partei einzutreten. Jeder, der vor diesem Zeitpunkt Mitglied der NSDAP war, sollte aus wichtigen Positionen entfernt werden. (Zum Vergleich: Von den 16 Angeklagten des Bad Soden betreffenden Prozesses waren 6 seit 1933, 1 seit 1932, 1 seit 1931, 2 seit 1930, 1 seit 1929 und 1 seit 1927 Mitglieder der NSDAP; 4 ohne Angabe.)

Grundlage für die Einordnung zur Entnazifizierung bildete ein Fragebogen, dessen 132 Rubriken von jedem Deutschen auszufüllen waren. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Entlassungswelle im Juni 1945. Allein in Frankfurt waren bis zu diesem Zeitpunkt ca. 30% der in der Stadtverwaltung Beschäftigten entlassen. Da erkannten die Amerikaner die Notwendigkeit einer funktionstüchtigen Verwaltung. Demnach war es für die Dienststellen wichtiger, nach außen als ein gut funktionierendes Detachement bzw. deutsches Zivilamt zu erscheinen als ein positives Ergebnis bei der Entnazifizierung zu melden.

Das Gesetz Nr. 8 vom 26. September 1945, das eine neue Phase der Entnazifizierung einleitete, beteiligte auch deutsche Ausschüsse an den Entscheidungen bzw. Nachprüfungen. Es stellte zwar jeden Deutschen unter Strafe, der ehemalige Mitglieder der NSDAP in expo-

nierten Stellungen zuließ, aber zumal angesichts des Andranges waren Lockerungen abzusehen. Deutsche Vorschläge zielten darauf ab, den Akzent nur auf die Hauptbelasteten zu legen und die sog. Formalbelasteten beiseite zu schieben. Die Amerikaner beharrten dagegen auf ihren festgelegten Kategorien. Das Ergebnis der Auseinandersetzungen war schließlich das "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946. Es wurde ein neuer Meldebogen geschaffen, dem man sich kaum entziehen konnte, da von ihm das Arbeitsverhältnis und der Erhalt der existenzwichtigen Lebensmittelkarten abhing. Danach wurden die Deutschen in fünf Gruppen eingeteilt:

- I: Hauptschuldige
- II: Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer)
- III: Minderbelastete (Bewährungsgruppe)
- IV: Mitläufer
- V: Entlastete

Hatte die Spruchkammer einmal jemanden in eine der Gruppen eingeordnet, gab es bestimmte, festgelegte Strafen, die verhängt werden konnten. Ein großes Problem stellte die Rekrutierung von Personal für die Spruchkammern dar, denn es herrschte Mangel an juristisch versierten und zugleich unbelasteten Personen. Die Vorsitzenden der Spruchkammern sollten, die der Berufungskammern mußten die Befähigung zum Richteramt vorweisen. Der aufgrund der am 29. Oktober 1946 beschlossenen und am 1. Dezember 1946 per Volksentscheid angenommenen Verfassung des Landes Hessen amtierende Entnazifizierungsminister hatte in Zusammenarbeit mit dem Justizminister die Vorsitzenden, Vertreter, Beisitzer und Öffentlichen Ankläger zu bestellen. Die Funktion der Öffentlichen Ankläger beschränkte sich auf die Vertretung der staatlichen Interessen. Ganz und gar aus der deutschen Rechtstradition fiel heraus, daß der Angeklagte seine Unschuld selbst beweisen mußte. Dem so Verurteilten stand der Weg einer Revision (nach Gesetz Nr. 8) vor einer Berufungskammer offen. Die amerikanischen Stellen

(1) Referiert nach: Walter Mühlhausen
"Hessen 1945-1950", Kap. V "Entnazifizierung zwischen den Mühlsteinen" S.307-343.
Die Hessen - Bibliothek, Insel Verlag, Frankfurt 1985

beschränkten sich zunächst auf die Aufsicht über die Spruchkammern, verschafften sich dann aber über das System der "Delinquency and Error Reports" wieder unmittelbaren Einfluß auf die Verfahren, die sich damit auf Jahre hinaus verzögerten. Zielvorstellung auf deutscher wie amerikanischer Seite war, die Hauptschuldigen möglichst schnell zu bestrafen und die Verhandlungen bezüglich der Klassen II, III, IV und V zu beenden und im Falle eines Freispruches die Eingliederung der dringend gebrauchten Kräfte in den neuen Staat zu erleichtern. Aber allein die notwendigen Recherchen für die Prozesse gegen die Angehörigen der Klasse I brauchten mehr Zeit, als man zu haben glaubte. Die Militärregierung sorgte für Entlastung, indem sie Amnestieverfügungen erließ. Die erste befreite alle Jugendlichen, die nach dem 1.1.1919 geboren und nicht den Klassen I - III zugeordnet waren. Eine zweite, die sog. Weihnachtsamnestie befreite alle Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen 1943/44 3600,-RM nicht überstieg und deren Vermögen am 1.1.1945 weniger als 20 000,-RM betrug. Die beiden Amnestien bewirkten, daß in Hessen 72 000 Personen nicht mehr vor die Spruchkammern mußten. Ende 1946 hatte man 26 540 Fälle vor Gericht behandelt; dabei ergab sich folgende Eingruppierung:

I:	85	Personen
II:	864	"
III:	3 336	"
IV:	20 362	"
V:	1 897	"

- in Anbetracht von vermuteten 200 000 Fällen ein recht dürftiges Resultat!

Beschwerden von amerikanischer Seite, daß die Gesetze nicht konsequent genug angewandt wurden, häuften sich: Die Spruchkammern -so die Vorwürfe- stuften leichtfertig herab, ohne sich etwa mit der Special Branch in Verbindung zu setzen; Öffentliche Ankläger weigerten sich Material der Special Branch zu verwenden und die Amnestiebestimmungen würden nicht korrekt angewandt. Unter der Drohung die Entnazifizierung selbst wieder zu

übernehmen, verfügte die Militärregierung schließlich eine Zwangsrekrutierung von Personal für die Spruchkammern und genehmigte das sog. B-Verfahren, bei dem die gesetzliche Schuldvermutung und das automatische Beschäftigungsverbot aufgehoben wurden. Dieses Verfahren wurde seit Februar 1947 -allerdings nur in Kassel, Wiesbaden und Frankfurt-durchgeführt. Die Befürchtung der Militärregierung ging dahin, daß die Spruchkammern bloße Werkzeuge der inzwischen erstarkenden deutschen politischen Parteien im Kampf um lokale Machtpositionen würden.

Aber auch auf amerikanischer Seite schoben sich nun andere als Säuberungs- und Demokratiesierungsziele in den Vordergrund. Massive Kritik der amerikanischen Öffentlichkeit an der so lange andauernden Entnazifizierung und der sichtbar durch die Ankündigung des Marshall-Plans vollzogene Wechsel der amerikanischen Politik zu einer ungemainen Forcierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus führten dazu, die Entnazifizierung nicht mehr als Vorbedingung für eine gesellschaftliche und staatliche Neugestaltung, sondern als Hinderungsgrund für die gewünschte Prosperität anzusehen. Der Antinationalsozialismus wich nun in der Folge des sich abzeichnenden Ost-West-Konflikts einem Antikommunismus. Die Amerikaner zogen sich in zunehmendem Maße zurück und beschränkten sich darauf, Termine zur Beendigung der Entnazifizierung zu setzen.

Die Hessische Landesregierung arbeitete an einem entsprechenden Gesetz. Sie mußte sich dabei mit einem CDU-Entwurf auseinandersetzen, der, in der Absicht ein Ende zu schaffen, alle übriggebliebenen Fälle nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der politischen Verantwortlichkeit, sondern nur noch unter dem der strafbaren Handlung sehen wollte. Nach der Regierungsvorlage sollten die in die Klassen III, IV und V fallenden Personen vom 1.1.1950 die gleichen Rechte wie Nichtbetroffene erhalten. Anhängige Verfahren waren nur noch dann zu eröffnen, wenn der Kläger Klasse I oder II beantragte.

Was blieb, war ein sanftes Abklingen. Zwei zentrale Berufungskammern, in Kassel und Frankfurt, nahmen sich der restlichen Fälle an. Ein Abwicklungsamt mit 24 Bediensteten wurde mit der Durchführung betraut. Endgültig wurde das Amt 1954 aufgelöst.

Auf die Wirtschaft hat sich die Entnazifizierung kaum ausgewirkt; nach Erhebungen der Militärregierung waren im Jahr 1947 nur 4,5% der Beschäftigten ausgefallen. In der öffentlichen Verwaltung waren 85% der einst im Zuge des Gesetzes Nr. 8 entlassenen Personen im April 1948 wieder eingestellt.

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir ein Beispiel für den 132-teiligen Fragebogen:

Revised 1. January, 1946

Second Reprint June 1946

C.C.G. (B.E.) PUBLIC SAFETY (Special Branch)

MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY

Fragebogen

ACHTUNG: Der Fragebogen muß in zweifacher Ausfertigung eingereicht werden

WARNING: Read through the Fragebogen carefully before filling it in. The English text will prevail if discrepancies exist between it and the German translation. Answers must be typewritten or written clearly in block letters. Every question must be answered precisely and conscientiously and no space is to be left blank. If a question is to be answered by either "yes" or "no," write the word "yes" or "no" in the appropriate space. If the question is inapplicable, indicate this by some appropriate word or phrase such as "none" or "not applicable." Add supplementary sheets if there is not enough space in the questionnaire. Persons making false or incomplete statements are liable to prosecution by Military Government.

WARNUNG! SORGFÄLTIG DURCHLESEN! In Zweifelsfällen ist die englische Fassung maßgebend. Mit Schreibmaschine oder deutlich in Druckschrift schreiben! Jede Frage genau beantworten! Fragen mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten! Falls die Frage nicht mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann, müssen eindeutige Angaben gemacht werden, z. B. „keine“ oder „unzutreffend“. Im Falle von Platzmangel Bogen anheften! Falsche oder unvollständige Angaben sind gemäß der Verordnungen der Militärregierung strafbar.

A. PERSONAL = A. PERSÖNLICHE ANGABEN

1. Name position you hold, or for which you are being considered (including agency or firm). 2. Name (Surname) (Christian Name/s). 3. Other names which you have used or by which you have been known. 4. Date of birth. 5. Place of birth. 6. Height. 7. Weight. 8. Colour of hair. 9. Colour of eyes. 10. Scars, marks or deformities. 11. Present address (City, street and house number). 12. Permanent residence (City, street and house number). 13. Identity card, type and number. 14. Wehrpass No. 15. Passport No. 16. Citizenship. 17. If a naturalized citizen, give date and place of naturalization. 18. Name any titles of nobility which have been held by you or your wife or your respective parents and grand parents. 19. Religion. 20. With what church are you affiliated? 21. Have you ever severed your connection with any church, officially or unofficially? 22. If so, give particulars and reason. 23. What religious preference did you give in the census of 1939? 24. Name any crimes of which you have been convicted, stating dates, place and nature of the crimes.

1. Augenblickliche oder angestrebte Stellung keine 2. Name [REDACTED]
Zu(Familien)name

3. Andere von Ihnen benutzte Namen oder solche, unter welchen Sie bekannt waren oder sind Werner
Vor(Tauf)name(n)

4. Geburtsdatum 4.7.1875 5. Geburtsort Neugattersleben

6. Größe 1,93 m 7. Gewicht 66 kg 8. Haarfarbe grau

9. Farbe der Augen blau

10. Besondere Merkmale (Narben, Schmissen, Geburtsmerkmale, Verstümmelungen, Tätowierungen) oder Einstellungen keine

11. Gegenwärtige Anschrift Bremen-Schönebeck, Haus "Fichtenhof", Kirchweg 161
(Stadt, Straße und Hausnummer)

12. Ständiger Wohnsitz Bremen-Schönebeck, Haus "Fichtenhof", Kirchweg 161
(Stadt, Straße und Hausnummer)

13. Art der Ausweiskarte Kz-Ausweiskarte Nr. 648 14. Wehrpaß Nr. -----

15. Reisepaß Nr. ----- 16. Staatsangehörigkeit Deutscher

17. Falls naturalisierter Bürger, geben Sie Ort und Datum der Einbürgerung an -----

18. Angabe aller von Ihnen, Ihrer Gattin (Gatten), Ihrer beiden Eltern und sämtlichen Großeltern innegehabten Adelstitel
geb. -----
----- und dessen Frau geb. -----
----- und dessen Frau geb. -----

19. Religion evangel. 20. Welcher Kirche gehören Sie an? evangel. Kirche

21. Haben Sie je offiziell oder inoffiziell Ihre Verbindung mit einer Kirche aufgelöst? nein 22. Falls ja, geben Sie Einzelheiten und Gründe an -----

23. Welche Religionsangehörigkeit haben Sie bei der Volkszählung 1939 angegeben? evangel.

24. Führen Sie alle Vergehen, Übertretungen oder Verbrechen an, für welche Sie je verurteilt worden sind, mit Angabe des Datums, des Orts und der Art
 1) Angebliche Beteiligung am Röhm-Putsch
Konzentrationslager Lichtenburg 20.6.34.-15.10.34.
 2) Hochverrat 3.3.37. bis 30.10.37. im Gefängnis der Gestapo
Berlin, Prinz Albrecht-Str.
 3) Hochverrat 21.6.44. bis 20.4.45. Konz. Lager Ravensbrück,
Weimar-Buchenwald

B. SECONDARY AND HIGHER EDUCATION = B. (VOLKS-) GRUNDSCHUL- UND HÖHERE BILDUNG

Name and Type of school (if a special Nazi School or military academy, specify this)	Location	Dates of Attendance	Certificate, Diploma or Degree	Did Abitur permit University matriculation?	Date
Name und Art der Schule (Im Falle einer besonderen NS- oder Militärakademie geben Sie diese an)	Ort	Wann besucht? (von-bis)	Zeugnis, Diplom oder akademischer Grad	Berechtigt Abitur oder Reifezeugnis zum Universitätsentrtritt?	Datum
Gymnasium	Rudolstadt	1888-95	Abitur	ja	
Kriegsakademie	Berlin	1903-1906	1906 Abschied genommen, Kaufmann geworden		

25. Name any German University Student Corps to which you have belonged. 26. Name (giving place and dates) any Napola, Adolf Hitler School, Nazi Leaders' College or military academy in which you have been a teacher. 27. Has any child of yours ever attended any of such schools? Which ones, where and when? 28. Name (giving place and dates) any school in which you have been a Vertrauenslehrer (formerly Jugendwalter).

25. Welchen deutschen Universitäts-Studentenburschenschaften haben Sie je angehört? keiner

26. An welchen Napola, Adolf-Hitler-Ordensburgen, Schulungsburgen (Lagern), NS.-Führerschulen oder Militärakademien haben Sie unterrichtet? Geben Sie an, wo und wann -----

27. Hat eines Ihrer Kinder eine der obengenannten Schulen besucht? Nein Welche, wo und wann -----

28. Führen Sie alle Schulen an, in welchen Sie je Vertrauenslehrer (vormalig Jugendwalter) waren, wann und wo keine

C. PROFESSIONAL OR TRADE EXAMINATIONS = C. BERUFS- ODER HANDWERKSPRÜFUNGEN

Name of Examination	Place Taken	Result	Date
Name und Art der Prüfung	Ort der Prüfung	Ergebnis	Datum
<u>-----</u>	<u>-----</u>	<u>-----</u>	<u>-----</u>

30. Were you deferred from Military Service? 31. If so, explain circumstances completely. 32. Have you ever been a General Staff Officer (Navy, Army, Air Force)? 33. When? 34. Have you ever been a Nazi Leadership Officer? 35. When and in what unit? 36. Did you serve as part of the Military Government or Wehrkreis administration in any country occupied by Germany including Austria and Sudetenland? 37. If so, give particulars of offices held, duties performed, location and period of service. 38. Have you received any military honours, orders or decorations? 39. If so, state what was awarded you, the date, reasons and occasion for its bestowal.

30. Waren Sie vom Militärdienst zurückgestellt? Nein 31. Falls ja, geben Sie die genauen Umstände an nein

32. Waren Sie Mitglied des Generalstabes einer der drei Wehrmachtsteile? nein

33. Wann --- 34. Waren Sie NS-Führungsoffizier? Nein 35. Wann und in welchem Truppenverband?

36. Waren Sie in der Militärregierung oder Wehrkreisverwaltung irgend eines der von

Deutschland besetzten Länder, einschließlich Österreich und Sudetenland beschäftigt, Nein 37. Falls ja, geben Sie

Einzelheiten über Ihre Ämter und Pflichten, sowie Ort und Zeitdauer des Dienstes an ----- 38. Zum Tragen

welcher militärischen Orden waren Sie berechtigt oder welche anderen militärischen Würden oder Ehrenauszeichnungen haben

EK I.Kl.1915

Sie besessen? (vor dem 7. Mai 1945) ----- 39. Falls ja, was wurde Ihnen verliehen, wann und aus welchen Gründen

und Anlässen? EK I.Kl. wegen Tapferkeit vor dem Feinde.

E. MEMBERSHIP IN ORGANISATIONS = E. MITGLIEDSCHAFTEN

40. Indicate on the following chart whether you were a member, or a candidate for membership, in the organizations listed below, and state what rank or office you held in these organizations. Use lines 96 to 98 to specify any other association, society, fraternity, union, syndicate, chamber, institute, group, corporation, club or other organization of any kind, whether social, political, professional, educational, cultural, industrial or commercial, with which you have ever been connected or associated even in an honorary capacity. Column 1. Insert either "yes" or "no" on each line to indicate whether or not you have ever been a member of the organization listed. If you were a candidate, disregard the columns and write in the word "candidate," followed by the date of your application for membership. Column 2. Insert date on which you joined. Column 3. Insert date your membership ceased. Column 4. Insert your membership number in the Organization. Column 5. Insert the highest office, rank or other post of authority which you have held at any time. If you have never held an office, rank or post of authority insert the word "none" in Columns 5 and 6. Column 6. Insert date of your appointment to the office, rank or post of authority listed in Column 5.

40. In der folgenden Liste ist anzugeben, ob Sie Mitglied einer der angeführten Organisationen waren und welchen Rang oder welches Amt (Ämter) Sie in dieser (diesen) innehatten. Andere Vereinigungen, Handelsgesellschaften, Burschenschaften, Verbindungen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kammern, Institute, Gruppen, Körperschaften, Vereine, Verbände, Klubs, Logen oder andere Organisationen beliebiger Art, seien sie gesellschaftlicher, politischer, beruflicher, sportlicher, bildender, kultureller, industrieller oder kommerzieller Art, mit welchen Sie je, selbst auch nur ehrenamtlich, in Verbindung standen, oder welchen Sie angeschlossen waren, sind auf Zeile 96—98 anzugeben.

1. Spalte: „Ja“ oder „nein“ sind hier einzusetzen zwecks Angabe ihrer jeweiligen Mitgliedschaft in der angeführten Organisation. Falls Sie Anwärter auf Mitgliedschaft oder förderndes Mitglied oder im „Opferling“ waren, ist unter Nichtberücksichtigung der Spalten das Wort „Anwärter“ oder „förderndes Mitglied“ oder „Opferling“, sowie das Datum Ihrer Anmeldung oder die Dauer Ihrer Mitgliedschaft als förderndes Mitglied oder im Opferling einzusetzen.

2. Spalte: Eintrittsdatum.

3. Spalte: Austrittsdatum.

4. Spalte: Mitgliedsnummer.

5. Spalte: Höchstes Amt, höchster Rang oder eine anderweitig einflussreiche, von Ihnen bekleidete Stellung. Falls nicht zutreffend, ist das Wort „keine“ in Spalte 5 und 6 einzusetzen.

6. Spalte: Antrittsdatum für Amt, Rang oder einflussreiche Stellung laut Spalte 5.

	1. Yes or No	2. From	3. To	4. Number	5. Highest Office or rank held	6. Date Appointed
	Ja oder nein	Von	Bis	Nummer	Höchstes Amt oder höchster Rang	Antrittsdatum
41. NSDAP.						41.
42. Allgemeine SS.						42.
43. Waffen-SS.						43.
44. Sicherheitsdienst der SS.						44.
45. SA.						45.
46. HJ. einschließlich BdM.						45.
47. NSDStB.						47.
48. NSDoB.						48.
49. NS-Frauenschaft						49.
50. NSKK.						50.
51. NSFK.						51.
52. Reichsb. der deutschen Beamten						52.
53. DAF. einschließlich NSBO.						53.
54. KdF.						54.
55. NSV.						55.
56. NS-Reichsb. deutsch. Schwestern						56.
57. NSKOV.						57.
58. NS-Bund Deutscher Technik						58.
59. NS-Arztebund						59.
60. NS-Lehrerbund						60.
61. NS-Rechtswahrerbund						61.
62. Deutsches Frauenwerk						62.
63. Reichsbund Deutsche Familie						63.
64. NS-Reichsbund für Leibesübungen						64.
65. NS-Altherrenbund						65.
66. Deutsche Studentenschaft						65.

keine

67. Deutscher Gemeindetag	—	—	—	—	—	67.
68. NS-Reichskriegerbund	—	—	—	—	—	68.
69. Reichsdozentenschaft	—	—	—	—	—	69.
70. Reichskulturkammer	—	—	—	—	—	70.
71. Reichsschrifttumskammer	—	—	—	—	—	71.
72. Reichspressekammer	—	—	—	—	—	72.
73. Reichsrundfunkkammer	—	—	—	—	—	73.
74. Reichstheaterkammer	—	—	—	—	—	74.
75. Reichsmusikkammer	—	—	—	—	—	75.
76. Reichskammer der bildenden Künste	—	—	—	—	—	76.
77. Reichsfilmkammer	—	—	—	—	—	77.
78. Amerika-Institut	—	—	—	—	—	78.
79. Deutsche Akademie München	—	—	—	—	—	79.
80. Deutsches Auslandsinstitut	—	—	—	—	—	80.
81. Deutsche-Christen-Bewegung	—	—	—	—	—	81.
82. Deutsche Glaubensbewegung	—	—	—	—	—	82.
83. Deutscher Fichte-Bund	—	—	—	—	—	83.
84. Deutsche Jägerschaft	Ja	1934	1943	—	—	84.
85. Deutsches Rotes Kreuz	—	—	—	—	—	85.
86. Hero-Amerikanisches Institut	—	—	—	—	—	86.
87. Institut zur Erforschung der Judenfrage	—	—	—	—	—	87.
88. Kameradschaft USA.	—	—	—	—	—	88.
89. Osteuropäisches Institut	—	—	—	—	—	89.
90. Reichsarbeitsdienst (RAD.)	—	—	—	—	—	90.
91. Reichskolonialbund	—	—	—	—	—	91.
92. Reichsluftschutzbund	—	—	—	—	—	92.
93. Staatsakademie für Rassen- und Gesundheitspflege	—	—	—	—	—	93.
94. Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA.)	—	—	—	—	—	94.

95. Werberat der Deutschen Wirtschaft Others (Specify) Andere:	<input checked="" type="checkbox"/>	95.					
96.	<input checked="" type="checkbox"/>	96.					
97.	<input checked="" type="checkbox"/>	97.					
98.	<input checked="" type="checkbox"/>	98.					

99. Have you ever sworn an oath of secrecy to any organisation? 100. If so, list the organisations and give particulars. 101. Have you any relatives who have held office, rank or post of authority in any of the organisations listed from 41 to 95 above? 102. If so, give their names and addresses, their relationship to you and a description of the position and organisation. 103. With the exception of minor contribution to the Winterhilfe and regular membership dues, list and give details of any contributions of money or property which you have made, directly or indirectly, to the NSDAP or any of the other organisations listed above, including any contributions made by any natural or juridical person or legal entity through your solicitation or influence. 104. Have you ever been the recipient of any titles, ranks, medals, testimonials or other honours from any of the above organisations? 105. If so, state the nature of the honour, the date conferred, and the reason and occasion for its bestowal. 106. Were you a member of a political party before 1933? 107. If so, which one? 108. For what political party did you vote in the election of November 1932? 109. In March 1933? 110. Have you ever been a member of any anti-Nazi underground party or group since 1933? 111. Which one? 112. Since when? 113. Have you ever been a member of any trade union or professional or business organisation which was dissolved or forbidden since 1933? 114. Have you ever been dismissed from the civil service, the teaching profession or ecclesiastical positions or any other employment for active or passive resistance to the Nazis or their ideology? 115. Have you ever been imprisoned, or, have restrictions of movement, residence or freedom to practice your trade or profession been imposed on you for racial or religious reasons or because of active or passive resistance to the Nazis? 116. If you have answered "yes" to any of the questions from 110 to 115, give particulars and the names and addresses of two persons who can confirm the truth of your statements.

99. Sind Sie jemals zu einem Schweigegebot für irgend eine Organisation verpflichtet worden? Nein

100. Falls ja, geben Sie die Organisation und Einzelheiten an -----

101. Sind Sie mit Personen verwandt oder verschwägert, die jemals Amt, Rang oder maßgebende Stellungen in einer der unter Nr. 41—95 angeführten Organisationen innehatten? Ja 102. Falls ja, geben Sie deren Namen und Anschriften an, den Grad ihrer Verwandtschaft sowie eine Beschreibung der Organisation und Stellung (Posten) mein Bruder
-----, Ehren-Brigade-Führer in der SA

103. Mit Ausnahme von kleineren Beiträgen zur Winterhilfe und gewöhnlichen Mitgliedsbeiträgen, geben Sie nachfolgend im einzelnen alle von Ihnen direkt oder indirekt an die NSDAP, oder irgend eine andere der oben angeführten Organisationen geleisteten Beiträge in Form von Geld, Sachwerten oder Besitz an, einschließlich aller auf Ihr Ersuchen oder auf Grund Ihres Einflusses seitens einer natürlichen oder juristischen Person
oder einer anderen rechtlichen Einheit geleisteten Beiträge Nein

104. Sind Ihnen von einer der oben angeführten Organisationen irgendwelche Titel, Orden, Zeugnisse, Dienstgrade verliehen oder andere Ehren erwiesen worden? Nein 105. Falls ja, geben Sie an, was Ihnen verliehen wurde, das Datum, den Grund und Anlaß für die Verleihung -----

106. Waren Sie Mitglied einer politischen Partei vor 1933? Nein 107. Falls ja, welcher? -----

108. Für welche politische Partei haben Sie in der Novemberwahl 1932 gestimmt? keine

109. Und im März 1933?

partei oder -gruppe? Ja

110. Waren Sie seit 1933 Mitglied einer verbotenen Oppositions-
Generaloberst Beck,
Generaloberst v. Hammerstein

111. Welcher? Goerdeler 112. Seit wann? 1938

113. Waren Sie jemals Mitglied einer nach 1933 aufgelösten oder verbotenen Gewerkschaft oder eines Berufs- oder
Wirtschaftsverbandes? Nein

114. Sind Sie jemals aus dem Beamtenstand, dem Lehrerberuf, einer kirchlichen oder
irgend einer anderen Stellung auf Grund aktiven oder passiven Widerstandes gegen die Nazis oder ihre Weltanschauung

entlassen worden? Nein 115. Wurden Sie jemals aus rassistischen oder religiösen Gründen oder weil Sie aktiv oder
passiv den Nationalsozialisten Widerstand leisteten, in Haft genommen oder in Ihrer Bewegungs- oder Niederlassungsfreiheit

oder sonstwie in Ihrer gewerblichen oder beruflichen Freiheit beschränkt? Ja 116. Ist die Antwort auf eine der
Fragen von 110 bis 115 bejahend, so sind Einzelheiten sowie Namen und Anschriften von zwei Personen, welche dies

dreimal verhaftet, wie unter 24 angegeben

wahrheitsgemäß bezeugen können, anzuführen Zeuge: [REDACTED]

beide wohnhaft: Bremen-Schönebeck, Haus "Fichtenhof", Kirchweg 161.

F. PART TIME SERVICE WITH OTHER ORGANISATIONS =

F. MITGLIEDSCHAFT ODER NEBENDIENST (MITARBEIT) IN ANDEREN ORGANISATIONEN

117. With the exception of those you have specifically mentioned in Sections D and E above, list: (a) Any part time, unpaid or honorary position of authority or trust you have held as a representative of any Reich Ministry or the Office of the Four Year Plan or similar central control agency; (b) Any office, rank or post of authority you have held with any economic self-administration organisation such as the Reich Food Estate, the Bauernschaften, the Central Marketing Associations, the Reichswirtschaftskammer, the Gauwirtschaftskammern, the Reichsgruppen, the Wirtschaftsgruppen, the Verkehrsgruppen, the Reichsvereinigungen, the Hauptausschüsse, the Industrie- ringe and similar organisations, as well as their subordinate or affiliated organisations and field offices; (c) Any service of any kind you have rendered in any military, para-military, police, law enforcement, protection, intelligence or civil defence organisations such as Organisation Todt, Technische Nothilfe, Stosstrupps, Werkscharen, Bahnschutz, Postschutz, Funkschutz, Werkschutz, Land und Stadtwacht, Abwehr, SD., Gestapo and similar organizations.

117. Unter Auslassung der bereits in den Abschnitten D und E beantworteten Punkte führen Sie an:

- a) Jedwedes Nebenamt, einflußreiches, unbezahltes oder Ehrenamt, oder Vertrauensstellung, welche Sie als Vertreter eines Reichsministeriums oder der Leitstelle für den Vierjahresplan oder ähnlichen Wirtschaftsüberwachungsstellen innehatten.
- b) Amt, Rang oder einflußreiche Stellung jedweder Art, welche Sie bei öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörperschaften innehatten, wie z. B. dem Reichsnährstand, den Bauernschaften, den Hauptvereinigungen, den Reichswirtschaftskammern, den Gauwirtschaftskammern, Reichsgruppen, Wirtschaftsgruppen, Industrieringen oder ähnlichen Körperschaften, sowie bei deren untergeordneten und angeschlossenen Körperschaften und Gebietsstellen.
- c) Jeglicher Dienst in militärischen, militärähnlichen, polizeilichen, Gesetzvollzugs-, Schutz-, Aufklärungs- oder Luftschutz- diensten, wie z. B. Organisation Todt, der Technischen Nothilfe, den Stoßtrupps, Werkscharen, dem Bahnschutz, Postschutz, Funkschutz, Werkschutz, der Land- und Stadtwacht, Abwehr, des SD., der Gestapo und ähnlichen Organisationen.

From	To	Name & type of organisation	Highest office or rank you held	Date of your Appointment	Duties
Von	Bis	Name und Art der Organisation	Höchstes Amt oder Rang erreicht	Datum der Ernennung	Pflichten und Aufgaben
---	---	---	-----	-----	-----

G. WRITINGS AND SPEECHES = G. VERÖFFENTLICHUNGEN ALLER ART UND REDEN

118. List on a separate sheet the titles and publishers of all publications from 1923 to the present, which were written in whole or in part, or compiled or edited by you, and all public addresses made by you, giving subject, date and circulation or audience. If they were sponsored by any organisation, give its name. If no speeches or publications write "none" in this space.

118. Geben Sie auf einem Extrabogen die Titel und Verleger aller von Ihnen seit 1923 bis zur Gegenwart ganz oder teilweise geschriebenen, zusammengestellten oder herausgegebenen Veröffentlichungen und alle von Ihnen gehaltenen öffentlichen Ansprachen und Vorlesungen, mit Angabe des Themas, Datums, der Auflage oder Zuhörerschaft an. Falls Sie im Auftrage einer Organisation schrieben oder sprachen, geben Sie deren Namen an. Falls keine Reden, Ansprachen oder Veröffentlichungen, setzen Sie das Wort „keine“ ein. Keine

H. INCOME AND ASSETS = H. EINKOMMEN, VERMÖGEN UND BESITZ

119. Show the sources and amount of your annual income from 1 January, 1931 to 1945. If records are not available, give approximate amounts.

119. Herkunft und Höhe des jährlichen Einkommens vom 1. Januar 1931 bis zur Gegenwart. In Ermangelung von Belegen sind ungefähre Beträge anzugeben.

year	Sources of Income	Amount
Jahr	Einkommensquelle	Betrag
1931		etwa RM 40.000,-
1932		" RM 40.000,-
1933		" RM 50.000,-
1934		" RM 20.000,-
1935		" RM 10.000,-
1936		" RM 10.000,-
1937		kein Einkommen
1938		" "
1939		" "
1940		" "
1941		" "
1942		" "
1943		" "
1944		" "
1945		" "

120. List any land or buildings owned by you or any immediate members of your family, giving locations, dates of acquisition, from whom acquired, nature and description of buildings, the number of hectares and the use to which the property is commonly put. 121. Have you or any immediate members of your family ever acquired property which had been seized from others for political, religious or racial reasons or expropriated from others in the course of occupation of foreign countries or in furtherance of the settling of Germans or Volksdeutsche in countries occupied by Germany? 122. If so, give particulars, including dates and locations, and the names and whereabouts of the original title holders. 123. Have you ever acted as an administrator or trustee of Jewish property in furtherance of organization decrees or ordinances? 124. If so, give particulars.

120. Ihnen oder unmittelbaren Angehörigen Ihrer Familie gehöriger Grundstücks- oder Hausbesitz. Erwerbsdatum, von wem erworben, Art der Gebäude, Grundstücksgrößen in Hektar und die gewöhnliche Verwendung des Besitzes sind anzugeben

121. Haben Sie oder ein unmittelbares Mitglied Ihrer Familie jemals Besitz erworben, welcher anderen Personen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen oder anderen Personen enteignet wurde im Verlauf der Besetzung fremder Länder oder zwecks Förderung der Ansiedlung von Deutschen oder Volksdeutschen in von Deutschland besetzten

Gebieten? ----- 122. Falls ja, geben Sie Einzelheiten an, einschließlich Zeit- und Ortsangaben, sowie Namen und gegenwärtigen Aufenthalt der ursprünglichen Besitzer -----

123. Waren Sie jemals als Verwalter oder Treuhänder für jüdischen Besitz zwecks Förderung von Arierungsverordnungen oder -verordnungen tätig? Nein 124. Falls ja, geben Sie Einzelheiten an -----

I. TRAVEL OR RESIDENCE ABROAD = I. REISEN ODER WOHNSITZ IM AUSLAND

125. List all journeys or residence outside Germany, including military campaigns.

125. Zählen Sie alle Reisen oder Wohnsitze außerhalb Deutschlands auf (Feldzüge einbegriffen).

Countries Visited	Dates (from—to)	Purpose of Journey
Land	Daten (von — bis)	Zweck der Reise
England	1937 - 14 Tage	geschäftliche Besprechungen

126. Was the journey made at your own expense? 127. If not, at whose expense was the journey made? 128. Persons or organisations visited. 129. Did you ever serve in any capacity as part of the administration of any territory annexed to, or occupied by the Reich? 130. If so, give particulars of office held, duties performed, location and period of service. 131. List foreign languages you speak, indicating degree of fluency. 132. Have you already at any time completed an Allied Military Government Fragebogen? If "yes," state date and place. 133. Have you at any time been dismissed or excluded from employment of any kind by order of an Allied Military Government? If "yes" state date and place.

126. Haben Sie die Reise auf eigene Kosten unternommen? Ja 127. Falls nein, auf wessen Kosten? -----

123. Welche Personen oder Organisationen haben Sie besucht? London

129. Haben Sie jemals, und falls ja, in welcher Rolle in der Zivilverwaltung in einem der von Deutschland eingegliederten oder besetzten Gebiete gedient oder gearbeitet? Nein

130. Falls ja, geben Sie Einzelheiten an über Ihr Amt, Ihren Pflichtenkreis sowie Ort und Zeitdauer des Dienstes -----

131. Kenntnis fremder Sprachen und Grad der Beherrschung etwas französisch

132. Haben Sie jemals einen Fragebogen der Militärregierung ausgefüllt und eingereicht? Nein Falls „Ja“ Ort und Zeitpunkt angeben -----

133. Sind Sie jemals auf Anordnung einer der Alliierten Regierungen oder der Militärbehörde irgendeines Postens enthoben oder an einer Berufsausübung oder Beschäftigung verhindert oder davon ausgeschlossen worden? Nein Falls „Ja“, Ort und Zeit angeben -----

REMARKS = Bemerkungen

The statements on this form are true, and I understand that any omissions or false or incomplete statements are offences against Military Government and will render me liable to prosecution and punishment.

Die auf diesem Formular gemachten Angaben sind wahr, und ich bin mir bewußt, daß jegliche Auslassung oder falsche und unvollständige Angabe ein Vergehen gegen die Verordnungen der Militärregierung darstellt und mich der Anklage und Bestrafung aussetzt.

Bremen-Schönebeck, den 16. 11. 45

SIGNED = Eigenhändige Unterschrift

Date Datum

CERTIFICATE OF WITNESS OR, IN RELEVANT CASES, IMMEDIATE SUPERIOR

I certify that the above is the true name and signature of the individual concerned and that, with the exception noted below, the answers made on this questionnaire are true to the best of my knowledge and belief and the information available to me. Exceptions (if no exceptions, write "none").

BESCHEINIGUNG DES ZEUGEN, ODER, WENN IN BETRACHT KOMMEND, DES UNMITTELBAREN DIENSTVORGESETZTEN

Ich bescheinige hiermit die Richtigkeit obigen Namens und obiger Unterschrift. Mit Ausnahme der nachfolgenden Punkte sind die in diesem Fragebogen gegebenen Antworten meines besten Wissens und Gewissens und im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Auskunftsmöglichkeiten richtig. Ausnahmen: (Das Wort „keine“ ist auszufüllen, falls solche nicht gemacht werden):

Signed

Eigenhändige Unterschrift

Official Position

Amtsstellung

Address:

Date

Datum

Bremen-Schönebeck, Haus "Fichtenhof"
Kirchweg 161



1950

Bad Soden a.Ts.

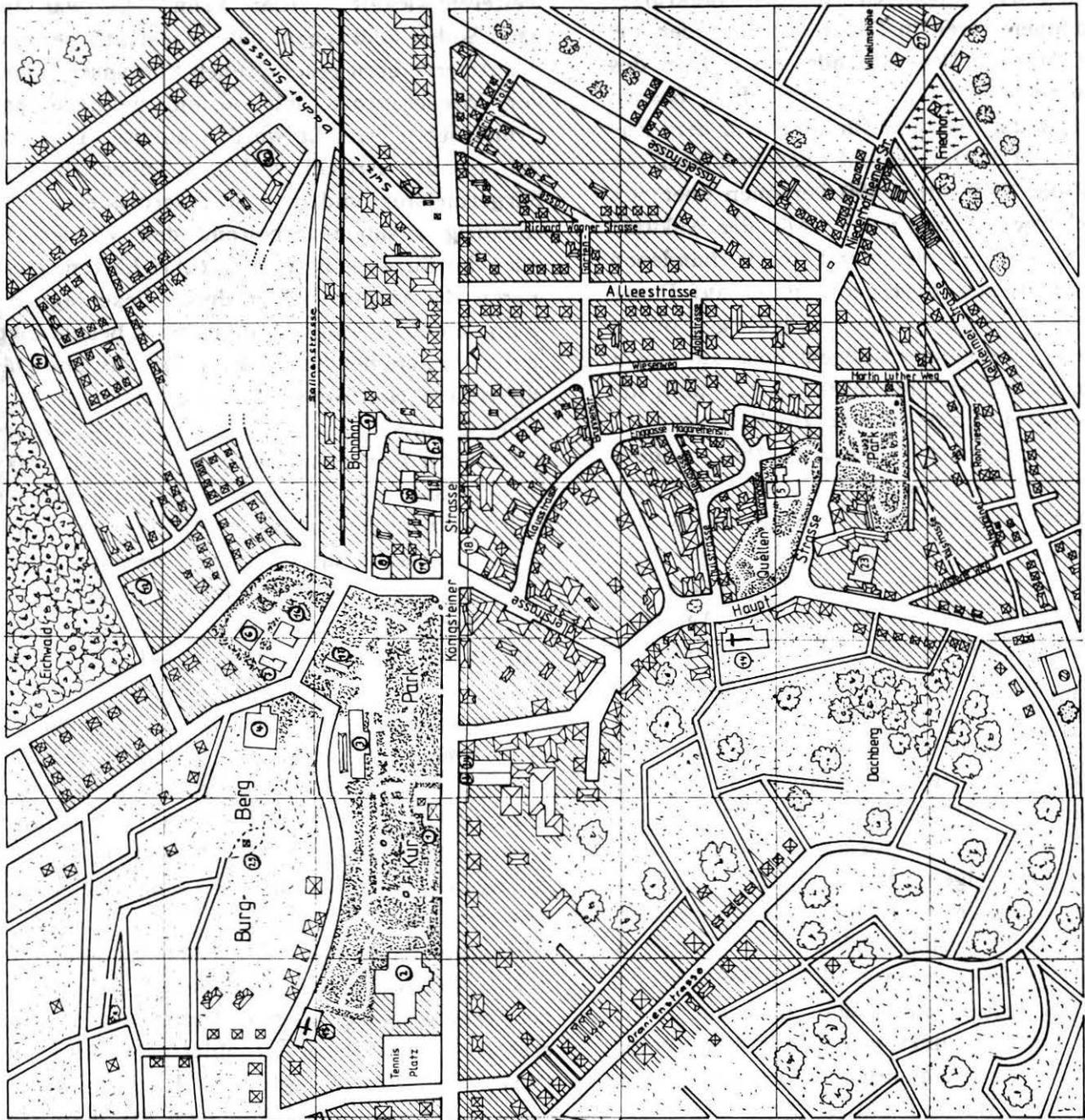
6832 Einwohner, davon 2490 Evakuierte und Flüchtlinge; 657 Wohnhäuser; Bahnverbindung nach Höchst; 14 praktizierende Ärzte; 4 Apotheken und Drogerien; 2 Banken; 1 Rechtsanwalt; 1 Volksschule; 1 private höhere Lehranstalt sowie Lehrinrichtungen an der Landwirtschaftskammer Frankfurt a.M.; 1949 insgesamt 2968 Kurgäste und 5496 Passanten

aus: "Jahrbuch 1950 der Stadt Bad Soden am Taunus"



ERLÄUTERUNGEN

- ① KURVERWALTUNG
- ② KURHAUS
- ③ KURPARK
- ④ BADEHAUS
- ⑤ JNHALATORIUM
- ⑥ QUELLENPARK
- ⑦ TRINKHALLE
- ⑧ RATHAUS
- ⑨ POLIZEI
- ⑩ POST
- ⑪ BAHNHOF
- ⑫ SCHULE
- ⑬ KREIBALTERSHEIM
- ⑭ GENESUNGSHHEIM
- ⑮ DER FARBWERKE
- ⑯ ELISABETHENHEIM
- Ⓐ EY. KIRCHE
- Ⓑ KÄTH. KIRCHE
- Ⓒ PAULINEN-SCHLOSSCHEN
- Ⓓ KURPARKTERRASSE
- Ⓔ HOTEL ADLER
- Ⓕ PARK- HOTEL
- Ⓖ HOTEL RHEIN. HOF
- Ⓗ HOTEL WEIGANDT
- Ⓙ SCHWIMMBAD
- Ⓚ BÜRGERSAAL
- Ⓛ KINO
- Ⓜ BURGERTURM
- Ⓨ SCHILLERLINDE
- Ⓩ NELKENZUCHT SINAI
- ⓐ FRIEDHOF



Zur Zeit des Prozesses vor der Frankfurter Strafkammer waren in Soden, wie in jeder anderen Gemeinde Deutschlands, die Folgen des Krieges noch deutlich zu spüren. Eine besondere Belastung bestand für Soden in dem Zustrom von Flüchtlingen und Ausgebombten, der im Oktober 1949 mit 2 490 Personen über 50% der Altbürger ausmachte¹. Mit der Ankunft dieser Neubürger, die zuerst im vorhandenen Wohnraum einquartiert, sich später auf Dauer ansiedelten, vollzog sich endgültig Sodens Wandlung von einer Landgemeinde zu einem städtischen Vorort der Wirtschafts- und Industriezentren Frankfurt und Höchst.

Zwar hatte der Anteil der dorthin pendeln den Arbeiter und Angestellten schon in den 30er Jahren angesichts des Niedergangs der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe stark zugenommen, der dörfliche Charakter der Gemeinde mit ihren nicht modernisierten Agrarbetrieben und dem Kleingewerbe hingegen war bestehen geblieben. Die Flüchtlinge jedoch sprengten allein zahlenmäßig diesen Rahmen. Um ihren Unterhalt zu sichern, mußten sie sich nach Frankfurt orientieren oder sich am langsam wiederaufkommenden Kurwesen beteiligen. Obwohl die Neubürger eine eigene Geschichte, eine eigene Kultur hatten, die sie, wie überall in den westlichen Besatzungszonen, in Vertriebenenverbänden zu erhalten suchten, wurden sie in Soden offensichtlich schnell integriert, ohne sich aber mit dem, was vor ihrer Ankunft war, zu identifizieren.

Anläßlich des einjährigen Dienstjubiläums Bürgermeister Justs im Juli 1949 wurde in einem Artikel des BAD SODENER KURANZEIGERS beschrieben, worauf es beim gemeinsamen Neuanfang ankam: "Der Schwerpunkt in der bisherigen Arbeit Bürgermeister Just's lag weniger auf verwaltungsmäßigem Gebiet. Sofort nach seinem Dienstantritt sah er die Notwendigkeit ein, dem Heilbad neue Impulse zu geben, damit dieses im nicht zu unterschätzenden Konkurrenzkampf der heutigen Zeit bestehen und

weiterentwickelt werden kann." Es war bis nach Soden gedrungen, daß angesichts der von den Amerikanern geschaffenen Voraussetzungen der Wiederaufbau mit neuen, zeitgerechten Grundsätzen erreicht werden konnte. Tatsächlich ist der Artikel voll des Lobes für den Bürgermeister und die Stadtverordneten, die einmütig zusammenarbeitend den Wiederaufstieg des Kurwesens herbeigeführt hätten. Zwar waren die Möglichkeiten durch Beschlagnahmen und Einquartierungen noch beschränkt, in dem Artikel heißt es jedoch, die Aufnahmefähigkeit des Heilbades sei voll ausgelastet.

Dr. O.Thilenius, einer der in Soden niedergelassenen Ärzte und Mitglied der FDP-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, äußerte sich in einem Beitrag zum Jahrbuch der Stadt 1950, der sich mit Sodens Geschichte als Heilbad befaßt, dementsprechend zuversichtlich über die Zukunft Sodens, die durch seine natürlichen Schätze gesichert sei. Sein liberales Credo, den allgemeinen Aufbauwillen widerspiegelnd, ließ ihn die Vergangenheit der Gemeinde durch einen rosigen Schleier sehen: "Wirklich Arme gab es nicht oder brauchte es nicht zu geben. Wer verdienen wollte, brauchte sich nur irgendwie in den Kurbetrieb einschalten, und sei es durch Koffertragen."³

Bürgermeister Just, die Vorstellungen des Arztes teilend, stellte in seinem Grußwort in der ersten Ausgabe des Kuranzeigers ('des ersten Sodener Nachrichtenblattes nach mehrjähriger, zeitbedingter Unterbrechung') heraus, auf welchen Grundlagen die neue Gesellschaft stehen müsse: "Dem Fleiß, der Ehrsamkeit und der Intelligenz der Vorfahren verdankt die Gemeinde ihre Entstehung und Entwicklung als Heilbad. (...) Dem kritischen Übergang zur städtischen Verwaltung muß ein wohlüberlegtes Ordnungsprinzip zugrunde gelegt werden. Die Begriffe Ordnungssinn und Disziplin sind auch im demokratischen Wörterbuch zu finden."⁴

(1) Stand 10.10.1949, aus dem "Jahrbuch 1950 der Stadt Bad Soden am Taunus", das vom Bürgermeister herausgegeben wurde.

(2) BAD SODENER KURANZEIGER (BSK) Nr. 11, 7.7.1949

(3) Dr. O.Thilenius, "Bad Soden als Kurort", in: "Jahrbuch 1950 ..."

(4) Bürgermeister Just, "Zum Geleit", BSK Nr.1, 28.4.1949

Diese neu herausgeputzten Tugenden und Werte prägten ein demokratisches Selbstverständnis, das von den Begriffen "Heimat" und "große Familie" ausging und das mit den Erwartungen der alliierten Initiatoren der neuen deutschen Ordnung nicht immer deckungsgleich war.

Mit der Ankunft der amerikanischen Streitkräfte im Rhein-Mein-Gebiet Anfang 1945 hatte auch dort die Arbeit der Umerziehungsbehörden begonnen, die, nachdem Deutschland militärisch besiegt worden war, mit detaillierten Plänen ausgestattet waren, die Struktur des Staates zu zerstören, die Beteiligten zu bestrafen und ein neues demokratisches Staatswesen aufzubauen. Im Gegensatz zu Frankfurt begnügte man sich in der Provinz vorerst damit, diejenigen Personen festzunehmen, die eine offizielle Funktion ausgeübt hatten. So befanden sich die Angeklagten K.Sch. und H.F. vom 27.6.1945 bzw. vom 28.6.1945 in automatische Haft, während der Angeklagte H.S. vom 24.5.1945 bis zum 11.8.1949 als Kriegsverbrecher in Dachau interniert war. Die Entnazifizierung im Maintaunus-Kreis betrieben die Amerikaner von ihrem Hauptquartier in Hofheim aus. Nachdem sie in Soden mit E.Meyer einen Bürger-

meister ihrer Wahl eingesetzt hatten, lief die Verteilung der Fragebögen über das Rathaus. Aus den Prozeßunterlagen im HHStaA geht hervor, daß es bei der Besetzung des Örtlichen Prüfungsausschusses zu Unstimmigkeiten gekommen sein muß. Auch in Soden formierten sich die Parteien, die Einfluß nehmen wollten.

Der Kurier

blatt der Stadt- und Kurverwaltung Bad Soden am Taunus und de

Seite 8 · Verantw.
Druckerei Högelein,
Redaktion gestattet.

Donnerstag, den 18. August 1949

Nr. 17 - 1. Jahrgang

Erscheint einmal wö
einschl. Zustellgebüh
Anzeigenpreis nach

il

Taunus.

ng

..Weigand.

Sigen Aus-

laurecht an

instraße im

der Jahnstr.
ger und Karl

am Eichwald

tung eines

ntung eines

tung des Lei-

Neues aus Bad Soden u. Umgebung

Wahlergebnis zur Bundestags-Wahl in Bad Soden.

Im allgemeinen nahm der Wahlsonntag auch in Bad Soden einen ausgesprochen ruhigen und geordneten Verlauf. Lediglich gegen 11.00 Uhr am Vormittag und gegen nachmittags 16.00 Uhr war einiger Andrang in den Wahllokalen zu beobachten.

Auf die Parteien entfielen im einzelnen folgende Stimmen:

S.P.D.	1112	Stimmen
C.D.U.	686	Stimmen
F.D.P.	1485	Stimmen
K.P.D.	119	Stimmen

Insgesamt wurden 3167 Stimmen abgegeben, wovon 3402 gültig und 359 ungültig waren. Laut Wählerliste betrug die Zahl der Wahlberechtigten 4530 Personen.

Bei hoher Wahlbeteiligung konnten gegenüber der letzten Kreistags-Wahl folgende Veränderungen festgestellt werden:

	Kreistag	Bundesrat	
S.P.D.	980	1112	+ 132
C.D.U.	787	686	- 101
L.D.P.	1404	1485	+ 81
K.P.D.	141	119	- 22

Im Wahlkreis XVIII, umfassend die Landkreise Maintaunus und Groß-Gerau erhielten:

S.P.D.	42671	Stimmen
C.D.U.	29741	Stimmen
F.D.P.	26916	Stimmen
K.P.D.	10607	Stimmen

Serenade des Kammerorchesters.

Am Samstag, den 20. August 1949, 21 Uhr findet

„Serenade“ des „Kamm-

Das wird am dem Sp
gegner
Damen
Hessisc
An
wird
Best-
Sch-
ken
zu w
unser
ansta
23
Fried
Melde
abgege
vergan-
training
Sommer-
zeiten r
schwimm
anderer
Höhe.
200 mtr.
Rücken
Sonntag
schwomm
und Kra
Da l
ungen s
leider
sow

Im Rahmen der alliierten Demokratisierungsabsichten wurde in der Gemeinde offensichtlich nach dem Vorbild der amerikanischen 'Town Meetings' mit dem 'öffentlichen Forum' eine

AUFRUF!

Die an sich wichtige und zweckmäßige demokratische Einrichtung des »Öffentlichen Forums« läuft Gefahr, durch das Wirken destruktiver Elemente infrage gestellt zu werden. Gewisse Personen sind entweder aus übersteigertem Geltungsbedürfnis oder aus eigennützigen Motiven offensichtlich daran interessiert, künstlich einen Keil zwischen die Bevölkerung und die Stadtverwaltung zu treiben, um dadurch die für jedermann sichtbaren Erfolge zu schmälern und den Wiederaufbauwillen der verantwortlichen Männer zu untergraben. Sie schrecken aus Mangel an sachlichen Gründen nicht davor zurück, die leitenden Männer unserer Stadt zu verleumden, ihren guten Ruf in Zweifel zu ziehen und sogar deren persönliche Ehre anzugreifen. Die Tendenz ist durchsichtig genug, um zu erkennen, daß in diesem Falle nach dem Grundsatz gehandelt wird, daß von jeder Verleumdung etwas hängen bleibt. Im Bewußtsein der absoluten Sauberkeit unserer Stadtverwaltung wird die notwendige Antwort auf derartige Angriffe nicht ausbleiben. Darin sind sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung völlig einig.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß eine solche Form der Handhabung des »Öffentlichen Forums« eine Gefahr darstellt, indem sie die auf Grund der demokratischen Verfassung gewählte Volksvertretung und deren Vollzugsorgane zu entmachten und in den Anklagezustand zu versetzen versucht, um damit eine illegale und verfassungswidrige Form eines Überparlaments zu finden.

Im Gegensatz dazu bildet das »Öffentliche Forum« als beratendes Organ eine begrüßenswerte Ergänzung unserer öffentlichen Körperschaften. Da der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung berechnete Zweifel hegen, daß dieser Grundsatz einer gedeihlichen und sachlichen Zusammenarbeit erhalten bleibt, wird der Magistrat in der am

Sonnabend, den 14. 5. 1949 um 20 Uhr im Bürgeraal (Frankfurter Hof)

stattfindenden Versammlung zu diesem Problem eingehend Stellung nehmen, den Vorstand des »Öffentlichen Forums« zu einer Erklärung auffordern und für denselben gegebenenfalls die Vertrauensfrage stellen lassen. Das weitere Verhalten des Magistrats und der Stadtverordneten wird von der befriedigenden Klärung dieser Fragen abhängen. Unabhängig davon werden die von der Stadtverwaltung gewünschten Berichte abgegeben.

In keinem Falle werden sich jedoch die verfassungsmäßig gewählten Vertreter der Stadt von einer kleinen Schicht stadtbekannter Unwilliger den Willen aufzwingen, schulmeistern oder gar beleidigen lassen. Der bisherige Zustand gedeihlicher Zusammenarbeit im Stadtparlament und Magistrat, der sich in schwerster Zeit segensreich bewährt hat, wird durch derartige Erscheinungen keineswegs gestört werden. Dazu ist aber unbedingt notwendig, daß sich alle diejenigen Mitbürger, die sich bisher in öffentlichen Fragen reserviert verhalten haben, aus ihrer Ruhe lösen und die Gemeindepolitik der Stadtverwaltung unterstützen helfen. Es ist die Pflicht eines jeden Einzelnen, der die bisherige Linienführung der Stadtverwaltung und deren Bautätigkeit anerkennt, dies in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, damit nicht nur diejenigen zu Wort kommen, die entweder aus Prinzip oder aus durchsichtigen Gründen negativ eingestellt sind und dadurch allein belassen den Anschein erwecken, als ob sie die öffentliche Meinung darstellten, deren Anständigkeit sie tatsächlich durch Frechheit vergewaltigen.

Bei der nächsten Versammlung des »Öffentlichen Forums« muß sich der klare Wille der Mehrheit der Bürger unserer Stadt derartigen Erscheinungen gegenüber durchsetzen und deren Wortführer in ihre Schranken verweisen.

Deshalb, Mitbürger, die ihr an der Fortsetzung einer positiven und aufbaufähigen Tätigkeit unserer Stadtverwaltung interessiert seid, erscheint ausnahmslos, damit in unserer Stadt der so aussichtsreich begonnene Wiederaufbau vollendet werden kann.

Für den Magistrat:

gez. **JUST**
Bürgermeister

Für die Stadtverordnetenversammlung:

gez. **Dr. Jockusch**
Stadtverordnetenvorsteher

Institution geschaffen, die eine größere Beteiligung der Bürger an den Angelegenheiten versprach. In einer im Kuranzeiger veröffentlichten Einladung zu dem 'öffentlichen Forum' am 29.10.49 umrissen die Organisatoren kurz die Absicht, die mit dieser Einrichtung verfolgt wurde: Es "sollte in erster Linie eine freie Aussprache, zu der um eine rege und freiwillige Beteiligung gebeten wird, stattfinden"¹.

Als von der Stadtverwaltung unabhängige Einrichtung bot das Forum, bei Teilnahme eines Vertreters der Besatzungsmacht, der Bevölkerung die Möglichkeit, den anwesenden Bürgermeister, Magistrat und die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Rede und Antwort stehen zu lassen. Es scheint aber, daß diese Möglichkeit öffentlicher Kontrolle bei der Stadt nicht sehr beliebt war.

In dem nebenstehend (S. 32) abgedruckten "Aufruf" des Bürgermeisters und der Stadtverordneten, den der Kuranzeiger am 12.5.1949 als Beiblatt enthielt, wandte sich die Stadt an die Bevölkerung zu verhindern, daß das 'Öffentliche Forum' von einer "kleinen Schicht stadtbekannter Unwilliger" verfassungswidrig mißbraucht und der Aufbau der Stadt gestört würde. Ohne Erwähnung des eigentlichen Grundes für die Empörung wird deutlich, daß den Stadtoberen die Möglichkeiten der freien Aussprache offensichtlich zu weit gingen. Eine scharfe Kritik an der Integrität der Stadtverwaltung, von deren "absoluter Sauberkeit" der Bürgermeister und die Stadtverordneten überzeugt waren, wurde mit dem Argument gekontert, sich außerhalb der verfassungsmäßigen Normen zu bewegen. "Verfassungsmäßig gewählt" wurde zu einer der Formeln, die eine Aura der Unantastbarkeit verliehen und Abstand von gemeiner Kritik verschafften.

Vom Verlauf des Prozesses gegen die 16 Sodener Bürger wurde, wie erwähnt, in dem von der Stadt mitgetragenen Kuranzeiger nicht berichtet. Dreizehn der 16 Angeklagten wurden nach fünf Verhandlungstagen wegen schweren Landfriedensbruches, zum Teil in Tateinheit mit Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung zu

Gefängnisstrafen verurteilt. Obwohl einer der Verurteilten ein Beschäftigter der Stadt war und später wieder eingestellt wurde, fand sich in den vorliegenden Quellen kein Hinweis auf eine wie auch immer geartete Reaktion der Stadt. Dabei hatte die Stadt selbst, wenn auch auf Druck des Örtlichen Prüfungsausschusses, beim Oberstaatsanwalt Anzeige erstattet.²

Die ursprüngliche Absicht der Stadt, für die "am 10.Nov.'38 auch hier durchgeführten Maßnahmen gegen jüdisches Eigentum zu sühnen", von der in einem Brief der Stadt an die Spezialabteilung der Kripo Frankfurt die Rede ist³, hatte keine weiteren Konsequenzen.

Offensichtlich war die Stadt der Ansicht, dem neuen Rechtsempfinden Genüge getan zu haben, indem die Angelegenheit auf geregelte juristische Wege nach Frankfurt geleitet worden war.

Kurze Zeit nach dem Prozeß wurde der städtische Angestellte G.K. befördert.

"Als Weihnachtsüberraschung", so der Kuranzeiger am 29.12.1949, "gab der Bürgermeister ... den Beschluß des Magistrats bekannt, den seit 1918 bei der Stadtverwaltung beschäftigten und bewährten Verwaltungsobersekretär G.K. ... zu[m] Stadtinspektor[en] zu ernennen. (...) Bürgermeister Just hob hervor, daß diese Ernennung(en) den Grundsatz des Magistrats zum Ausdruck bringen, Leistungen anzuerkennen und zu würdigen."

Im Jahrbuch der Stadt von 1950, an dem G.K. maßgeblich mitgearbeitet hatte, wird er als Leiter zweier (von insgesamt neun) Abteilungen der Stadtverwaltung, sowie als Büroleiter der Städtischen Bade- und Kurverwaltung ausgewiesen.

Dazu der letzte Abschnitt der Neujahrsbotschaft "An der Schwelle zur Halbjahrhundertwende" aus dem Kuranzeiger vom 29.12.1949:

(1) BSK Nr. 26, 20.10.1949
(2) vgl. "Der Prozeß von 1949"; S. 38 f
(3) HHStaA, 461, Nr. 31982 Bl. 1a

"Wir mögen streiten, ob wir im Einzelnen mehr ein soziales, ein demokratisches, oder ein christliches Weltbild erstreben, ob wir freiere oder gebundenere Ordnungen des Zusammenlebens schaffen wollen. Dies ist unerheblich, wenn wir unser verantwortliches Denken und Handeln nur im Ganzen vor das Anlitz des

Allmächtigen stellen. Erst dann können dem Jahrhundert die Worte des Erzengels wieder klingen:

Dein Anblick gibt den Engeln Stärke,
Weil keiner dich ergründen mag,
Und alle deine hohen Werke
sind herrlich wie am ersten Tag."

GESCHÜTZTE GESCHICHTE: VOR- BZW. IN WESSEN INTERESSE ?

Der Zugang zu den Akten war für uns nicht einfach. In dem noch nicht lange bestehenden Stadtarchiv Bad Soden, wo man kaum über Material aus der NS-Zeit verfügt, wußte man bereits früher von dem Vorhandensein der Unterlagen und war über eine Rückfrage beim Landgericht Frankfurt (bei dem für NS-Angelegenheiten zuständigen Staatsanwalt) schließlich in das Hauptstaatsarchiv verwiesen worden. Nach allem, wie die Recherchen verlaufen waren, mußte der Stadtarchivar jedoch annehmen -zumal er sich den Zugang zu eventuellen weiteren Quellen (in Bad Soden wie in Wiesbaden und anderswo) nicht verschütten wollte- daß es für die Benutzung des Materials eines offiziellen Titels oder Auftrags bedurfte.

Das hätte für uns eine Benutzung gewissermaßen aus zweiter Hand bedeutet. Als wir uns dann, wie bereits erwähnt, mit unserer Arbeit selbst-

ständig machten, versuchten wir es entsprechend vorsichtig auf eigene Faust mit einer Anfrage in Wiesbaden:

Brigitte Dörrlamm, OstRn.
Alleestr.10, Tel.06196/21992
6232 Bad Soden a.Ts.

Bad Soden, den 31.1.88

An das
Hessische Hauptstaatsarchiv
Mosbacher Str.55
6200 Wiesbaden
Sehr geehrter Herr Dr.Eiler,

für eine Arbeit, die ich zusammen mit vier ehemaligen Teilnehmern eines Leistungskurses im Fach Geschichte begonnen habe, bitte ich um die Unterstützung Ihres Hauses.

Ich bin Lehrerin am Eichwaldgymnasium Schwalbach (für Deutsch und Geschichte), wohne in Bad Soden und hatte daher 1985 Zugang zu einer für die seinerzeitigen Schüler der Stufe 12 sehr interessanten Quelle, einer Kriegsrechnung aus dem Jahr 1797. Die Arbeit damit hat die Gruppe so motiviert, daß wir im folgenden Schuljahr noch einmal ähnliches unternahmen; diesmal ging es um die Jahre 1914-18, wie sie sich in der Chronik der Sodener Volksschule niedergeschlagen haben.

Nicht erst die Beschäftigung mit dem sog. Historikerstreit kurz vor dem Abitur, auch andere und eigene Beweggründe haben die Jugendlichen schließlich dazu bewogen, sich nach dem letztjährigen Verlassen der Schule noch einmal in einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufinden, in der es um die jüngste deutsche Vergangenheit und deren bisherige und aktuelle Bewältigung geht. Unser Ausgangsmaterial bilden fünf Kopien von FR-Artikeln aus dem Jahr 1949 (21.-28.Juni), die über den Prozeß mit der sog. Judenaktion vom 10.11.1938 berichten.

Mir ist bekannt, daß Sie über die entsprechenden Prozeßakten verfügen, und ich frage deshalb an, ob es möglich ist, daß wir Einsicht in die Dossiers bekommen.

Bei den jungen Mitgliedern der Arbeitsgruppe handelt es sich

um:
Martin Schaller, z.Z. in einem Berufspraktikum,
Norbert Stieniczka, z.Z. in der Bundeswehr, beabsichtigt ein Geschichtsstudium,
Wolf Thielking, z.Z. Zivildienstleistender, beabsichtigt ein Geschichtsstudium,
Mai-Lin Tjoa, Studentin u.a. des Fachs Kunstgeschichte.

Uns sind die Auflagen im Rahmen des Personen- und Datenschutzes bekannt; die Arbeitsintention kollidiert u.E. nicht mit ihnen, hängt andererseits aber von der gebotenen Exaktheit im Umgang mit dem authentischen Quellenmaterial ab.

Wenn Sie uns gestatten, bei Ihnen vorstellig zu werden, legen wir Ihnen gern unsere vorläufige Arbeitsgliederung vor.

In der Hoffnung auf einen günstigen Bescheid:

Brigitte Dörrlamm

Die förmliche Antwort lautete:

HESSISCHES HAUPTSTAATSARCHIV  WIESBADEN

Hessisches Hauptstaatsarchiv Mosbacher Straße 55 6200 Wiesbaden

Frau
Brigitte Dörrlamm
Alleestr. 10
6232 Bad Soden a.Ts.

Ihre Nachricht vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen (bei Antwort bitte angeben)	☐ (06121) 881-0 Durchwahl	Wiesbaden,
31.01.1988		IIImP/E	-121	10.02.1988

Betr.: Judenpogrom in Bad Soden 1938

Sehr geehrte Frau Dörrlamm,

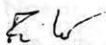
der vor dem Landgericht Frankfurt 1949 geführte Strafprozeß gegen die an den Judenpogromen in Bad Soden im November 1938 beteiligten Personen ist hier in Abt. 461 (Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt) Nr. 31982 archiviert.

Hinsichtlich der Benutzbarkeit dieser Akten müssen wir darauf hinweisen, daß es sich um personenbezogenes Schriftgut handelt. Den in den Akten vorkommenden rechtskräftig verurteilten Personen, die nach Abbüßung der Strafe Anspruch auf ihre Rehabilitierung haben, den Zeugen und sonstigen am Strafprozeß Beteiligten und ihren unmittelbaren Angehörigen steht der Schutz ihrer Persönlichkeit zu.

Gemäß der Benutzungsordnung für die Staatsarchive des Landes Hessen vom 8. November 1973 (StAnz. 1974, S.113) § 2 Abs. 2 muß sich der Benutzer auf einem Formblatt zum Benutzungsantrag schriftlich verpflichten, bei der Verwertung von Erkenntnissen aus Archivalien die Persönlichkeits- und Urheberrechte sowie andere berechnigte Interessen Dritter zu beachten. Dies geschieht in der Regel durch eine Anonymisierung aller in den Akten vorkommenden Personennamen, abgesehen von Personen der Zeitgeschichte.

Zwei Bände des o.g. Strafverfahrens sind zudem jünger als 30 Jahre. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Vorgänge, die im Zusammenhang mit späteren Begnadigungsanträgen entstanden sind, die aber über die Aktionen im Jahre 1938 nichts mehr aussagen. Sollten Sie dennoch auch an der Benutzung dieser Aktenbände interessiert sein, so ist hierzu nach § 2 Abs. 3 der Benutzungsordnung eine Genehmigung dees Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.


(Dr. Eiler)

Nun waren von jedem von uns nur noch die beiden nachstehenden Formulare auszufüllen und zu unterschreiben:

HESSISCHES HAUPTSTAATSARCHIV

Benutzerantrag (Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Vor- und Zuname:

Beruf:

Staatsangehörigkeit:

Heimatanschrift:

Vorübergehende Anschrift:

Forschungsthema:

Name und Anschrift des Auftraggebers (Institution/Behörde/Gemeinde/Universitätsinstitut/
Forschungseinrichtung/Doktorvater/Presseorgan/Verein o. ä.):

Wo sollen die Forschungsergebnisse veröffentlicht werden?

Haben Sie über Ihr Anliegen bereits mit uns korrespondiert? ja nein

Haben Sie schon früher bei uns gearbeitet? ja nein wann?

Erklärung

Ich erkenne die Benutzungsordnung an, insbesondere

1. daß Archivalien, die jünger als 30 Jahre sind, von mir nur nach vorheriger Zustimmung des Hessischen Kultusministers benutzt werden dürfen;
2. daß ich bei der Verwertung von Erkenntnissen aus Archivalien, die jünger als 60 Jahre sind, die Persönlichkeits- und Urheberrechte sowie andere berechnigte Interessen Dritter beachten und für eine schuldhaftige Verletzung dieser Rechte einstehen werde;
3. daß ich zur kostenlosen Überlassung eines Belegstückes im Falle der Veröffentlichung verpflichtet bin.

Wiesbaden, den _____

(Unterschrift)

Nicht vom Benutzer auszufüllen

- Vorlage des Personal- bzw. Dienstaussweises PA-Nr. ja nein
- Gebührenpflichtig ja nein
- Einsicht in Akten jünger als 60 Jahre ja nein
- Einsicht in Gerichtsakten ja nein
- Einsicht in Akten jünger als 30 Jahre:
Genehmigung des Kultusministers erforderlich ja nein
Genehmigung des Kultusministers erteilt am _____
- Sonstige Genehmigung für Abt. _____ erteilt am _____
- Fotokopierlaubnis ja nein
nach Rücksprache
- Vorlage Formblatt Personenbezogenes Schriftgut ja nein
- Zu benutzende Bestände (ggf. mit Angabe der Archivaliensignatur):

Der Antrag wird genehmigt.

Referent/Sachbearbeiter: _____

Der Direktor: _____

Benutzersaal:

- Vorlage der Benutzungsordnung
- Einsicht in Personal- bzw. Dienstaussweis
- Anlegen der Benutzerkarte
- Eintragung im Benutzertagebuch
- Benutzungsgebühr

Im Rahmen einer wissenschaftlichen Archivbenutzung zum Thema:
.....
.....
.....
ist mir die Erlaubnis zur Benutzung von Individualdaten aus
personenbezogenem Schriftgut unter folgenden Auflagen erteilt
worden:

1. Die mir so bekannt gewordenen Daten werden von mir nur in anonymisierter und/oder aggregierter (summarischer) Form veröffentlicht. (Diese Auflage gilt nicht für Persönlichkeiten der Zeitgeschichte.)
2. Falls Kopiererlaubnis erteilt wird:
Kopien sind persönliche Arbeitsunterlagen, die nur für das vom Hessischen Hauptstaatsarchiv genehmigte Forschungsvorhaben verwandt werden dürfen. Sie dürfen ohne Genehmigung durch das Hessische Hauptstaatsarchiv nicht von Dritten eingesehen oder an Dritte weitergegeben werden.

Diese Erklärung gilt als Bestandteil meines Benutzerantrages.

Wiesbaden, den
(Unterschrift)

Die Unterlagen, obwohl als "Historisch wertvoll" deklariert und mit dem Vermerk "Nicht vernichten!" versehen, sind nicht aufgearbeitet und bisher kaum benutzt.¹ Sie ruhen vielmehr unter dem Aktenzeichen 3 Js 388/48 in vier altersgebräunten rosa Aktendeckeln, vermutlich so, wie sie im Verlauf des Prozesses gebraucht worden sind, lose aufgeschichtet und bis auf einen Juris-Ordner blattweise handschriftlich numeriert, zusammen mit weiteren Packen des z.Z. nur mit ministerieller Erlaubnis zugänglichen

(1) Bei Veröffentlichungen berücksichtigt wurden sie unseres Wissens in u.a.:

Klaus Moritz/Ernst Noam: "NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955", Wiesbaden 1978, 37,- DM (!)

"... als wenn nichts gewesen wäre", hrsg. vom Bund Deutscher Pfadfinder (BDP/BDJ) Main - Taunus 1987

J.Kromer: "10. November 1938 - Materialien zur Bad Sodener Geschichte", Heft 4, hrsg. vom Arbeitskreis für Bad Sodener Geschichte 1988

Revisionsvorgangs in zwei Kartons im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden. Da es sich um schlechtes Nachkriegspapier und außerdem weitgehend um dünne Durchschläge sowie um handschriftliche Notizen auf z.T. kleinen Zetteln und Formularrückseiten handelt, ist die Arbeit damit schwierig, und beim Umgang mit alledem ist -auch materiell gesehen, beim Blättern und Kopieren- schon jetzt große Behutsamkeit geboten. Wenn das Land Hessen über die aufgestempelte Wertschätzung hinaus wirklich etwas für die Erhaltung und sinnvoll zugängliche Benutzung der Dokumente tun will, kann es dies nicht nur dem guten Willen und Engagement der Archivbediensteten überlassen, die ihrerseits versuchen, im Rahmen der jeweils fälligen Belehrung von Benutzern ihre schwierige Lage angesichts eines immernoch fehlenden Archiv-Gesetzes begreiflich zu machen. Daß ähnliche Probleme auch anderswo bestehen, zeigt das folgende Zeitungs zitat (FR vom 26.4.1988), das sich auf Frankfurt bezieht:

Vieles ungelesen im Stadtarchiv

Dependance in der Großmarkthalle wird neu hergerichtet

Das „Stadtarchiv läßt verkommen statt zu erhalten“ — so lautet der Vorwurf, den der SPD-Fraktionsvorsitzende im Ortsbeirat 4, Klaus-Dieter Jeske, erhebt. Akten des Stadtarchivs, die in dessen Dependance in der Großmarkthalle untergebracht seien, zerfielen zum Teil „schon bei Berührung“. In der heutigen Sitzung des Ortsbeirates (19.30 Uhr im Bürgerhaus Bornheim) fordert die SPD-Fraktion per Antrag den Magistrat zu „sofortigen Maßnahmen“ auf, um die Akten zu erhalten. . . .

ohne Datum
(halbes Blatt)

Stadtstempel 11.9.46

An den Bürgermeister als Ortspolizeibehörde

Betr.

Gewalttaten gegen Juden am 8. November 38

Der örtliche Prüfungsausschuß nahm von der Mitstimmung weiter Kreise der Sodener Bevölkerung darüber Kenntnis, daß bis jetzt rein gar nichts verlautet ist über die gerichtliche Verfolgung der an der feinerzeitigen Gewalt- u. Rohheitsfakten Beteiligten. Im Hinblick auf die besonders rohen und unmenschlichen Vorgänge in den Sodener jüdischen Wohnungen, insbesondere aber an der jüdischen Kuranstalt wird eine baldige strenge Sühne erwartet. Der Herr Bürgermeister von Bad Soden a. E. wird gebeten, diese Erinnerung an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

Örtl. Prüfungsausschuß B.S. am E.
den 9.9.46

Wie es zu dem Prozeß kam, läßt sich nur noch aus einem Schreiben schließen, das sich als halbes Blatt (DIN A 5), versehen mit dem Stempel der Gemeinde (Datum: 11.9.1946) unter den Prozeßakten findet. Danach hat der "örtliche Prüfungsausschuß" (zuständig für die Entnazifizierung) sich am 9. September 1946 an den "Bürgermeister als Ortspolizeibehörde" gewandt. Welche Personen dem Ausschuß, der wie andernorts auch von der Besatzungsmacht eingesetzt worden war, angehörten, ist nicht festzustellen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Rückseite :

Gendarmerie =A= Station 12.9.46 an Prüfungsausschuß

Betr. Judenpogrom vom 10.11.1938

Bermutungen u. Ermittlungen wurden am 12.6.46 an den Oberstaatsanwalt in Wiesbaden mit Bitte um weitere Veranlassung überandt.

DER GESCHEHENSABLAUF (zitiert aus der Urteilsbegründung)

"In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erhielt der Zeuge W., der damals Polizeibeamter in Bad Soden war ..., zwei einander widersprechende Fernsprüche der Regierung in Wiesbaden. Aus dem ersteren ging hervor, daß Ausschreitungen gegen jüdisches Eigentum zu verhindern seien, der zweite lautete dahin, daß gegen jüdisches Eigentum volle Handlungsfreiheit bestehe; Plünderungen, Brandstiftungen und die Mißhandlung von Juden jedoch untersagt seien. W. teilte die Ferngespräche sofort weisungsgemäß dem Ortsgruppenleiter, Angekl. F. und dem Bürgermeister von Bad Soden als Ortspolizeibehörde, R. mit.

... F. gab dem Akl. S. die Weisung, er solle mittags zur Ortsgruppe kommen und die dort versammelten Parteimitglieder zur Kuranstalt führen Außerdem solle er die Leute vom Rathaus, die Parteigenossen waren, mitbringen. Kurze Zeit danach, etwa um die Mittagszeit, beschrieb S. zwei ortsfremden Männern den Weg zur Synagoge (Betsaal), in der Neugasse. Bald darauf erschien er auch selbst am Betsaal, der sich in einem Wohnhaus befand. Dort waren bereits die fremden Männer. S. stieg durch ein Fenster, das schon zerschlagen war, in das Innere des Betsaals ein. Er hatte ein Schlagwerkzeug bei sich,

mit dem er die Scheiben einschlug und im Raum "herumfuhrwerkte". Er zertrümmerte Bänke, Tische und Stühle. Anschließend warfen der Akl. S. und die beiden anderen Männer dem Gottesdienst dienende Decken, Gebetbücher und die demolierte Einrichtung aus dem Fenster der Straßenfront, das auch eingeschlagen wurde, auf die Straße, wo es aufgeschichtet und mit Hilfe von Petroleum verbrannt wurde. ... Auch die Tür, die den Betsaal mit dem Hausinneren verbindet, wurde demoliert ... Hier (bei der Kuranstalt für kranke Israeliten die Verf.) hatte sich etwa um 14 Uhr eine größere Menge Jugendlicher versammelt, die jolten und schrieten und plötzlich -offenbar auf Kommando- mit Steinen in die Fenster der Kuranstalt warfen. Daraufhin wurden die Rollläden der Fenster und der nach draußen führenden Türen heruntergelassen. Gleichzeitig versuchte die Oberschwester der Anstalt mehrfach, die Polizei telefonisch zu erreichen, erhielt jedoch keine Antwort. ...

Sie trafen bald darauf in die Kuranstalt ein, in die sie eindringen und sich dort eine Zeitlang während der Ausschreitungen aufhielten, nachdem andere, dort zusammen gerottete Personen unter gewaltsamen Aufbrechen der Türen bereits eingedrungen waren und das Hauptgebäude demolierten. ...

Unter anderem sah er, wie 2 bis 3 Personen einen kranken Insassen aus dem Bett zogen. ...

Der Akl. F. hielt sich während der ganzen Zeit in der Kuranstalt auf, ohne den Zerstörungen Einhalt zu gebieten.

Nur auf Bitten der christlichen Schwester M. ließ er deren Zimmer eine kurze Zeitlang verschonen. Inzwischen wurden die Juden in seiner Anwesenheit gezwungen, in vielen Fällen nur notdürftig bekleidet -in Bademänteln oder Schlafanzügen- die Anstalt zu verlassen. Der Akl. Sch., der an der Treppe stand, versetzte einem der kranken Juden, der gehbehindert war, einen Fußtritt, so daß er stolperte und hinfiel. Später verließ Sch. die Anstalt mit einem Paken Briefe. Dabei machte er zu Bekannten die Bemerkung, er werde den

Inhalt schon entziffern können. ...

Ungefähr eine Stunde später, nachdem die Zerstörungen im wesentlichen beendet waren, überall im Park lagen Einrichtungsgegenstände usw. verstreut, die aus der Anstalt herabgeworfen waren; ... scharte der Akl. F. seine Leute im Halbkreis um sich und sagte: "Habt Ihr alles erledigt ? Wenn noch einer von Euch ein übriges tun will, so tut Euren Gefühlen keinen Zwang an !"

Daraufhin stürzte die Menge wieder ins Gebäude. ...

Nicht lange, nachdem die Akl. Sch. und F. gesprochen hatten, wurde auf dem Dach der Anstalt eine Rauchfahne sichtbar, -und zwar gerade an der Stelle, an der kurz vorher ein Mann mit einer Schippe die Schieferstücke beiseite geräumt hatt, anscheinend um dem Feuer, das angezündet wurde, Luft zu verschaffen. Nun brach auch im unteren Stockwerk das Feuer aus, das sich schnell über das ganze Anwesen verbreitete. Der Polizeibeamte W., den die Oberin bei Beginn der Aktion vergeblich zu erreichen versucht hatte, kam erst jetzt zur Kuranstalt und rief die Soderer und Schwalbacher Feuerwehr. Ungefähr um 15.15 Uhr trafen die Feuerwehren ein und bereiteten die Löscharbeiten vor, indem sie Schlauchleitungen auslegten. Zum Löschen kam es jedoch nicht. Der Zeuge W., der seinen Posten an einem Hydranten hatte, drehte die sen wohl auf, hatte aber den Eindruck, daß das Wasser nur bis zum Verteiler gelassen wurde. Auch die Motorspritze wurde behindert, indem die Bachstauung, die dreimal gebaut wurde, jedesmal wieder böswillig eingerissen wurde. ...

S. veranlaßte, daß doch gelöscht und nicht nur die Bäume gespritzt wurden, wie es bis dahin geschah. Daraufhin kam der Akl. F. zu ihm und erklärte: "Das muß abbrennen!"

...

Kurze Zeit, nachdem das Feuer in der Kuranstalt ausgebrochen war, zog eine Menschenmenge, zu der auch die Akl. S., M., J. und E. gehörten, von dort zu der jüdischen Fremdenpension Freimann in der Hasselstr. 12

.... Die ersten von denen, die in das Anwesen eindrangen, sich auf sämtliche Räume verteilten und sogleich mit der Demolierung der Einrichtung begannen, waren B. und der Akl. S., der auf die Zeugen zukam und ein Beil in der Hand hatte. Er schrie sie an: "Machen Sie, daß Sie hier 'rauskommen, wenn Ihnen Ihr Leben lieb ist!"

Der Akl. S. verwehrte ihr, noch irgendwelche von ihren Sachen zu holen und fing hinter ihr an, die Fensterkreuze mit dem Beil einzuhacken. ...

Nachdem die Menge ihr Zerstörungswerk hier beendet hatte, zog sie zur Villa Grünebaum in die Alleestr. 24, um es dort fortzusetzen. ...

Der Akl. S. erschien an einem Fenster im 1. Stock und warf Sachen in den Hof.

In der Nacht fand im Keller der Kuranstalt noch ein Trinkgelage statt, an dem auch der Akl. F. teilnahm. ..."

Aufgrund dieses offiziell fixierten Tatbestandes verhängte Landgerichtsrat Dr. Winden "im Namen des Gesetzes" insgesamt 13 Jahre und 1 Monat Zuchthaus bzw. Gefängnis "wegen Landfriedensbruches gemäß § 125 I StGB in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch nach § 124 StGB". Insgesamt 3 Jahre und 1 Monat davon galten durch Internierung und sog. automatische Haft bereits als verbüßt. Im Zuge der Revision wurde das Strafmaß im Einzelfall vermindert, und gegen fünf der Angeklagten wurde "das angefochtene Urteil aufgehoben. Das Verfahren wird insoweit auf Kosten der Staatskasse eingestellt."

HALTUNGEN UND ÄUßERUNGEN VON BETEILIGTEN UND BETROFFENEN

Von heute aus gesehen erscheint das juristische Urteil weniger wichtig als die Haltungen und Äußerungen von Beteiligten und allen, die von damals bis jetzt von den Ereignissen und deren Folgen betroffen waren und sind. In den (Akten-)Zitaten spiegeln sich nicht Einsicht, Sühnebereitschaft oder Wahrheitssuche, sondern neben dem begreiflichen Selbstschutz Opportunismus, Hilflosigkeit, Borniertheit, Desinteresse und Verdrängung. Wo der Versuch unternommen wird, etwas zu korrigieren, führt das nicht unbedingt zum Besseren.

So wurden zwei Angeklagten im Verlauf des Prozesses ihre Aussagen im NS-Verfahren von Ende 1938 vorgehalten. Sie sagten dazu:

1949:

"Meine Angabe, ich sei scharf gegen die Juden, geschah nur aus berechtigtem Interesse zur Abwehr eines Schadensprozesses." (Angeklagter H.Sa.)

"Bei meiner damaligen polizeilichen Vernehmung habe ich angegeben, daß ich an den Zerstörungen teilgenommen hätte. Infolge meiner judenfreundlichen Einstellung war ich mit den hiesigen Juden gut befreundet und galt in Hitlerkreisen als

Gegner der Nazis. Um weiteren Verfolgungen und Schikanen zu entgehen, habe ich seinerzeit obiges Geständnis abgelegt und wollte damit gewissermaßen den damaligen Gewalthabern unter Beweis stellen, daß ich doch kein Nazigegner sei. Damals konnte ich allerdings nicht ahnen, daß ich mich dafür einmal verantworten müßte." (Angeklagter H.So.)

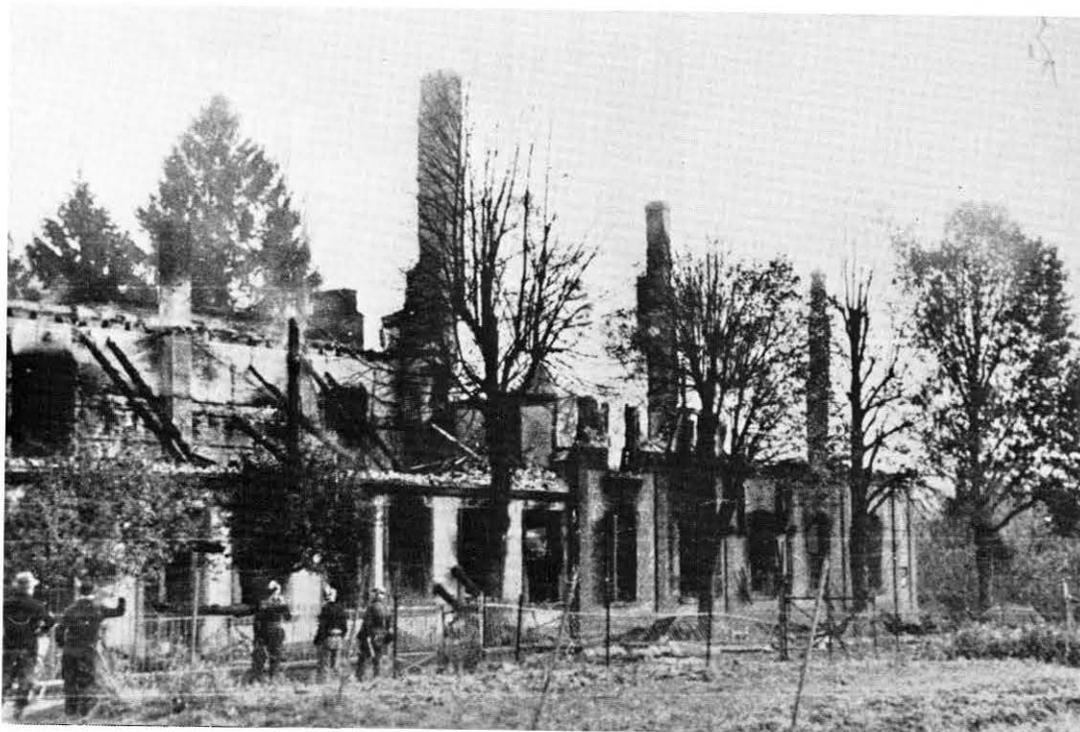
Und die Zeugin K.F. schrieb an den Richter:

"... Ich schreibe dies in der Morgenstunde, weil ich mich als schuldig meinem Mann gegenüber fühle. Mein Mann hatte die ganzen Akten "Judenaktion" zusammen gebündelt in seinem Schreibtisch liegen. Dabei waren auch die Namen dieser beiden [fremden; die Verf.] SA-Männer, notiert. Als die Amerikaner 1945

kamen habe ich alle Akten, was Nazi hieß, verbrannt; denn ich wollte nichts mehr sehen und hören davon. Mein Mann könnte nun alles gebrauchen, als Beweise der Wahrheit. Mein Mann machte mir natürlich Vorwürfe darüber und das mit Recht. Ich sehe jetzt selbst ein, daß die Akten sehr wichtig wären."

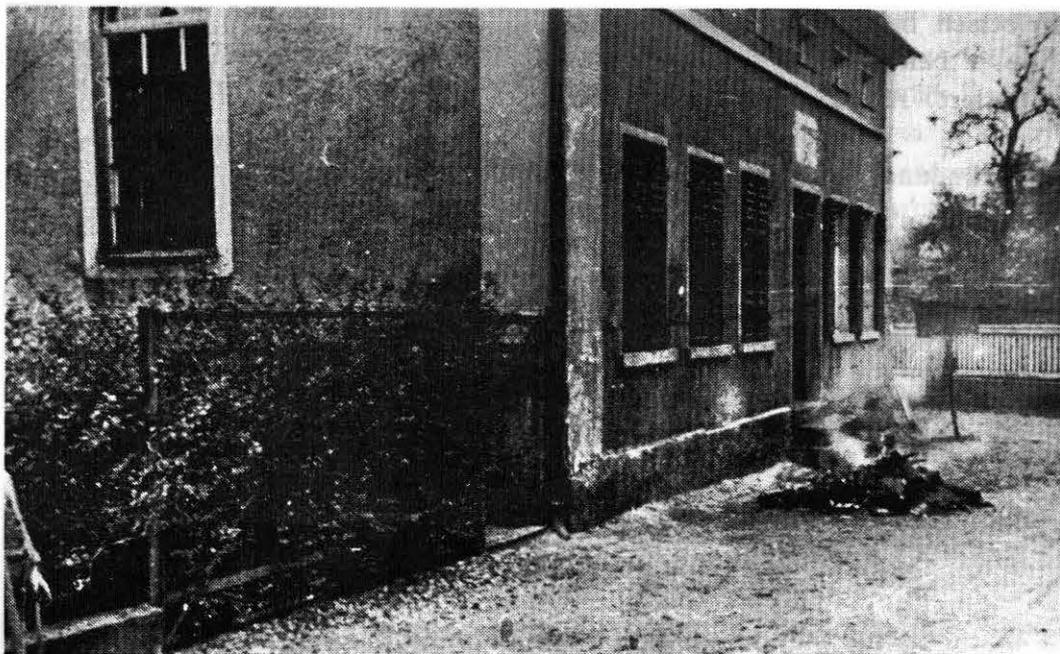
Laut Urteilsbegründung sagte der Angeklagte K.Sch. 1938:

"Na endlich brennt die Wanzenbude !"



In einem belläufigen Gespräch mit einem der Verfasser sagt ein derzeitiger Stadtverordneter 1988:

"... ach die alte Bretterbude !"



und meint die alte Synagoge in Bad Soden, Enggasse.

Vor dem Denazifizierungsausschuß konstatierte der spätere Angeklagte W.Sch. 1947:

"Der Ortsgruppenleiter und der Bürgermeister hatten die Macht, aber nicht den Willen, die Ausschreitungen zu verhindern. - Sie hatten damals nicht nur die politische Macht, sondern auch die sittliche Verpflichtung, die Beteiligten als Werkzeuge zu mißbrauchen."

"Die verantwortlichen Dienststellen vertraten den Standpunkt, daß die Ausschreitungen an sich nicht strafbar sind, da sie eine Demonstration gewesen seien."

Die Rechtsanwälte sahen in ihren Revisionsbegründungen die Sach- und Rechtslage folgendermaßen:

in bezug auf den Angeklagten R.K.:

"Die Tatsache, daß der Angeklagte durch seine Anwesenheit in der Menge seine Zugehörigkeit zu dieser nach außen zum Ausdruck gebracht hat, begründet noch nicht das Bewußtsein der Widerrechtlichkeit. Hierzu hätte vielmehr zumindest die Feststellung gehört, daß sich der Ange-

klagte darüber klar war, etwas vom staatlichen Machthaber nicht Gewolltes zu tun. Da die Aktionen im November 1938 aber gerade vom staatlichen Machthaber inspiriert worden sind, ist es mehr als zweifelhaft, ob und wie weit jedem Beteiligten die Widerrechtlichkeit seines Handelns bewußt gewesen ist."

in bezug auf den Angeklagten P.J.:

"Die Teilnahme an der Tat beruhte nicht auf eigener Initiative ... Bei der Prüfung der Anwendbarkeit des Gesetzes zur Ahndung nationalsozialistischer Straftaten wäre die Frage aufzuwerfen, ob eine Anklage erhoben worden wäre, wenn keiner der Täter mehr begangen hätte, als der Angeklagte J. Zweifellos wäre dann eine Anklage nie erhoben worden; die Vorgänge selbst wären längst vergessen.

Sehr fraglich ist es übrigens, ob es überhaupt ein Gesetz zu Ahndung nat.soz.

Straftaten gäbe, wenn die Vorgänge im November 1938 sich auf Taten beschränkt hätten, wie sie dem Angeklagten J. zum Vorwurf gemacht werden.

Wie bereits ausgeführt, hatte J. auf Befehl gehandelt. J. war nicht deshalb herangezogen worden, weil er sich etwa in judenfeindlichem Sinne hervorgetan hätte, sondern einfach deshalb, weil er Blockleiter, und als selbständiger Geschäftsmann greifbar war ..."

in bezug auf den Angeklagten R.M.:

"..., daß der Angeklagte M. von Dritter, für ihn autoritärer Seite zur Kuranstalt beordert worden ist. Die Strafkammer hätte danach prüfen müssen, ob nicht jene Beorderung durch den Gemeindegewaltamt als demjenigen, der für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung Verantwortlichen dem Angeklagten M. jenes Bewußtsein der Rechtswidrigkeit genommen hat.

(...)

In rechtlicher Hinsicht stellt die Strafkammer fest, daß die am 10.11.1938 begangenen Straftaten auf Grund Art. II Abs. 3 des Gesetzes zur Ahndung nat.soz. Straftaten vom 29.5.46 noch nicht verjährt sind, da sie während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus politischen und rassischen Gründen nicht bestraft seien und Grundsätze der Gerechtigkeit die nachträgliche Sühne verlangen. Die Strafkammer meint dazu, daß die Gleichheit vor dem Gesetz es erfordere, daß ausnahmslos jeder Staatsbürger eine von ihm begangene Straftat zu verantworten habe. Daß es bisher nicht gelungen sei, die sämtlichen Täter zur Verantwortung zu ziehen befreie unter anderem den Angeklagten M. noch nicht von der Verantwortung für die von

ihm begangenen strafbaren Handlungen. Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz kann also nach den eigenen Feststellungen der Strafkammer für die zweifellos bedauerlichen Vorgänge in Bad Soden nicht durchgeführt werden. ...

Die Revision ist vielmehr der Auffassung, daß die Frage, ob Gründe der Gerechtigkeit noch eine Bestrafung verlangen nur danach beantwortet werden kann, wie sich der Angeklagte bisher in seinem Leben verhalten und in welchem Ausmaße er sich bei den Ausschreitungen beteiligt hat. Die Revision meint, daß Sinn und Zweck des Gesetzes vom 29.5.46 in erster Linie sein sollte, die wahren Drahtzieher jener Aktion einer gerechten Strafe zuzuführen, nicht aber diejenigen, welche -wie im Falle des Angeklagten M.- 'auf Druck von oben hin' mehr oder weniger gedankenlos mitgelaufen sind. Dabei hätte die Strafkammer auch berücksichtigen müssen, daß der Angeklagte M. sich an jenen Ausschreitungen nicht aus eigenem Antrieb, 'aus politischen oder rassischen Gründen' beteiligt hat, sondern weil ihn der ihm vorgesetzte Mitangeklagte S. dahin beordert hatte."

Der Kreisleiter sah sich und seinen Werdegang gemäß seinen mündlichen und schriftlichen Äußerungen beim Denazifizierungsausschuß

1947 so:

"Ich bin in die NSDAP eingetreten, weil ich durch das Elend, das in dieser Zeit [1929; die Verf.] in Deutschland herrschte, erschüttert war und auf der anderen Seite wurde ich verführt durch das Parteiprogramm."

"Ich sehe wirklich ein, daß die nationalsozialistische Partei ihr Ziel nicht erreicht hat und zwar deshalb nicht, weil die Führenden das Parteiprogramm nicht befolgt haben."

"Ich betone ausdrücklich, daß ich mich vor der Geburt des Nationalsozialismus niemals politisch betätigt habe."

"Ich wurde für das Amt des Kreisleiters von Parteimitgliedern des Kreises Oberwesterwald vorgeschlagen, ohne meine Einwilligung, und ich wurde zum Kreisleiter ernannt durch den Gauleiter, ohne Kenntnis gehabt zu haben von den Schritten, die in bezug auf mich unternommen worden waren. Ich betone ausdrücklich, daß ich keinerlei politische Beziehungen hatte."

Für ihn als von Amts wegen Hauptverantwortlichen war die Erinnerungsarbeit offensichtlich bereits 1947 bzw. 1949 besonders schwierig. Er behauptete:

"Ich habe niemals Zeitungsartikel geschrieben. Ich habe selten Reden gehalten und nur gelegentlich örtlichen Parteifeiern vorgestanden."

"Ich habe niemals während der Ausübung meiner Funktionen als Kreisleiter Verfügungen vom parteipolitischen Standpunkt erlassen gegen einen meiner Untergeordneten. Im Jahre 1933 habe ich an keiner Judenaktion teilgenommen, und in dem Kreis, den ich verwaltete, hat es zu der Zeit keine antisemitischen Aktionen gegeben. Ich habe im Jahre 1938, das kann ich bezeugen, keinen Anteil genommen an der anti-jüdischen Aktion in Bad Soden."

"Ich habe mich diesbezüglich mit dem Bürgermeister, der zu meinen Freunden zählte, ins Benehmen gesetzt, und wir haben alles getan, zu versuchen, daß Ausschreitungen vermieden würden."

"Ich habe niemals etwas unternommen gegen die Anti-Nazis, im Gegenteil, ich habe deren eine ganze Reihe geschützt."

"Ich habe nur ganz selten in kleinen Wahlversammlungen an Festtagen oder in Dienstbesprechungen geredet. Schriftstellerisch habe ich mich nicht betätigt."

Bad Sodener Zeitung, 14.3.1939

Feierstunde: „Heimkehr der Ostmark“.

Zu einer Feierstunde anlässlich der ersten Wiederkehr des Tages der Heimkehr der Ostmark hatte sich im Frankfurter Hof die Partei mit ihren Gliederungen sowie ein größerer Teil der Einwohnerschaft eingefunden. Nach dem Fahneneinmarsch leitete ein Vortragsredner die Feierstunde ein. Obertruppführer Dichtman verlas hierauf den erschütternden Brief eines seiner nationalen Gesinnung wegen zum Tode verurteilten jungen Oesterreichers an seine Mutter. Hieran schloß sich weisevoll das Lied „Nur der Freiheit gehört unser Leben“ von SA und SA-Reserve zum Vortrag gebracht und dem Weisheitspruch eines SA-Mannes „Deutsche Mütter in Oesterreich“ HS. und SV. sangen dann das Lied „Heilig Vaterland“. Hierauf ergriff Kreisleiter Scheyer das Wort um über den Sinn dieses Abends zu sprechen. Er führte etwa folgendes aus. Wenn wir heute in stolzer Freude die Wiederkehr des Tages der Heimführung Oesterreichs ins Mutterland feiern können, so wollen wir uns daran erinnern, daß es eine Großtat des Führers war, die dies ermöglichte. Diese Tat ist aus dem unerschütterlichen Willen des Führers geboren, der schon vor Jahren als ersten Programmpunkt forderte: Zusammenschluß aller Deutschen. Wenn auch im Anfang dieser Wille nur im Führer und einem kleinen Häuflein seiner Getreuen bestand, er ging von hier strahlenförmig ins Volk und fand immer größeren Widerhall. Der Führer glaubte an Deutschland und dieses

Deutschland glaubte an die Vorsehung dieses Mannes, dem es am 30. Jan. 1933 seine Geschicke in die Hände gab. Und aus diesem Glauben kam die gewaltige Kraft, die der Führer brauchte zur Ausführung seiner Großtaten, die uns alle in Erinnerung sind und die in der Errichtung Großdeutschlands im vergangenen Jahre ihren gewaltigsten Niederschlag fanden. Auch dort in Oesterreich, unserer nunmehrigen Ostmark, war der Glaube an die Größe und Schönheit des deutschen Vaterlands immer größer und stärker geworden und trotz aller Fährnisse und Kämpfe und Unterdrückung drang das Bekenntnis machtvoll durch: Wir wollen heim zum Mutterland. Und der Führer hat in wunderbarer Weise die Ostmark mit dem Mutterland vereinigt. Mit Stolz empfinden wir heute die Größe der gewaltigen Revolution. Noch diese Taten forderten den Einsatz und Kampf und auch die kommende Zeit erfordert mehr denn je den Einsatz aller, und deshalb sei auch an diesem Abend das Gelöbnis, daß wir Kämpfer bleiben wollen für Deutschland und für Adolf Hitler. — Nach der Rede des Kreisleiters sang HS. und Jungvolk das Lied „Aufhebt unsre Fahnen“. Ortsgruppenleiter i. V. Hofmann sprach hierauf die Mahnung „Bergeht nicht, was uns stark gemacht“ und mit dem Gruß auf den Führer und den Nationalhymnen fand die eindrucksvolle Feierstunde ihren Abschluß.

Bad Sodener Zeitung, 16.3.1939

Fackelzug und Kundgebung in Bad Soden a. T.

Wie allerorts so wurde auch in Bad Soden der gestrige Tag, der uns wieder eine einzigartige Großtat des Führers brachte, festlich begangen. Schon bald nach dem Bekanntwerden der ersten Meldungen zeigten sich in allen Straßen die Fahnen des Dritten Reiches. Gegen Abend strömte die Bevölkerung nach der Kreisleitung bzw. nach der Alleestraße um an dem Fackelzuge durch die Ortsstraßen und anschließender Ansprache des Kreisleiters teilzunehmen. Gegen 20 Uhr setzte sich der aus der Partei mit ihren Gliederungen und angeschl. Verbände und den Ortsvereinen bestehende Zug mit brennenden Fackeln unter Vorantritt der Spielmannszüge der HS. und Jungvolk in Bewegung. Durch die Königsteiner-, Haupt-, Claus- und Margarethenstraße ging der Fackelzug zur Kreisleitung. Dort hatte sich schon eine große Menschenmenge eingefunden, die ebenfalls den Worten des Kreisleiters lauschen wollten. Nachdem Aufstellung genommen, sprach Kreisleiter Scheyer vom Balkon der Kreisleitung aus. In markanten Worten kam er auf die Bedeutung des Tages zu sprechen, wobei er etwa folgendes ausführte: Kaum sind 48 Stunden vergangen, nachdem wir uns zur Feier der Wiederkehr des Tages der Befreiung der Ostmark zusammengefunden und schon ruft uns ein neues Ereignis von ungeheurer Bedeutung, dem Führer erneut unseren Dank zu sagen. Wieder hat er in unanschaulicher Weise den bedrängten deutschen Brüdern die Hand gereicht und sie aus der Not und Gefahr zum Reich zurückgeführt. Wenn auch die Ereignisse im September im Sudetenland durch den Führer in glücklicher Weise ge-

löst wurden, die Tschecho-Slowakei blieb eine Teillösung und der Geist Benešs kam in den vergangenen Tagen wieder zum Durchbruch und terrorisierte die deutsche Bevölkerung. Aber der Führer hat es erst gestern wieder gesagt: Auch der letzte Deutsche soll des Schutzes des Reichs teilhaftig werden. Und in grandioser Weise hat er allen deutschen Brüdern im bedrängten Gebiet seine Hilfe gewährt. Unsere starke Wehrmacht, als Instrument des Führers, hat seine Befehle verwirklicht. Wenn wir die Ereignisse betrachten, muß uns jeder Tag stärker machen im Glauben an die gewaltige Kraft unseres Volkes, das seine schöpferische Gestalt im Führer hat. Seine Taten sollen uns, die wir teilhaftig werden dürfen an dieser grandiosen Revolution, Glaube und Wegweiser sein und uns immer wieder sagen: Das Volk gehört dem Führer und der Führer lebt dem Volke. — Brausender Beifall dankte Kreisleiter Scheyer für seine zu Herzen gehenden Worte. Wie ein Gelöbnis klang der Gruß auf den Führer und die Nationalhymnen in den durch brennende Fackeln erhellten nachtdunklen Himmel und beendeten die eindrucksvolle Feierstunde. — Ähnlich gestaltete sich die Feier in Neuenhain. unter Vorantritt des Spielmannszuges der Turngemeinde und der Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr formierten sich die Partei und ihre Gliederungen, Krieger- und Soldatenkameradschaft, Feuerwehr und die Einwohnerschaft zum Fackelzug durch die Ortsstraßen. Am Marktplatz hielt der Ortsgruppenleiter Pg. Nimbach eine kurze Ansprache, worin er die Ereignisse des Tages würdigte.



Bad Sodener Zeitung, 18.4.1939

Ausstellung der NS-Frauenschaft

Am Samstag nachmittag wurde die Ausstellung der NS-Frauenschaft Maintaunus-Obertaunus im Kurhaus feierlich eröffnet. Zur Eröffnung hatten sich Gaufrauenschaftsleiterin Westernacher, Kreisleiter Scheyer und sämtliche Führer und Amtsträger der Bewegung und die Frauenschaftsleiterinnen im Kurhaus eingefunden.

Die Feierstunde wurde eröffnet durch Streichquartette und Gesangsdarbietungen der Jugendgruppen. Im Anschluß begrüßte Kreisfrauenschaftsleiterin Ulrich Bad Soden die Erschienenen, und betonte, wenn die Frauenschaft mit dieser Ausstellung heute an die Öffentlichkeit tritt, so soll diese Schau einen Einblick geben in die weiten Arbeitsgebiete der NS-Frauenschaft, zugleich aber soll sie Dank sein für unseren herrlichen Führer, den Schöpfer Großdeutschlands.

Gaufrauenschaftsleiterin Westernacher ergreift hierauf das Wort, um in markanter Weise zu den Erschienenen zu sprechen. Sie führte etwa aus: Es gab in Deutschland eine Zeit, da die Frau sich in erheblicher Größe in den Dienst des Volkes stellte, das war die Zeit des Weltkrieges. Dann kam die Zeit des Niedergangs, wo man der Frau sagte, daß dies nicht das Richtige sei und wo das Volk moralisch immer tiefer sank. Und dann kam die Zeit, wo ein Mann der deutschen Frau wieder zeigte, daß es doch etwas Schönes und Herrliches ist, unserm Volk zu dienen. Und so zog die deutsche Frau ihren Weg, stellte sich ebenso wie die braunen Kämpfer dem Führer zur Verfügung, war ebenso angefeindet, wie diese und schritt mit ihnen auch den Weg zur Höhe. Das Aufgaben- und Arbeitsgebiet ist für die deutsche Frau riesengroß und wird es auch immer bleiben. Wir wissen aber, daß in der NS-Frauenschaft eine Organisation besteht, die einmalig ist in der Welt. Ohne die deutsche Frau geht es nicht in all den großen Aufgaben unseres Volkes, man denke doch nur an die Erfüllung des Vierjahresplans, die großen Aufgaben beim Kampf dem Verderb, im Ernährungshilfswerk, in der Erziehung, im volkswirtschaftlichen Denken usw. In all diesen Dingen, die in ihrer Gesamtheit so überaus bedeutungsvoll für das Volksganze sind, ist der Einsatz der Frau nicht wegzudenken. Und wenn nun ein Deutschland aufgebaut ist, das groß, stark und mächtig ist, so muß auch in vorderster Linie die Frau als Hüterin sein, die sich ihrer großen Verantwortung bewußt ist. Der Führer sagte: Hinter mir steht jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau, und so wollen wir Frauen getreu bei und neben dem Führer stehen in unserer Arbeit. In diesem Sinn soll diese kleine Ausstellung Zeugnis ablegen und einen Einblick geben in unsere Arbeit.

Kreisleiter Scheyer umriß dann in klaren Zügen die Aufgaben der Frau in unserem Volke. Wir alle wissen, daß uns das Ausland ob unserer Großtaten heute haßt. Aber wir haben diesen Anfeindungen ein gewaltiges Gegengewicht gegenüber zu stellen, das ist die große deutsche Volksgemeinschaft. Vor uns liegt eine Zeit, die stolz und groß sein kann, aber sie wird auch schwer sein. Und die deutsche Frau wird an diesem Schönen ebenso teilhaftig werden, wie sie auch an dem Schweren zu tragen hat. In dieser Volksgemeinschaft hat die Frau als Erzieherin und als Hüterin des Nationalsozialismus große Aufgaben. Wie jeder deutsche Volksgenosse muß auch sie blindlings an

den Führer glauben. Wenn wir alle eng zusammengeschlossen im Glauben an den Führer sind, dann ist das Bestehen des Volkes in der Zukunft gesichert. Aufgabe der Frau ist es, ihr nicht geringes Teil zur Schaffung und Erhaltung dieser Gemeinschaft beizutragen.

An die Eröffnung schloß sich ein längerer Rundgang durch die Ausstellung und man muß sagen, daß jeder von der Reichhaltigkeit der Schau überrascht wird. Der gelbe Saal und die in Kojen abgeteilte große Terrasse des Kurhauses umfassen eine Fülle gesammelten Materials, das an Mannigfaltigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Mit vieler Liebe wurde hier von den Frauen des Kreises eine Schau zusammengestellt, die auf allen Gebieten das Interesse der Frau wecken muß.

Gleich bei Eintritt in die Ausstellung empfängt uns die Abteilung Volks- und Hauswirtschaft. Hier bekommen wir ein Bild von der Vielfalt dieses Gebietes. Die Verbrauchsentung wird hier demonstriert, schmackhafte Gerichte und Gebäcke aus Kartoffeln, die unser Land ja in riesigen Mengen besitzt (Deutschland ist der größte Kartoffel-Erzeuger der Welt), vielerlei Zubereitungsarten für Fische, die Verwendung deutscher Gewürze und Tees, Herstellung von Fruchtsäften, praktische Verwendung von Resten „Aus Altem Neues“, der Kampf dem Verderb, Altmetallsammlung, die Fragen des Ernährungshilfswerkes u.dgl. werden hier den Frauen näher gebracht. Besondere Erwähnung muß ein abwechslungsreicher Küchenzettel finden, der für eine 4 köpfige Familie mit 20 RM Wochenlohn zusammengestellt ist, und der beweist, daß eine Frau mit hauswirtschaftlichem Können auch bei kleinem Einkommen gut, schmackhaft und abwechslungsreich kochen kann.

Des weiteren finden wir Abteilungen, in denen Brauchtum und deutsche handarbeitliche Kunst der Frau gezeigt wird. Eine Abteilung zeigt Grenzland und Ausland mit einer reichhaltigen Schau schöner verkäuflicher Artikel. Eine Kolonialdecke wirbt für den kolonialen Gedanten. Die Abteilung Mütterdienst und Frauen-Hilfswesen gibt einen Einblick in die umfassende Arbeit der sozialen Fürsorge. Weitere Abteilungen zeigen Schrifttum der deutschen Frau und das Brauchtum. Bäuerliche Wohnkultur und das Landfluchtproblem, hervorgerufen durch die Überbelastung des Bauernstandes, demonstriert eine andere Abteilung. Statistiken zeigen den Ausbau und das Wachsen der NS-Frauenschaft und der Jugendgruppen. Eine Abteilung der Jugendgruppe bringt praktische Arbeiten aus den Heimabend. Daneben finden Vorführungen am Webstuhl, sowie Filet- und Klöppelarbeiten statt, die zur Nachahmung anregen sollen. Alles in Allem bringt diese Schau einen umfassenden Querschnitt aus der Arbeit der NS-Frauenschaft zum Wohle des deutschen Volkes.

Die Ausstellung, die sich am Sonntag, sowie auch gestern eines außerordentlich guten Besuches erfreuen durfte, ist heute, morgen und Donnerstag von 9-19 Uhr geöffnet und es ist wünschenswert, wenn sich jeder durch einen Besuch Einblick in die Arbeit der Frauenschaft und eigene Anregung holen wollte.

Lesen Sie die Bad Sodener Zeitung

Großkundgebung.

gestern Abend im Kurhaus.

Nach dem Fahneinmarsch unter den Klängen des Spielmannszuges der NS eröffnete Kreispropagandaleiter Luz die Großkundgebung. Hierauf ergriff der Redner des Abends, Pg. Sung, Ffm. das Wort, um in längeren treffenden Ausführungen zu den Erschienenen zu sprechen. Zu Beginn erörterte er die Frage, warum immer wieder Versammlungen und Großkundgebungen und betonte, daß gerade aus diesen Versammlungen und Kundgebungen heraus ein immer engerer Zusammenschluß und eine schicksalshafte Verbundenheit entstehen müsse und daß diese Zusammenkünfte dazu angetan seien, den Glauben an die sieghafte Idee des Nationalsozialismus zu vertiefen. — Dann erinnerte er an die Großtaten des Führers in ihrer verflochtenen und jüngsten Zeit und betonte, daß der Führer in bewundernswürdiger Ruhe der Situation ins Auge sieht und sie meistert, in dem unerschütterlichen Glauben an die gebaltete innere Kraft seines Volkes. Aus der Kraft der einzigen Nation konnte der Führer eine starke Wehrmacht und ein geschütztes Land schaffen. Doch nicht nur wehrhaft nach außen, sondern auch nach innen muß die gesamte Nation bleiben, wenn der Fortbestand des Volkes gewährleistet sein soll. Und dazu ist jeder einzelne berufen. Immer wieder muß jeder die Frage an sich richten: Ist meine innere Haltung so, wie es das Wohl des Volkes verlangt und erfordert! — Dann streifte der Redner die Frage Religion und Nationalsozialismus. Er rechnete ab mit den Ansichten Religion oder Nationalsozialismus. Religion heißt Bindung und Verantwortung. Und eben diese beiden sind auch die Grundpfeiler des Nationalsozialismus. Auch in dieser Frage nicht auf eitle Schwärmer hören, sondern den Blick auf den Führer richten, der uns ein Leben vorlebt, das uns allen nachahmenswert sein muß. Der Redner appellierte dann an die Anwesenden, immer in innerer Bereitschaft sein auf das, was kommt, und darüber hinaus der Verantwortung bewußt zu sein, daß es auf die Haltung jedes Einzelnen ankommt, an den zu lösenden großen Aufgaben, die das Schicksal unserer Generation stellt, tätig mitzuhelfen, daß das Bestehen unseres Volkes auf Jahraufende gesichert ist. — Draufender Beifall dankte dem Redner für seine zu Herzen gehenden Worte. — Kreisorganisationsleiter Luz schloß mit Sieg Heil und den Nationalhymnen die eindrucksvolle Großkundgebung.

Eröffnung des Kreistages durch Kreisleiter Scheyer

Bereits am Samstag Nachmittag eröffnete Kreisleiter Scheyer den Kreistag. Eine große Zuschauermenge hatte sich eingefunden, als die Formationen der Bewegung zum Kurhaus marschierten, um dort Aufstellung zu nehmen. Auf der Kurhausstreppe war die Führerschaft und Ehrengäste, darunter eine größere Anzahl Offiziere der Homburger Garnison erschienen. Nach Marschen des SA-Musikzuges eröffnete Kreisleiter Scheyer mit markanten Worten den Kreistag, wobei er ausführte, daß dieser Kreistag als ein Zeichen der Verbundenheit zwischen Partei und Volksgenossen sein soll. Es ist ein Tag der Freude und des Dankes dem Führer gegenüber. Dieser Tag, an dem wir wieder durch unsere Haltung zeigen wollen, daß wir eine geschlossene Einheit sind, soll uns die Kraft geben, im Kampf des Alltags dieser großen Zeit. Wir stehen heute immer noch in einem Kampf und sind bereit, ihn weiter zu kämpfen, bis auch der letzte Volksgenosse erkannt hat, daß es nichts gibt, außer der Volksgenossenschaft, was ihn trägt und bestimmt. Zum Schluß erklärte er: Unsere Lösung für die Zukunft heißt Kampfbereitschaft und Kameradschaft. Ein Volk, das so stark und geschlossen marschiert, wird immer seine Lebensinteressen kraftvoll und siegreich vertreten. Es wird Herr sein auf eigener Scholle. Dafür kämpfen wir. Es geht hier nicht um Preußen oder Bayern oder andere Länder, auch nicht um Stände und Konfessionen, sondern es geht um Deutschland und Deutschland ist Adolf Hitler! Mit dem Sieg Heil und den Nationalhymnen klang die Eröffnungskundgebung aus.

Im Verlaufe des Nachmittags trafen überall die SA, und die Jungvolk-Pimpfe ein, um an der Sandelmühle ihr Zeltlager aufzuschlagen. Bald entwickelte sich überall ein fröhliches Lagerleben.

Lokales und Allgemeines

Kreistag der NSDAP.

des Kreises Maintaunus-Obertaunus am 24. und 25. Juni 1939 in Bad Homburg v. d. H.

Unser diesjähriger Kreistag wird wiederum eine Heereschau der Männer sein, die in täglicher unermüdlicher Pflichterfüllung den Kampf für Volk und Führer führen. Darüberhinaus wird wieder einmal sichtbar die Einheit von Partei und Volk zu erkennen sein, denn aus dem Volk ist die nationalsozialistische Bewegung hervorgegangen und im Volk wird sie ihre Vollendung finden.

Aus den Tagungen und Kundgebungen werden wir wieder erneut Kraft schöpfen, um als Soldaten des Führers auch zukünftig in den Kampf um die neue Lebensgestaltung, den Kampf um die Volksgemeinschaft weiter führen zu können.

Kraft und Stärke sollen wiederum von diesem Kreistag ausgehen auf jeden Einzelnen, der im Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes bereit ist, sich ganz und alles einzusetzen.

Der Glaube, der unser Volk groß, stark und sicher gemacht hat, vereint auch hier wieder die Bevölkerung des Maintaunus- und Obertaunuskreises mit der Partei zu einem herrlichen, stolzen und schönen Erlebnis in dem Bewußtsein unerschütterlicher Treue zum Führer und unerschütterlichem Kampfeswillen für unser herrliches Volk und Vaterland.

Der Kreistag soll auch weiterhin ein Meilenstein sein auf dem Wege zum letzten Hochziel das wir suchen: eine Volksgemeinschaft zu erstellen, mit der Adolf Hitler allen widerlichen Gewalten zum Trotz das deutsche Volk in eine große und herrliche Zukunft, in ein ewiges Deutschland führt.

Dem Führer aber stellen wir nur einen kleinen Teil unserer Dankeschuld ab, wenn wir auch jetzt wieder zeigen, daß wir bereit sind, ihm in seinem Kampfe um die Zukunft unseres Volkes blindlings zu folgen.

So lade ich denn die gesamte Bevölkerung des Kreises Maintaunus-Obertaunus zum Kreistag der NSDAP. am 24. und 25. Juni 1939 in Bad Homburg v. d. H. herzlichst ein.

Alle Angehörigen der Partei und ihrer Gliederungen, sowie unsere herrliche Jugend werden aus selbstverständlichem Kameradschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl heraus im alten Kampfesgeist am Kreistag antreten.

Heil unserm herrlichen Führer! — Heil unser Großdeutsches Reich
Scheyer, Kreisleiter

Lokales und Allgemeines

Der 9. November in Bad Soden

Zum Gedenken der Gefallenen der Bewegung fand am vergangenen Donnerstag im großen Kurhausaal eine schlichte erhebende Feierstunde statt. Im Kurhausaal hatte sich trotz der ungünstigen Witterung, der an diesem Tage herrschenden starken Dunkelheit und des strömenden Regens neben der Partei mit ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbände auch die Einwohnergemeinschaft unseres Badeortes zahlreich eingefunden, um auch hier ihre Verbundenheit mit den Toten der Bewegung zu betonen. Nach dem Fahneinmarsch auf der mit dem Führerbild und der schwarzumflorten Fahne umrahmten Bühne wurde die Feierstunde mit einem Musikstück von Wagner eingeleitet. Nach einem Vorpruch von Fr. Hanni Marten „Wir glauben doch an unsern Staat“ verlas Truppführer Christian nach dem Senken der Fahnen unter gedämpftem Trommelwirbel die Namen der Gefallenen der Bewegung an der Felsberrnhalle und ebenfalls derer aus dem Gau Hessen-Rassau und gedachte der Opfer des schändlichen Attentats des 8. November in München. Mit den Worten: „Hebt die Fahnen, die Toten, sie leben! Wir tragen ihr Wollen hinein in den Staat!“ klang die Totenehrung, während der alle Anwesenden sich in Ergrißtheit von ihren Plätzen erhoben, aus. Nach kurzem stillem Gedenken ergriff Kreisleiter Scheyer das Wort. Er führte etwa aus: Tiefschmerzhaft und erschüttert stehen wir vor der Tatsache des Attentats, das im Münchener Bürgerbräukeller verübt wurde. Wie durch ein Wunder ist unser Führer diesem verbrecherischem Anschlag entgangen. Doch sollen die Opfer, die dieser Anschlag gefordert, nicht umsonst gebracht sein. Sie, die hierbei ihr Blut gaben, sollen auch uns die Kraft geben, daß wir mit noch innigerer Treue zum Führer bekennen und noch entschlossener festhalten an der nationalsozialistischen Weltanschauung. Wir wissen heute, wo der Gegner steht, auf dessen Konto dieser gemeine Anschlag kommt und wollen dies nie mehr vergessen. Wir haben die Pflicht, mit gläubigem Vertrauen zum Führer zu schauen, der mit starker Hand die Geschichte unseres Volkes leitet. Mit dem Sieg-Heil und den Nationalhymnen fand die würdige Feier ihren Abschluß.

(TRAUER-) FEIERN STATT TRAUERARBEIT

Jahrelang ruhte die Sodener Erinnerung an die NS-Zeit. Die Stelle, an der 1938 die Israelitische Kuranstalt niedergebrannt worden war, hatte man längst zugebaut, da wurde am Volkstrauertag 1982 ein Gedenkstein mit einer Tafel enthüllt, im Rahmen einer "würdigen Feier", aber ohne viel Orts- und Geschichtskennntnis, denn man mußte das Mal später umplazieren:



iten

ur der 9-11-jährigen
ag: Wegen der zwei
Schulen findet kein
Ewigkeitssonntag): 10
Ammeikelch - (Pfr. Ol-
mutterhäuser und die
Kindergottesdienst. 15
ewski). Montag: 18.30
venstr. 4. Zum Quel-
unterricht I (Mitte). 15
7 Konfirmandenunter-

theit, 18 Vorabend-
ichter. Sonntag: 10
enhäus. 16 Kroati-
f. verst. Magdalena
ch: 19 Abendmesse
messe f. verst. El-
ienst.

EN

t. Mittwoch: 20

esdienst (Pfr.
gottesdienst.
onfirmanden-
vor. 19.30 Kir-
nd.
ottesdienst.

ag: 19 Vor-
dacht. Diens-
I. Mittwoch:

5 Hochamt, 18

Zur Erinnerung an die Kristallnacht Gedenkstein für alte israelitische Kuranstalt

Nur ältere Bürger werden sich noch der ehemaligen israelitischen Kuranstalt in der Talstraße erinnern, die in der berühmten Kristallnacht am 9. November 1938 zerstört wurde. Zur Erinnerung an eine der schrecklichsten und niederdrückendsten Episoden deutscher Geschichte wurde am Volkstrauertag ein Gedenkstein mit einer Tafel enthüllt, dessen Aufstellung vom Stadtparlament beschlossen worden war. Die Vertreter der städtischen Gremien nahmen, neben anderen Bürgern, denn auch fast geschlossen an der würdigen Feier teil, in der Bürgermeister Dr. Hodann an das furchtbare Schicksal der Menschen erinnerte, die das Haus bei Nacht und Nebel, notdürftig bekleidet, verlassen mußten. Es handelte sich um minderbemittelte Juden, die hier auf Kosten wohlhabender Frankfurter Glaubensbrüder lebten. Das Gedenken galt aber nicht nur den Opfern der Kristallnacht, sondern allen, die verschleppt, geschändet und getötet wurden.

Stadtverordneten-vorsteher Bender betonte, daß über die Aufstellung des Gedenksteins Einigkeit geherrscht habe. Er erinnerte an frühere Judenprogrome, wie etwa bei der Plünderung der Frankfurter Judengasse 1614, die genau so »inszeniert« worden sei, wie die Aufstachelung des »Volkszorns« 1939. Seine Anregung, den Stein, der ein wenig unglücklich und unauffällig vor dem ehemaligen Wirtschaftsgebäude des jüdischen Kurheims steht, an passenderer Stelle nebenan unterzubringen, sollte aufgegriffen werden.

Einer der bewegendsten Momente war es, als Stadtverordneter Eric Karry getreu altem jüdischen Brauch einen Gebetsstein aus Israel auf dem Gedenkstein niederlegte. Pfarrer Spory beschloß die Feier mit einem eindringlichen Gebet.

Wachsende Belastung der Gemeindefinanzen durch Gebührenhaushalte

Die Belastung der hessischen Gemeindehaushalte durch die sogenannten Gebührenhaushalte hat in den letzten Jahren zugenommen. Eine Untersuchung des Hessischen Statistischen

EVANG.-METHODISTISCHE KIRCHE NEUENHAIN
Donnerstag: 15 Kinderstunde, 15.30 Kirchl. Unterricht, 20
Chorübung. Samstag: 14.30 Jungschar. Sonntag: 9.30 Gottes-
dienste. Dienstag: 15.30 Treff, 20 Bibel-
stunde. Mittwoch: 18.30 Treff, 20 Bibel-
stunde.

Landesamtes über die Entwicklung ausge-
Gebührenhaushalte zwischen 1976 und 19
gaben in diesem Bereich stärker gestiegen
zur Ausgabendeckung zur Verfügung ste-
(+ 23 %). Deutliche Unterschiede weisen
stendeckungsgrade der einzelnen Gebüh-
Während bei der Abfallbeseitigung durch
schüsse erzielt werden konnten, stieg der
die Abwasserbeseitigung zwischen 1976 ur
126 Millionen DM und für Schwimmbäder
lionen DM.

Leserbrief

Betr.: Die Anzeige des Herrn Rudi S
dener Zeitung vom 10. November 1

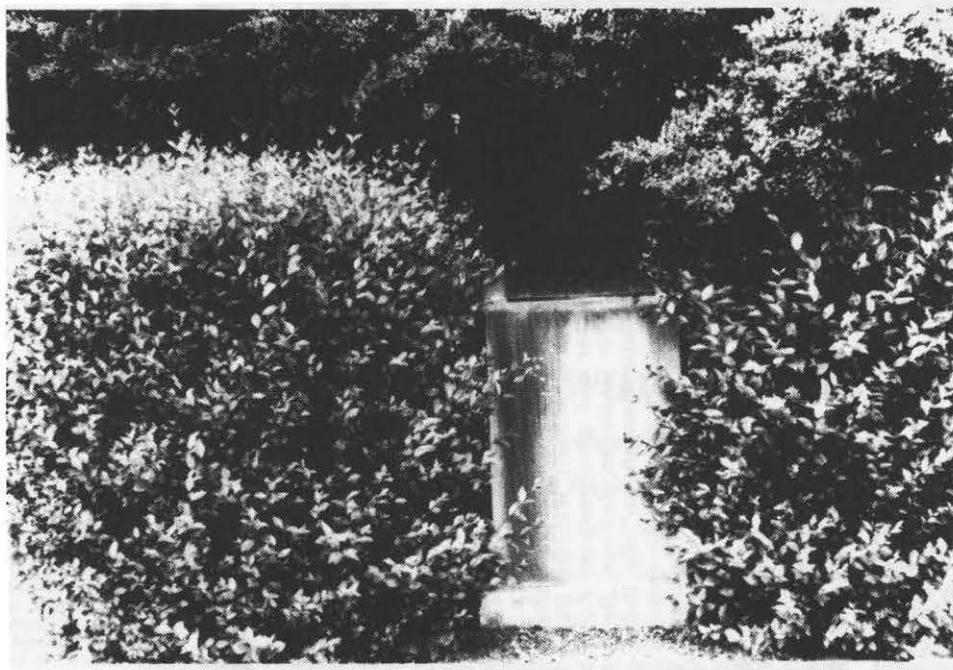
Bei einer derartigen Beleidigung, G
reaktionen verblüffend ähnlich, liegt ur
dem Inserierenden, sondern bei der
Wer andern eine Grube gräbt, fällt se
Heike Thana. 17 Jahre: Sabine Rüm-
melin. 16 Jahre: Toby Dreizler. 17 J
Jahre: Martin Schauer. 18 Jahre.

FILMTELEGRAMM I

Rex-Lichtspiele: Heute, Donn
Fassbinders letzter Film »Querelle -
»Star Trek II - Der Zorn des Khan«
beginnt die Rache. Das Raumschiff
einem hochintelligenten Abtrünnig
oder Nichtsein. Mit von der Partie
Kirk (William Shatner). Spock (L
James Doohan). (Freitag-Diesnst

Kur-Theater: »Der Unschlag-
sich. (Heute, Donnerstag). - »F
er«: Sagenhafte Geschichte e
phantastischer Tage, der mi
(Freitag-Dienstag). - »Eroti
Samstag 22.30 Uhr. Long-Ni
schuß« aus der Welt des Eis

Der Artikel in der BAD SODENER ZEITUNG vom 18.11.1982 der in seiner Überschrift merkwürdigerweise "zur Erinnerung an die Kristallnacht", und nicht an die mißhandelten, vertriebenen und geschädigten Juden aufruft, weiß offensichtlich von den Ereignissen des 10.(!) Novembers 1938 nichts Genaueres (vgl. "Geschehensablauf" S. 38ff). Sechs Jahre später ist der Stein bis zur Unauffälligkeit von Busch- und Baumgrün überwachsen:



Aber die Verschleierung, die der Text leistet, ist schlimmer:

HIER STAND DIE
EHEMALIGE
ISRAELISCHE
KURANSTALT.
SIE WURDE 1938
EIN OPFER DER
KRISTALLNACHT.

Die Stadt hält diese Art der Darstellung der Ereignisse für angemessen. Als anlässlich der Fertigstellung einer Altenwohnanlage am Standort der ehemaligen Synagoge wiederum eine Tafel angebracht werden sollte, kam es im Vorfeld zu Diskussionen um die Formulierung, die u.a. den Anstoß zu der hier vorliegenden Arbeit gaben. Der Gedanke, sich zu "Bad Sodener Nationalsozialisten" als Demolierer der jüdischen Kultstätte zu bekennen, wurde vehement abgelehnt.

BAD SODEN. Haben die Sodener Verantwortlichen Angst, sich einen „Zacken aus der Krone“ zu brechen? Diese Frage wird von kritischen Kurstädtern im Zusammenhang mit einer Gedenktafel gestellt, die am kommenden Dienstag in der Enggasse enthüllt werden soll. Um den Wortlaut, der an die Verwüstung der früheren Synagoge erinnert, hat es lange Diskussionen gegeben – meist hinter den Kulissen. Inzwischen verstärkt sich bei einigen Sodenern der Ärger, weil dieser Text ganz offensichtlich von Halbherzigkeit geprägt ist.

Die einstige Sodener Synagoge war am Tag nach der „Reichskristallnacht“, am 10. November 1938 von Nationalsozialisten verwüstet worden. Am gleichen Tag wurde auch eine jüdische Lungenheilstätte in Brand gesteckt, nachdem Patienten und Pfleger – zum Teil nur unzureichend bekleidet – aus dem Gebäude getrieben worden waren.

Nachdem an der Stelle der Synagoge ein Gebäude mit zehn altengerechten Wohnungen errichtet worden ist, soll

Welche Nazis haben die Synagoge verwüstet?

In Bad Soden wird um den Text einer Gedenktafel gestritten

nun am kommenden Dienstag, 3. November, dem Tag der Einweihung dieser Altenwohnanlage, eine Gedenkplatte angebracht werden, die an jene Verwüstung erinnert.

Grund der Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit: Während Heimathistoriker und gleichgesinnte Kurstädter dafür plädierten, daß von „Bad Sodener Nationalsozialisten“ die Rede sein müsse, haben die politisch verantwortlichen Christdemokraten durchgesetzt, daß nur von „Nationalsozialisten“ gesprochen bzw. geschrieben werden solle. Dies hatte schon bei den ersten Diskussionen um die Gedenktafel unter Ex-Bürgermeister Dr. Hodann zu einer Kontroverse geführt. Zu den Befürwortern einer offenen Aussage, die von

„Bad Sodener Nationalsozialisten“ spricht, gehört unter anderem der im Stadtarchiv und in der Heimatgeschichte stark engagierte Joachim Kromer.

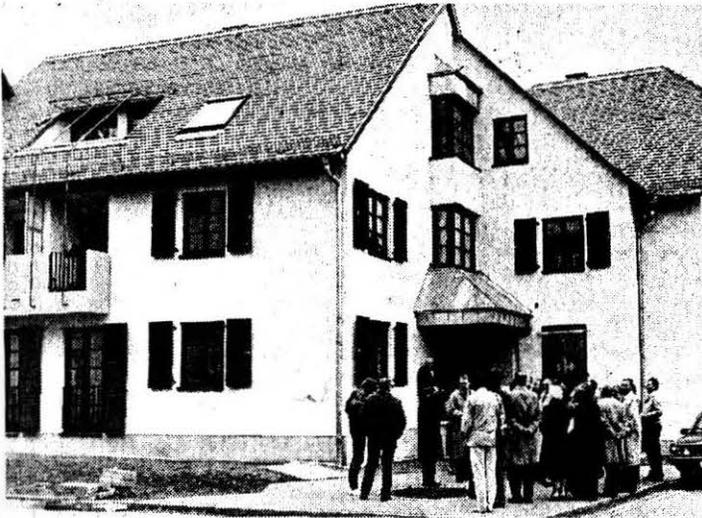
Bürgermeister Berthold Gall hat in seiner Pressekonferenz Anfang der Woche auf die Problematik hingewiesen und den Verzicht auf die Worte „Bad Sodener“ damit begründet, es stehe ja gar nicht fest, ob es sich um örtliche oder auswärtige Nazis gehandelt habe. Dieser Darstellung freilich widersprechen Zeitungsartikel aus dem Jahr 1949, die Joachim Kromer archiviert hat: Darin wird mit vollem Namen über Sodener Bürger berichtet, die wegen der Beteiligung an der Synagogen-Zerstörung im Juni 1949 verurteilt worden sind.

Die kommunalpolitische Opposition hat sich bislang wegen des Gedenktafel-Textes nicht gerührt, nur von den Grünen kündigt sich Protest an. Offenbar sind die wahren Zusammenhänge in der Kurstadt nur wenig bekannt. Joachim Kromer hat sich daher spontan bereiterklärt, aus aktuellem Anlaß einen Vortrag über „Sodens jüdische Gemeinde“ zu halten, und zwar just am kommenden Dienstag, 3. November, 20 Uhr, im Kulturraum der Trinkhalle.

In der Kurstadt hat sich unterdessen herumgesprochen, daß Kromers Initiative bei den städtischen Verantwortlichen wenig Gegenliebe gefunden hat – weil man offensichtlich die Schande der Vergangenheit nicht allzu sehr aufgerührt sehen möchte. Joachim Kromer selbst war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Bleibt die Frage, warum die Stadt die Übergabe der Altenwohnungen und die Enthüllung der Gedenktafel nicht auf den 10. November, den Jahrestag der Zerstörung der Synagoge und der Zerschlagung der jüdischen Gemeinde, gelegt hat. Peter Birkenmaier

Und am 5.11.87 wurde in derselben Zeitung über die Enthüllung der Gedenktafel berichtet:



Zahlreiche Kurstädter nahmen an der Übergabe der Altenwohnungen in der Enggasse teil — vor allem wegen der dort angebrachten Tafel zum Gedenken an die verwüstete Synagoge (Bild links). Die israelische Kuranstalt, in der Reichskristallnacht in Brand gesteckt, zeigt eine fast 90 Jahre alte Postkarte (rechts), die Inge Bettenbühl der FR zur Verfügung gestellt hat. (FR-Bilder: Diel)

Ein „harmloses“ Ereignis wurde zum Politikum

Streit um Text auf Gedenktafel, die an von Nationalsozialisten verwüstete Bad Sodener Synagoge erinnert

Von unserem Redakteur Peter Birkenmaier

Schon im Vorfeld hatte es, wie berichtet, in der Kurstadt eine heftige Diskussion darüber gegeben, ob auf der Gedenktafel der Hinweis gegeben werden solle, daß für die Verwüstung der Synagoge Bad Sodener Nationalsozialisten verantwortlich waren. Die CDU-Mehrheit im Magistrat setzte durch, daß auf die Worte „Bad Sodener“ verzichtet werden solle. Man wisse ja gar nicht, so rechtfertigte Bürgermeister Berthold Gall diese Entscheidung, ob nicht auswärtige Nazis verantwortlich seien.

Dies wird freilich von geschichtskundigen Kurstädtern wie etwa den für's Stadtarchiv mitverantwortlichen Heimathistoriker Joachim Kromer, bestritten. Grund: Aus dem Jahre 1949 existieren Zeitungsberichte, in denen über die Verurteilung von Bad Sodener Bürgern wegen der Beteiligung an der Verwüstung der Synagoge berichtet wurde — sogar mit voller Namensnennung.

Rathauschef Berthold Gall nahm in seiner Ansprache zur öffentlichen Diskussion um die Gedenktafel Stellung. Er wies darauf hin, daß der Text der Tafel sowohl mit dem Landesverband der jüdi-

BAD SODEN. Die offizielle Übergabe von zehn altengerechten Wohnungen hat in der Kurstadt eine Dimension angenommen, die ungewöhnlich ist. Das vergleichsweise „harmlose“ Ereignis erhielt die Bedeutung eines Politikums, weil das Gebäude just auf dem Gelände errichtet wurde, wo früher eine Synagoge stand. Diese Synagoge war in der „Reichskristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 verwüstet worden — wie viele Synagogen in Deutschland. Zum Gedenken an das schreckliche historische Datum und die Greuelthaten der Nazis wurde am Dienstagnachmittag eine Tafel enthüllt, die am Neubau der Altenwohnungen angebracht ist.

schon Gemeinden Hessens als auch mit der Franz-Oppenheimer-Gesellschaft abgestimmt worden sei. Darüber hinaus habe die Stadt auch die Meinung von Sodener Bürgern eingeholt. Der Magistrat sei überzeugt davon, die Gedenktafel in „wohlabgewogener Form“ an einem würdigen Platz anzubringen.

„Hintergründe, Geschichte, Probleme und Konflikte aus der damaligen Zeit“, so versicherte Berthold Gall in seiner Rede, „sollen nicht verschwiegen werden!“ Doch könne man, fügte er hinzu, auf einer Gedenktafel „nicht die Zeitgeschichte festhalten“. Wer sich dafür interessiere, könne sich in dem Vortrag von Joachim Kromer zur Geschichte der Juden in Bad Soden am Dienstagabend informieren. Gall dankte dem Mitarbeiter des Stadtarchivs für sein Engagement und seine Bereitschaft, an diesem Tag über die historischen Hintergründe im Zusammenhang mit der Gedenktafel öffentlich zu informieren.

Nach städtischen Unterlagen haben 1937, also vier Jahre nach Hitlers Macht-ergreifung, in Bad Soden noch 43 jüdische Mitbürger gelebt. Ihre Synagoge in der Enggasse war bereits 1846 von der damaligen jüdischen Gemeinde Sodens errichtet worden — eine Gemeinde, die schon 1750 gegründet worden war. Im Zusammenhang mit der Reichskristallnacht wurde das Gebäude dann völlig demoliert; am gleichen Tag — die FR berichtete bereits darüber — trieben die Nationalsozialisten auch die Patienten und Pfleger eines jüdischen Sanatoriums auf die Straße.

Bürgermeister Gall erinnerte in seiner Ansprache am Dienstag daran, daß in der

se Zeit des Nationalsozialismus, dessen Herrschaft und Greuelthaten“ Bestand unserer Geschichte bleiben.

Auch Erich Holst, stellvertretender Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft „Nassauisches Heim“, Träger des Projekts der neuen Altenwohnungen, ging in seiner Ansprache zur Übergabe der Wohnungen, auf die bittere Geschichte der Juden ein. Er erinnerte vor allem an die zahlreichen Juden, die als Künstler, Philosophen oder Wissenschaftler hohe Bedeutung erlangt hatten. Der „Beitrag jüdischen Geistes zur deutschen Kultur und Wissenschaft“, so sagte Holst, sei um ein Vielfaches höher gewesen als der zahlenmäßige Anteil der Juden an der deutschen Bevölkerung, der in diesem Jahrhundert nie über ein Prozent hinausgegangen sei.

Erich Holst drückte die Hoffnung aus, daß die Gedenktafel in der Enggasse darauf hinweise, „daß Toleranz und gegenseitigen Respekt Gutes und Großes bewirken können, Intoleranz und Verachtung aber nur Böses und Erniedrigendes.“

Reichskristallnacht insgesamt 191 Synagogen in Brand und weitere 76 völlig verwüstet worden seien. Ebenfalls zerstört wurden damals viele Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und andere Einrichtungen der jüdischen Bevölkerung. 20 000 Juden wurden festgenommen, viele wurden, so Gall, „durch blindwütigen Haß und Verblendung Opfer dieser Irrsinnidologie“. Viele, die sich schuldig gemacht hätten, seien dafür zur Verantwortung gezogen worden, andere jedoch hätten sich entziehen können. Heute sei es freilich „nicht unsere Aufgabe, hier zu richten und nachzuverurteilen“, jedoch müsse „die Erinnerung, die Mahnung an die-

Die neun altengerechten Wohnungen kosteten 1,6 Millionen Mark

BAD SODEN. Neun altengerechte Wohnungen und eine Hausmeisterwohnung sind in dem Neubau Enggasse 6 untergebracht worden, der am Dienstag offiziell seiner Bestimmung übergeben wurde. Die Stadt hatte das ihr gehörende Grundstück der Wohnungsgesellschaft „Nassauisches Heim“ in Treuhand übergeben, damit diese das Projekt realisieren konnte.

Rund 1,6 Millionen Mark mußten für den Bau aufgebracht werden, die Kurstadt selbst hat davon 280 000 Mark als zinsloses und weitere 203 000

Mark als Darlehen übernommen. Mit einer Beteiligung von 46 000 Mark pro Wohneinheit, erklärte Bürgermeister Berthold Gall, habe die Stadt weit mehr geleistet als es das Land (20 000 Mark) fordere.

Das mitten im Sanierungsgebiet der Sodener Altstadt verwirklichte Projekt hat neben der Hausmeisterwohnung vier Eineinhalb- und fünf Zwei-Zimmer-Wohnungen mit jeweils 44 und 52 bis 58 Quadratmeter. Das Belegungsrecht hat ausschließlich die Stadt Bad Soden. pebi

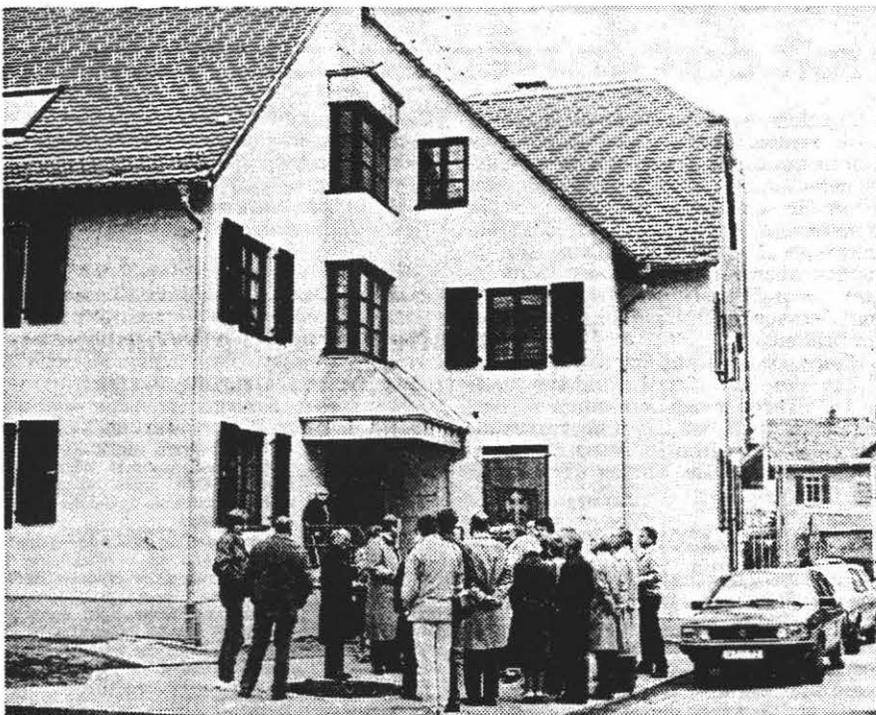


Der Text der Gedenktafel hat in der Bad Sodener Öffentlichkeit heftige Diskussionen ausgelöst, weil die städtischen Verantwortlichen nicht bereit waren, von „Bad Sodener Nationalsozialisten“ zu sprechen.

Gedenktafel erinnert an Verbrechen an jüdischen Mitbürgern „Toleranz kann Gutes und Großes bewirken“



Bürgermeister Gall (links) und Erich Holste enthüllen die Gedenktafel.



Die „altengerechten Wohnungen“ in der Enggasse sind fertig.

Fotos: Karkosch

Bad Soden (krk). – Nicht nur die „altengerechten Wohnungen“ in der Enggasse sind nunmehr offiziell übergeben, auch die Gedenktafel, die an die früher dort befindliche Synagoge erinnert, wurde jetzt enthüllt.

Die insgesamt zehn Wohnungen, mit deren Bau im April 1986 begonnen worden war, kosteten rund 1,6 Millionen Mark. Sie wurden von der Nassauischen Heimstätte errichtet. Das Grundstück überließ die Stadt dem Bauträger als Treuhandvermögen, darüber hinaus stellte Bad Soden ein zinsloses Darlehen von 260 000 Mark zur Verfügung.

Zusätzlich wurde ein weiteres Darlehen aus „Sanierungsfördermitteln“ gewährt. 55 Prozent davon trägt Bad Soden, 45 Prozent das Land Hessen. Bad Soden besitzt das „Belegungsrecht“ für alle Wohnungen. Die meisten der Bewohner lebten bereits früher im innerstädtischen Bereich, bleiben nach Bürgermeister Berthold Galls Worten „also verwurzelt“.

Mit der Gedenktafel soll an die im Jahre 1846 errichtete und 1938 zerstörte Synagoge erinnert werden. Sie hat folgenden Wortlaut: „Hier stand die im Jahre 1846 erbaute Synagoge der jüdischen Gemeinde. Bereits um 1750 gab es eine jüdische Gemeinde in Soden. 1938 wurde die Synagoge von Nationalsozialisten verwüstet. 1986/87 wurden mit Unterstützung der Stadt Bad Soden am Taunus und des Landes Hessen an dieser Stelle zehn Seniorenwohnungen errichtet“.

1938, so berichtete Gall in seiner Ansprache, lebten noch 43 jüdische Mitbürger in Bad Soden. „Wir haben es uns nicht leicht gemacht“, kommentierte er die jüngsten Auseinandersetzungen um den Text der Tafel, „wir haben ihn jedoch so gewählt, weil man auf 40 mal 50 Zentimetern keine Zeitgeschichte aufrollen kann“.

Auch Erich Holste, stellvertretender Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte, ging in seiner Ansprache auf die Gedenktafel ein. Die NH hatte die Kosten dafür übernommen. Holste würdigte besonders die kulturellen Leistungen, die Deutschland seinen jüdischen Mitbürgern zu verdanken hatte. Kein Zweig der Wissenschaft und Geisteswelt, der nicht von der „gegenseitigen Durchdringung der beiden Kulturkreise“ profitiert hätte. „Mag diese Gedenktafel“, schloß er seine Rede, „darauf hinweisen, daß Toleranz und gegenseitiger Respekt Gutes und Großes bewirken können“.

Auch Gall, der sich sehr für diese Gedenktafel engagiert hatte, wies darauf hin, daß „Erinnerung und Mahnung Bestandteil der Geschichte bleiben müssen“, es sei jedoch „nicht unsere Aufgabe, zu richten und nachzuverurteilen“.

Am 28.10.87 war in der BAD SODENER ZEITUNG ein eilig anberaumter Vortrag kurz angekündigt worden:

Er wurde vor ca. 30 Hörern gehalten.

Sodens jüdische Gemeinde

Ein Informations-Vortrag über die Geschichte der jüdischen Gemeinde Sodens von 1665 bis November 1938 von Joachim Kromer (Stadtarchiv) findet am Dienstag, 3. November 1987, um 20 Uhr im Kulturraum der Trinkhalle statt.

Am 11.11.87 wurde der Vortrag besprochen:

Nur die Erinnerung verhilft zur Einsicht

Nach wie vor sähen es manche am liebsten, wenn die Zeit des Dritten Reiches im allgemeinen und der Judenverfolgung im besonderen so etwas wie ein weißer Fleck in der örtlichen Geschichtsschreibung bliebe. Und wenn überhaupt einmal von den schrecklichen Ereignissen in der sogenannten Reichskristallnacht die Rede ist, dann wird immer wieder die Meinung vertreten, daß nur Nicht-Sodener an Ausschreitungen und Verwüstungen beteiligt gewesen seien. Am Abend des gleichen Tages, an dem diese Fehleinschätzung im Zusammenhang mit der Enthüllung einer Erinnerungstafel am Standort der alten Synagoge in der Enggasse, Ecke Neugasse, zur Sprache kam – es ist auf ihr pauschal von Zerstörung durch die Nationalsozialisten die Rede – legte Stadtarchivar Joachim Kromer im Namen des Arbeitskreises für Bad Sodener Geschichte einer interessierten stattlichen Zuhörerschaft Fakten über Sodens jüdische Gemeinde von 1665 bis 1939 vor. Diese sollen, wie der Leiter des Heimatmuseums, Rudolf Nolting, eingangs mitteilte, in einer zur 800-Jahr-Feier der Stadt in Vorbereitung befindlichen Chronik den ihnen zukommenden Platz einnehmen. Kromer, der bereits mit viel Fleiß und Einfühlungsvermögen ein Heft über das für unsere Stadt bedeutsame Leben und Wirken dreier Generationen der Familie Reiss geschrieben hat und auch federführend an einer in den nächsten Wochen herauskommenden Dokumentation über den jüdischen Friedhof auf der Wilhelmshöhe beteiligt ist, wendet sich mit dem Ergebnis sorgfältiger Recherchen gegen unterschwellige Ressentiments und schleichendes Vergessen. Absolute Offenheit sei unabdingbar bei allem, was zur Sprache kommt, erwiesene Fehlinformationen seien zu korrigieren. Der Stadtarchivar zitierte in seinen Vorbemerkungen Bundespräsident Richard von Weizsäcker, daß nur die Erinnerung zur Einsicht ver helfe; Erinnerung belaste nicht, sie befreie.

Als der Chronist nüchtern und emotionslos das schilderte, was am 10. November 1938 in Bad Soden geschah – und durch einwandfreie Quellen belegt ist – herrschte während der Satzpausen und bei einer technisch bedingten Unterbrechung im Kulturraum der Trinkhalle betroffenes, beklemmendes Schweigen. Es steht fest, daß Sodener (nicht etwa auswärtige) NS-Leute zunächst in die Synagoge eindrangen, das Mobiliar zerschlugen und die Trümmer zusammen mit den sakralen Gerätschaften auf der Straße verbrannten. Das Prognom wurde in der bekannten Israelschen Kuranstalt in der Talstraße fortgesetzt, die über viele Jahre hinweg nicht nur als mildtätige Stiftung, sondern auch als Forschungslabor einen hervorragenden Ruf hatte. Kranke wurden im Schlafanzug auf die Straße getrieben, Mißhandlungen sind ausdrücklich bestätigt. Es wurde zerstört, geplündert, schließlich angezündet, die verspätet geholte Feuerwehr am Löschen gehindert. Was aus den mit unbekanntem Ziel auf Lastwagen abtransportierten sechzig Insassen geschehen ist, weiß bis heute niemand. Nicht genug dieser

Ausschreitungen richtete sich die gesteuerte „Säuberungsaktion“ schließlich noch gegen jüdische Privathäuser. Kromer zitierte verschiedene bedauernswerte Einzelschicksale. „Die gerechte Wut der Einwohnerschaft Sodens griff gestern in den Mittagsstunden gegen die Gebäude und Wohnungen der hiesigen Juden“, so war am nächsten Tag in der Zeitung zu lesen.

Von sechzehn angeklagten Sodener Bürgern wurden im Frankfurter Prozeß 1949 drei freigesprochen. Drei erhielten je drei Jahre Zuchthaus, die anderen kürzere Freiheitsstrafen. Folgte der lakonische Zusatz, daß die Verurteilten nach Strafverbüßung rasch wieder Anstellungen erhielten und zu beachtlichen Positionen aufgestiegen seien. In Anlehnung an das Weizsäcker-Wort, daß Schuld persönlich sei und bleibe, wußte J. Kromer aber auch über bewußte Distanzierung Sodener Bürger von den Judenprogrammen und von deutlichen Unmutsbezeugungen zu berichten.

Im Laufe seiner Ausführungen machte der Vortragende klar, daß es sich bei der Judenverfolgung im Dritten Reich nicht um einen zufälligen „Betriebsunfall“ der Geschichte gehandelt habe. Der Antisemitismus, in erster Linie als Ablehnung der unverständlichen Andersartigkeit einer Minderheit zu verstehen, reiche in die Vergangenheit aller europäischen Völker zurück.

Auch wenn trotz intensiver Bemühungen nur spärliche Dokumente über jüdische Mitbürger in alter Sodener Zeit aufzufinden waren (das erste von 1665 betrifft eine Frau, die der Hexerei angeklagt war), so wird noch deutlich, daß diese fast niemals die gleichen Rechte besaßen wie die übrige Einwohnerschaft. Sie mußten, wie es von 1723 bekannt ist, jährlich einen Reichstaler an die Gemeinde als „Aufenthaltssteuer“ zahlen, die Gemeineweide war für sie tabu. Auch die Neuenhainer Juden hatten sich dem christlichen Kalender anzupassen und unterstanden der Sodener Kirchenstrafe. 1762 ist erstmals von eigenen Gottesdiensten die Rede, nachdem mit acht verheirateten Männern aus Soden und sechs aus Neuenhain die Mindestzahl der Beter erfüllt war. 1782 kam es zur radikalen Verschlechterung der Lage der sogenannten „Schutzjuden“, die schließlich sogar ihr Schutzgeld an die Kurmainzer Obrigkeit nicht mehr zahlen konnten. Erst mit dem Aufschwung des BADELEBENS änderte sich die Situation. 1846 kam es zum Neubau der Synagoge in der Neugasse, die 26 Männern und 7 Frauen Platz bot. 1873 wurde der Friedhof angelegt.

Weit über Soden hinaus bekannt wurden zwei Stiftungen: Das Haus Bethesda, in dem bedürftigen und mittellosen Kranken eine Kur ermöglicht wurde (im wesentlichen auf Spenden von Enoch Reis zurückzuführen) und die von Hanna Maria Rothschild 1888 finanzierte und später immer wieder erweiterte und umgebaute „Kuranstalt für kranke Israeliten“, an die heute nur noch eine unscheinbare Gedenktafel in der Talstraße erinnert. Auch in diesem Fall ist es bezeichnend für den verbreiteten Verdrängungsprozeß, daß sie zunächst an der falschen Stelle angebracht war. SB

In derselben Ausgabe erschienen zwei Leserbriefe:

Es waren Bad Sodener Nationalsozialisten

Die Stadt Bad Soden — geschichtsbewußt, wie es zur Zeit Mode ist — hat zum 3. (nicht zum 10.!) November am Standort der ehemaligen Synagoge eine Gedenktafel anbringen lassen, die besagt »Hier stand die im Jahre 1846 erbaute Synagoge der jüdischen Gemeinde. Bereits um 1750 gab es eine jüdische Gemeinde in Soden. 1938 wurde die Synagoge von Nationalsozialisten verwüstet. Man muß den Wortlaut hier anführen, denn dem Magistrat schien an wirklicher Aufmerksamkeit und Diskussion der Öffentlichkeit wenig gelegen; anders ist das verschwiegene Verhalten im Vorfeld der Maßnahme kaum zu erklären.

Unserer Geschichtsarbeitsgruppe, die sich derzeit mit den Vorgängen um die Verwüstung der Synagoge am 10. November 1938 und dem Prozeß, der 1949 in Frankfurt gegen die dafür verantwortlichen Sodener Bürger geführt wurde, beschäftigt, liegt an einer möglichst breiten, differenzierten und konsequenten Auseinandersetzung mit diesem Bereich der Geschichte: Bad Soden, ehemaliger Standort der NS-Kreisleitung, also damals keineswegs nazifreie Zone, muß sich seiner Vergangenheit deutlicher stellen, als das mit der allgemeinen Formulierung auf einer dekorativen Bronzetafel versucht wird. Auch der in diesem Zusammenhang nicht angekündigte, quellenorientierte Vortrag von Stadtarchivar Joachim Kromer, der nachdrücklich aufwies, daß Bad Sodener Nationalsozialisten die Synagoge verwüsteten, die Israelitische Kuranstalt anzündeten und 1949 dafür verurteilt wurden, konnte nur ein Anfang für eine aufgeklärte Diskussion aller Bürger und damit für die so oft beschworene Bewältigung sein. Eine »Mahntafel« (Bürgermeister Gall bei der »Ent-hüllung«) muß Anlaß und Möglichkeit zur Reflexion bieten, nicht verschleiern.

Unsere Arbeit, deren Notwendigkeit uns durch das Verhalten der Offiziellen besonders deutlich wurde, zielt keineswegs auf eine »Nachverurteilung« (Bürgermeister Gall), sondern sie wird versuchen, sachlich und argumentativ solchen Feigenblatt-Aktionen wie in der Bad Sodener Enggasse, entgegenzuwirken.

Brigitte Dörrlamm, Martin Schaller, Norbert Stieniczka,
Wolf Thielking, Mai-Lin Tjoa

Reichskristallnacht vor 49 Jahren

Der Pogrom gegen jüdische Mitbürger und Einrichtungen in Bad Soden jährt sich zum 49. Male. Es wäre verkehrt, nicht daran zu denken, vor allem deshalb nicht, weil in dieser Stadt die unseelige Vergangenheit sehr halbherzig behandelt wird. Steht schon auf der Gedenktafel in der Talstraße, wo einst die israelitische Kuranstalt in Flammen aufging, die beschönigende Floskel, wonach die Anstalt ein »Opfer der Reichskristallnacht« wurde, so steht uns auf der Gedenktafel für die Stätte der ehemaligen Bad Sodener Synagoge eine ähnliche historische Ungenauigkeit bevor. Als könnten Nächte Unheil anrichten und unsägliches Leid verbreiten. Es waren die Menschen, auch Bad Sodener, die die Nacht zu Brandschat-

zung, Plünderung und Körperverletzung nutzten. Stapelweise lagern die Beweise in Archiven und es ist eine nicht zu entschuldigende Lüge, wenn man vom Terror in jener Nacht Bad Sodener Bürger ausklammert und sie Nazis aus der Umgebung oder aus Frankfurt in die Schuhe schiebt. Noch heute wird in Bad Sodener Haushalten vom Tafelsilber der Kuranstalt gespeist und noch heute läuft man in Bad Sodener Wohnungen über Teppiche aus jüdischen Haushalten.

Wie jener Naziterror bis ins Detail durchorganisiert war, dafür mag jene rasche Änderung des Beilagenprospektes für Bad Sodener Pastillen Beleg sein. Der damalige Bad Sodener Bürgermeister wurde vom Sicherheitsdienst des Reichsführers SS im Oberabschnitt Fulda-Werra veranlaßt, dafür Sorge zu tragen, daß die lobenden »Urteile der Königin von Sachsen, der Bischöfe von Fulda und Bamberg sowie bekannter Juden- bzw. Marxisten« vom Beilageprospekt verschwinden. Er wurde gebeten, »die zur Unterbindung dieses Zustandes notwendigen Maßnahmen zu treffen«.

Daß der Naziterror auch nicht-jüdische Bürger traf, wird aus den Schadensersatzanzeigen nach dem Pogrom deutlich. Betroffen waren vor allem Bad Sodener Bürger, die bei Juden in Diensten standen oder in der israelitischen Kuranstalt beschäftigt waren. Hier wurde peinlichst genau erst überprüft, ob es sich bei den Betroffenen um arische oder jüdische Bürger handelte. Auch Personen, die mit Juden verheiratet waren, hatten keinerlei Anspruch auf Erstattung. Der Büglerin Maria E. aus der Oberlanggasse wurden ein Kleid, eine Strickweste, zwei Schürzen, eine ärmellose Weste und eine Mütze ersetzt. Damit »betrachtete der Gauwirtschaftsberater die Sache als erledigt. - Heil Hitler!« Wolfgang Wawrzyniak

Leserbriefe geben stets die Ansicht des Einsenders wieder, die nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen muß. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Briefe gekürzt zu veröffentlichen.

Wie in dem (linken) Leserbrief angekündigt, engagierte sich unsere Gruppe zunehmend. Parallel dazu arbeiteten die Pfadfinder in Schwalbach, die bereits 1982 in einer Broschüre auf das Sodener Judenpogrom eingegangen waren. Am 13.1.1988 wurde ihre im Dezember 1987 in 2.erweiterter Auflage erschienene Arbeit in der BAD SODENER ZEITUNG vorgestellt.

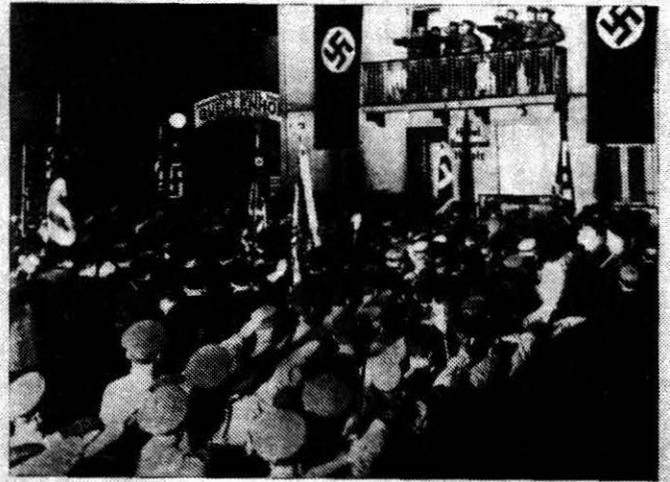
Pfadfinder: Als wenn nichts gewesen wäre . . .

»Als wenn nichts gewesen wäre« ist der Titel einer Broschüre, die jetzt vom Bund Deutscher Pfadfinder vorgelegt wurde. Es handelt sich dabei um die zusammengefaßte Überarbeitung zweier mittlerweile vergriffener Hefte, die 1982 und 1984 erschienen waren. Ursprünglich begonnen im Rahmen eines Wettbewerbes, den der damalige Bundespräsident initiiert hatte, stellte sich schnell heraus, daß beim nach wie vor existierenden Mangel lokalgeschichtlicher Veröffentlichungen zur Zeit 1933–1945 eine kontinuierliche Weiterarbeit erfolgen müßte, so die Pfadfinder. Ergebnisse daraus sind auch in der neuen Broschüre vorhanden. Der Bund Deutscher Pfadfinder hofft, daß diese Broschüre – die zumindest in der Region Schwalbach/Bad Soden zum Standardwerk geworden sei – auch andere Gruppen dazu anregt, eigene Recherchen und Befragungen zu starten: Dringlich sei dies allemal bei vielen älteren Zeitzeugen, einige der vormaligen Interviewpartner sind bereits gestorben.

Besonderen Wert bei der Auswahl des Materials haben die Pfadfinder auf das Alltagsleben gelegt. Faschismus hat ja nicht nur in den Großstädten bei spektakulären Verfolgungsaktionen stattgefunden, sondern jeden Tag, permanent und überall. Einen weiteren Schwerpunkt der Recherchen bildet der 10. 11. 38, das auch heute zum Teil noch verharmlosend »Reichskristallnacht« genannte Judenpogrom, das sich im November zum 50. Male jährt. Die Art und Weise, wie die konkreten Ereignisse, die sich damals am Ort ereigneten, verdrängt und totgeschwiegen, ja verleugnet wurden, scheint dem Pfadfinder symptomatisch zu sein: Wer die Vergangenheit leugnet oder verdrängt, brauche für sein eigenes politisches Handeln keine Konsequenzen zu ziehen. Genau das passiere aber fast täglich, nicht nur in der großen Politik: Auch die lokalen Politiker müßten sich fragen lassen, wie ihre politische Alltagskultur aussieht. »Und dabei schneiden sie oft genug erbärmlich ab, ob es sich dabei um Asylrecht oder die Behandlung Andersdenkender im Parlament handelt, um nur zwei Punkte zu nennen,« so die Autoren der Broschüre. Am Mittwoch, 20. 1. 1988, um 18 Uhr, werden sie die Bro-

schüre im Jugend-Infoladen, Schulstraße 29, 6231 Schwalbach/Ts. offiziell vorstellen. Gegen DM 10,- Selbstkostenpreis kann die Broschüre auch dort bestellt werden.

... als wenn nichts
gewesen wäre



Fragen an Zeitzeugen zu ihrem Leben im Faschismus
Dokumente aus Bad Soden, Schwalbach und Hofheim

Kurz darauf annoncierte Stadtarchivar J.Kromer das Projekt, aus dem unsere Gruppe ausgestiegen war (vgl. S. 6).

Materialien zur Geschichte



Das Jahr 1988 bringt eine Reihe von Erinnerungen mit sich, die sämtlich mit der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung stehen. Nun kann man, wie viele meinen, sich einfach über die Erinnerungen hinwegsetzen und jeden Versuch, Erinnerung zu wecken, als lästige Störung der heutigen politischen wie gesellschaftlichen Zeitläufe, der Geschäftigkeit, gar der Geselligkeit und der Vergnügungen empfinden, als ginge uns das Vergangene nichts mehr an. Das Beispiel Österreich aber zeigt uns mit aller Deutlichkeit,

daß wir auch heute noch in der ein oder anderen Weise Betroffene sind. Zudem erwächst aus der Denkart der Einzelnen und der gesellschaftlichen wie auch der politischen Gruppierungen das jeweils bestimmte politische Verhalten und damit der politische Zustand eines Gemeinwesens.

»In voller Offenheit und Ehrlichkeit«, so sagt Karl Jaspers, »liegt nicht nur unsere Würde, sondern auch unsere eigene Chance. Dieser Weg ist der einzige, der unsere Seele vor dem Pariadasein bewahrt.« Bundespräsident Richard v. Weizsäcker sagt dazu: »Erinnerung schafft Einsicht, Wissen und Gewissen, Erinnerung belastet nicht, die befreit.« Politische Freiheit beginnt damit, daß jeder von sich verlangt, Realitäten, auch die der Vergangenheit, zu sehen und nichts aus unangebrachter Solidarität gesellschafts-

und parteipolitischen Grundbedürfnissen gegenüber handelt. Der Arbeitskreis für Bad Sodener Geschichte hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Vergangenheit unserer Stadt zu erforschen und bekannt zu machen. Dazu gehört auch die Zeit des Nationalsozialismus. Die Ereignisse vom 10. November 1938 sind ein Beispiel nicht aufgearbeiteter Vergangenheit unserer Stadt. Über die Ereignisse sind selbst von alteingesessenen Sodenern die unterschiedlichsten Versionen zu hören. Der Arbeitskreis für Bad Sodener Geschichte legt nunmehr mit seinem 4. Heft der Materialien zur Bad Sodener Geschichte eine Darstellung der Ereignisse des 10. November 1938 vor, wie sie in dem Prozeß gegen die Täter vom Juni 1949 vom Gericht gegeben wurde. Gleichzeitig wird versucht, die Entwicklung am Ort zwischen 1919 und 1938 aufzuzeigen und eine Zusammenfassung der Gesetze und Verordnungen gegeben, die gegen Juden gerichtet waren. Verfasser ist der Leiter des Stadtarchivs, Joachim Kromer.

Inwieweit die damaligen Ereignisse heute bei uns reflektiert oder als Vergangenheit abgetan werden und somit so oder so unser öffentliches und persönliches Handeln beeinflussen, bedarf einer eigenen Untersuchung. Das neue Materialien-Heft wird am Donnerstag, 24. 3., um 18.30 Uhr, im Kulturraum der Trinkhalle vorgestellt. Jedermann ist willkommen. Das Heft ist ab 25. 3. für eine Schutzgebühr von DM 10,- in der Buchhandlung Boris Riege, Zum Quellenpark 21, und während der Öffnungszeiten des Heimatmuseums dort erhältlich. Herrn und Frau Riege sei auf diesem Wege besonders gedankt, daß sie die Auslieferung der Hefte vom Beginn ihres Erscheinens an kostenfrei übernommen haben.

Bad Sodener Zeitung, 16. März 1988

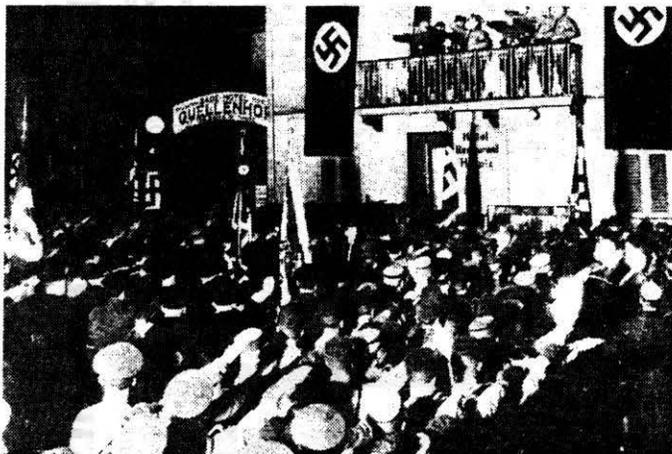
LOKAL-RUNDSCHAU

Main-Taunus-Kreis / Westliche Frankfurter Stadtteile / Wiesbaden / Hochtaunuskreis

Freitag, 25. März 1988

Jahrgang 44 · Nr. 72 · Ausgabe 7

Reichskristallnacht in der Kurstadt: Heft „4“ der Materialien zur Sodener Geschichte wurde gestern abend in der Trinkhalle vorgestellt



Nationalsozialismus in Bad Soden: Auch in der Kurstadt marschierten seit der Machtergreifung treue „Parteigenossen“ und Anhänger des Hitler-Staates vor ihren Oberen auf (Bild links: Aufzug vor der NS-Kreisleitung Bad Soden). Die Hörigkeit reichte bis zum Vollzug antisemitischer Ausschreitungen, die am 10. November 1938 in die „Reichskristallnacht“ mündeten (Bild Mitte: Die Israelitische Kuranstalt nach ihrer Zerstörung). Heute ist Gras über diese Vergangenheit gewachsen (Bild rechts: Blick auf das Gelände der ehemaligen Kuranstalt)

Pogrom kam nicht plötzlich

Wie überall hatte sich der Pogrom gegen die Juden auch in Bad Soden, wie Kromer aufzeigt, allmählich angebahnt. Er kam nicht plötzlich, sondern zunächst auf leisen Sohlen, schließlich im knallharten Rhythmus offener nationalistischer Hetzpropaganda gegen die jüdische Bevölkerung.

Der Mord am deutschen Botschaftssekretär in Paris; Erich vom Rath, durch Herschel Grynszpan am 7. 11. 1938 war Vorwand für die Ereignisse der „Reichskristallnacht“, nicht Ursache. Es ging bei der angeblich „spontanen Volkserhebung“ nicht um Vergeltung, sondern um die gut vorbereitete Durchführung antisemitischer Aktionen im Geist des NS-Staats.

Das Gericht selbst sprach in einer Darstellung der Ereignisse am 10. November 1938 in Bad Soden davon, daß es sich bei dem Juden-Pogrom „tatsächlich“ um „planmäßig vorbereitete und auch gelenkte Maßnahmen der obersten Führung des 3. Reiches“ handelte. Um so folgerichtiger stellt es dann „Grundsätze der Gerechtigkeit“

„Die sind nicht krank, die kommen nur, um zu huren“

Joachim Kromer, Leiter des Stadtarchivs, hat den Pogrom im November vor 50 Jahren minutiös nachgezeichnet

Von unserem Redakteur Andreas Werner

„S. stieg durch ein Fenster, das schon zerschlagen war, in das Innere des Betsaals ein... Er zertrümmerte Bänke, Tische und Stühle. Anschließend warfen S. und die beiden anderen Männer dem Gottesdienst dienende Decken, Gebetbücher und die demolierte Einrichtung aus dem Fenster... auf die Straße, wo es aufgeschichtet und... verbrannt wurde...“ Szene vom 10. November 1938, Bad Soden. Der Pogrom der Nationalsozialisten gegen die jüdi-

Kromer, am 10. November 1938 gerade 14 Jahre alt, hat sich tief in die Historie gegraben. Er stöberte Prozeßakten auf, wurde im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden fündig, befragte Zeitzeugen, ließ sich durch Aufzeichnungen, Chroniken und Bücher. Entstanden ist ein 118 Seiten starkes Werk, das umfassend Bericht erstattet über einen Tag lokalisierter deutscher Geschichte, der bis in die Gegenwart nachwirkt und nachdenklich stimmt angesichts Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß hierzulande wie anderswo in der Welt.

„Die Geschehnisse dieses Tages haben

daß die Unheilstifter des 10. November 1938 in Bad Soden bis auf zwei Ausnahmen Bürger der Kurstadt waren.

Laut Gericht wurden damals in Bad Soden „die Einrichtung des jüdischen Betsaals vernichtet“, die jüdische Kuranstalt, eine Lungenheilstätte für etwa 50 bis 60 Patienten, demoliert und anschließend „niedergebrannt“, die Wohnungseinrichtung des Leiters der Kuranstalt „zerstört“, die Fremdenpension Freymann und die jüdische „Villa Grünebaum“ demoliert, die Insassen der demolierten Häuser „gewaltsam aus diesen und dann aus Bad Soden vertrieben“.

sche Bevölkerung in der Reichskristallnacht hatte auch auf die Kurstadt übergreifen. Sorgte für Verwüstungen, Brände, Gewalt gegen Juden. Joachim Kromer, Leiter des Stadtarchivs, hat die Ereignisse im November vor 50 Jahren minutiös nachgezeichnet. Das „Heft 4“ der Materialien zur Bad Sodener Geschichte ist ein eindrucksvolles Dokument, das die Wahrheit nicht verschweigt. Gestern abend wurde es in der „Trinkhalle“ vorgestellt.

dem Deckmantel „spontaner Kundgebungen“ abverlangte.

Urteile des Gerichtes 1949: Zwischendrei Monate Gefängnis und drei Jahre Zuchthaus. Wegen der Aktionen gegen Juden am 10. November 1938 waren insgesamt 16 Bürger Bad Sodens angeklagt worden. Verurteilt wurden 13, freigesprochen nur drei. Zum Teil wurden bis auf weiteres die Ehrenbürgerrechte aberkannt. Revisionen blieben in schwereren Urteilen aufgehoben und Verfahren gemäß des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 31. 12. 1949 eingestellt.

Tatort anwesend gewesen.“ Und weiter: „Bei der Strafzumessung fiel allgemein erschwerend ins Gewicht, daß die Tat sich gegen wehrlose, meist kranke und hilfsbedürftige Privatpersonen richtete... Nur eine empfindliche Strafe konnte die in Bad Soden begangenen Rohheiten sühnen...“

Die Darstellungen des Gerichtes, seine „zusammenfassenden Feststellungen“ und die Revisionsverfahren sind im „Heft 4“, herausgegeben vom Arbeitskreis für Bad Sodener Geschichte (mit Unterstützung des Magistrats) ebenso enthalten wie die Klärung von „Detailfragen“. An-

„Spontane Volkserhebung“

Nicht erst mit den Ereignissen am 10. November 1938 konnte man in Bad Soden gewahr werden, daß nationalsozialistischer Geist in der Kurstadt Fuß gefaßt hatte. Bereits 18 Jahre zuvor machten sich erste — durchaus als antisemitisch zu betrachtende — Aversionen gegen die jüdischen Mitbürger/Gäste breit.

So unterzeichneten laut Kromer im März 1920 die Sodener Ärzte eine Erklärung, in der sie sich verpflichteten, schwere Tuberkulosefälle von Soden fernzuhalten. Der Gemeinderat beschloß am 2. 4. 1920 die Aufnahme des Satzes „Für Tuberkulose ungeeignet“ ins Werbeprospekt der Stadt.

Hintergrund: In der Israelitischen Kuranstalt wurde eine eigene Tuberkuloseabteilung unterhalten. Die Anstalt kam in Schwierigkeiten, hielt aber am Konzept fest. Erste Antipathien gegen das jüdische Haus krochen an den Tag.

Just der so geschürte Argwohn mußte 1936 für unheilbaren Antisemitismus herhalten. Am 12. 11. 1936

Ein dunkles Kapitel unserer Geschichte aufgearbeitet

Heft 4 der „Materialien“ zur Bad Sodener Geschichte“, das vergangene Woche im Kulturraum der Trinkhalle der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, will nicht Gräben aufreißen, sondern durch die mühsame Abtragung verkrusteter Verdrängungsschichten Vergangenheit bewältigen und Einsicht wecken. Der emotionslose Titel, „10. November 1938“, steht für die Betrachtung aus heutiger Sicht kaum begreifbarer Vorgänge, die sich in wenigen Monaten zum 50. Male jähren: Der organisierter Ausschreitungen gegen jüdische Mitbürger und ihrer Vertreibung sowie der Verwüstung und Zerstörung jüdischer Einrichtungen und Häuser. Joachim Kromer, Autor dieser Dokumentation, sieht die Sodener Ereignisse der sogenannten Kristallnacht vor dem Hintergrund reichsweiter NS-Gesetze, Verordnungen und Entwicklungen, ohne deshalb schreckliche örtliche Konsequenzen zu bagatellisieren. Wörtlich heißt es im einführenden Text: „Das Geschehene aus diesem oder jenem gesellschaftlichen oder politischen Kalkül zu verdecken oder zu bemänteln, würde nur bewirken, daß (noch schmerzende geschichtliche) Wunden weiterschwären. Von daher gesehen ist Offenheit bei all dem, was zur Sprache kommt, unabdingbar.“

Der Leser spürt rasch, wie außerordentlich sorgsam recherchiert wurde. Dabei hat sich die Befragung noch vorhandener Zeitzeugen vor allem wegen der Grenzen objektiven menschlichen Erinnerungsvermögens als problematisch erwiesen. Das Heft stützt sich deshalb in erster Linie auf Fakten, wie sie bei dem im Juni 1949 vor dem Frankfurter Landgericht stattgefundenen Prozeß gegen 16 Sodener Bürger (von denen 13 verurteilt wurden) wegen Landfriedensbruch und schwerem Hausfriedensbruch ihren Niederschlag gefunden haben. In werturteilsfreier – und damit umso eindringlicher, ja, erschütternder Weise – werden die Ereignisse aufgezählt, die den Kernpunkt der Hauptverhandlung bildeten: „... 1. wurde die Einrichtung des jüdischen Betsaals vernichtet, 2. wurde die Einrichtung der jüdischen Kuranstalt, einer Lungenheilstätte für etwa 50 – 60 Patienten, demoliert und die Anstalt anschließend niedergebrannt, 3. wurde die Wohnungseinrichtung des Leiters der Kuranstalt zerstört, 4. wurde die Fremdenpension Freymann demoliert, 5. wurde die jüdische Villa Grünebaum demoliert, 6. wurden die Insassen der demolierten Häuser gewaltsam aus diesen und dann aus Bad Soden vertrieben.“ Der tatsächliche Ablauf dieses Tages und die Einzelheiten des damaligen Geschehens seien, so der Autor, selbst alt-

eingesessenen Sodenern nur unvollständig bekannt. Umso mehr, wie wir meinen, ein dringender Grund, das Büchlein zu lesen und sich sein eigenes Urteil zu bilden.

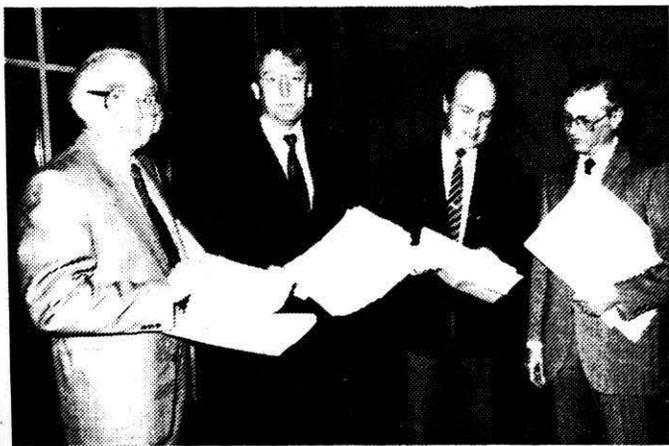
Komer versicherte, daß es nicht darum gehe, Personen, die damals Täter oder Mittäter waren, erneut einer Verurteilung auszusetzen; man wolle vielmehr die menschenverachtende Grausamkeit und Unmenschlichkeit von Taten aufzeigen, die in deutschem Namen auch bei uns begangen wurden. Sicher bleibe Schuld immer persönliche Schuld, und die junge Generation sei frei, aus ihrer Zeit zu machen, was ihrer Einsicht und Verantwortung entspricht. Sie werde aber – und hier wurde der Bundespräsident zitiert – ihrer Aufgabe nur gerecht werden können, wenn sie begreife, daß zum Beispiel ohne die lange Vorgeschichte von Vorurteilen gegenüber den Juden es keinen 10. November 1938 mit all den nachfolgenden Untaten gegeben hätte, und wenn sie erkenne, daß jede Generation sich vor neuen Vorurteilen hüten muß. Aus dieser Sicht kommt auch dem Versuch Bedeutung zu, im 1. Kapitel des Heftes anhand der im Stadtarchiv aufgefundenen Unterlagen die Entwicklung der Situation in Soden zwischen 1919 und 1938 an einigen Fakten zu verdeutlichen (ausführlich, so der Autor, werde sich damit eine weitere Arbeit befassen müssen). Für sich spricht auch, in Kapitel 2, eine Zusammenstellung der staatlichen Gesetze und Verordnungen gegen die Juden von 1921 bis zum Kriegsende. Detailhinweise und ein Abschnitt über die von den Untaten Betroffenen sowie das Verhalten von Zeugen und Zuschauern ergänzen die Prozeßberichte.

Eine „Amtliche Bekanntmachung“ in der Bad Sodener Zeitung vom 14. Januar 1939 läßt zwischen den Zeilen lesen, daß die als „Volksempörung“ bezeichneten Vorgänge des 10. November 1938 keineswegs von allen Einwohnern so gesehen wurden. Ein weiteres Zeitungsdokument ist die Gleichzeitigkeit von zwei Meldungen in der Ausgabe vom 1. April 1933: Dicht unter den zweiseitigen Schlagzeilen „Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern von Bad Soden ernannt“, wurde Fr. Mina Grünebaum zum 25jährigen Dienstjubiläum bei Familie Dr. med. Isserlin gratuliert. (M. Grünebaum ist am 10. 11. 38 in das KZ Buchenwald gebracht und, achtundfünfzigjährig, in der Nähe eines Lagers bei Minsk wegen Entkräftung erschossen worden.)

Bürgermeister Berthold Gall sprach von einem weiteren Meilenstein geschichtlicher Aufarbeitung, dem wegen jüngster Meinungsverschiedenheiten über die Tafel des Magistrats am ehemaligen Kultraum der jüdischen Gemeinde und wegen der vermeintlich noch bestehenden Sodener Ehrenbürgerschaft Hitlers (im vorliegenden Heft gibt es eine Ablichtung der am 5. 7. 1946 durch die Gemeindevertretung erfolgten Aberkennung) besondere Aktualität zukomme. Es gebe keinen Grund für den Magistrat, sich nicht objektiv mit der Vergangenheit zu beschäftigen oder gar etwas unter den Teppich kehren zu wollen. Sodens NS-Vergangenheit sei nun einmal bestehende Tatsache (Zitat aus der BSZ vom 21. 12. 1933: „Die hiesige Ortsgruppe der NSDAP nimmt... eine besondere Stelle ein, ist doch Bad Soden der Platz, welcher im Verhältnis zu allen anderen Orten und Städten im Reich die meisten „alten Kämpfer“ besitzt“). Gall bat im Sinne seiner letzten Woche veröffentlichten Stellungnahme „Keine Kollektivschuld“ um Verständnis, vor allem für verführte junge Menschen ihrer Zeit und wandte sich gegen Tendenzen von rechts oder links, die Demokratie in Frage zu stellen. Nachdrücklich würdigte er die wertvolle Tätigkeit des Arbeitskreises.

Das Interesse an der Geschichtsforschung reicht inzwischen, wie man hörte, bis nach Übersee. Rudolf von Nolting...

Bad Sodener Zeitung, 30. 3. '88



Heft 4 der »Materialien zur Bad Sodener Geschichte« wurde in der Trinkhalle vorgestellt. Unser Bild zeigt v.l.n.r. Joachim Kromer, Bürgermeister Gall, Stadtverordnetenvorsteher Bender sowie Rudolf von Nolting. BSZ-Foto: kkh

IST HITLER NOCH EHRENBÜRGER VON BAD SODEN ?

oder

DER UMGANG MIT UNANGENEHMEN FRAGEN.

Frankfurter Rundschau · Seite 9

Im Zusammenhang mit unserer Arbeit stellte sich auch die Frage nach einer eventuellen Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers, die auch die BDP-Gruppe bereits beschäftigt hatte. Eine Frage, zu deren Klärung die Stadt in 5 Jahren (Erstauflage von "... als wenn nichts gewesen wäre", 1982) offensichtlich nicht in der Lage war.

Da wir wußten, auf welcher halbherzigen und zutiefst unmoralischen Art mit dem Problem einer ungeliebten Ehrenbürgerschaft in Frankfurt/Main umgegangen wurde, interessierte uns weniger die reine Tatsache eines Noch- oder Nicht-mehr-Bestehens der Ehrenbürgerschaft, sondern vielmehr, auf welche Weise seit 1945 dagegen vorgegangen worden war. Deshalb richteten wir eine Anfrage an den Bürgermeister in der Hoffnung, diese würde im Gegensatz zu den Anfragen des BDP beantwortet:

Martin Schaller
Sodener Weg 9
6232 Bad Soden

Altenhain, 10. Februar 1988

An den Bürgermeister von Bad Soden
Herrn Berthold Gall
im Rathaus

Sehr geehrter Herr Gall!

Wie Sie wissen, beschäftigt sich unsere fünfköpfige Geschichtsarbeitsgemeinschaft, ausgehend von der entsprechenden Gerichtsberichterstattung (5 Artikel) in der FR aus dem Jahr 1949 mit den Ereignissen der sog. Judenaktion, d.h. der Verwüstung der Synagoge und der Brandschatzung der "Israelitischen Kuranstalt". Unser besonderes Interesse gilt dem seitherigen Umgang mit diesen und ähnlichen Ereignissen und Tatbeständen.

Grüne: Hitler ist noch Ehrenbürger Frankfurts

Römer-Partei stellt Antrag auf formale Aberkennung

Von unserem Redaktionsmitglied Claus-Jürgen Göpfert

Die Grünen im Römer haben am Freitag Dokumente aus dem Frankfurter Stadtarchiv präsentiert, die ihrer Ansicht nach belegen, daß Adolf Hitler nach wie vor Ehrenbürger dieser Stadt ist. Danach ist die Stadt nie einer Aufforderung des hessischen Innenministeriums aus dem Jahre 1948 nachgekommen, entsprechend der 1945 verabschiedeten Hessischen Gemeindeordnung (HGO) die 1933 verliehene Ehrenbürgerschaft formal abzuerkennen. Sie berief sich vielmehr seinerzeit auf einen Erlaß des nationalsozialistischen Regimes aus dem Jahre 1936, nach dem Ehrenbürgerschaften mit dem Tode enden und argumentierte, Hitler sei nach seinem Selbstmord 1945 schon deshalb nicht mehr Ehrenbürger. Die Nazis hatten den Erlaß herausgegeben, um die Namen von Personen, die dem Regime unliebsam waren, von den Ehrenbürgerlisten zu tilgen.

Unter Bezug auf diesen Erlaß beschloß der Magistrat am 8. Oktober 1947 lediglich, daß Hitler unwürdig gewesen sei, Ehrenbürger zu sein. Die förmliche Aberkennung des Ehrenbürgerrechtes erübrige sich, wie es in dem Magistratsbeschuß von damals weiter heißt. Der Name Hitler sollte auf der Liste der Ehrenbürger nicht mehr genannt werden.

Die Grünen verbanden die Präsentation dieser Dokumente am Freitag mit dem formalen Antrag, das Stadtparlament möge jetzt endlich Hitler die Ehrenbürgerschaft aberkennen.

Der persönliche Referent von Rechtsdezernent Müller (CDU), Christoph Fay, vertrat hingegen am Freitag die Ansicht, eine Rechtsatzung aus der Zeit des nationalsozialistischen Regimes sei "a priori gültiges Recht", soweit die Alliierten sie nicht nach 1945 formal aufgehoben hätten. Fay meinte weiter, der Beschuß des Frankfurter Magistrats aus dem Jahre 1947 umfasse juristisch gesehen die "rechtsgültige Aberkennung der Ehrenbürgerschaft". Der Referent kündigte jedoch an, das Rechtsamt der Stadt werde ungeachtet seiner ersten Einschätzung die juristische Situation noch einmal "eingehend überprüfen": "Wenn es einen Regelbedarf gibt, werden wir die Sache selbstverständlich regeln", sagte Fay.

Die Grünen im Römer fordern in ihrem Antrag aber nicht nur die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Hitlers. Die Stadt soll vielmehr eine Dokumentation über alle Ehrenbürger der Stadt Frankfurt erstellen, die ohne Kommentierung und Bewertung Fakten und Dokumente zu der jeweiligen Verleihung der Ehrenbürgerwürde umfaßt. Die Dokumentation müsse kostenlos an alle Bürger abgegeben werden. Bis zur Fertigstellung dieses Papiers und einer Diskussion darüber in den Ortsbeiräten und im Stadtparlament darf die Stadt Frankfurt nach Ansicht der Grünen keine weiteren Ehrungen mehr vornehmen.

"Wir wollen keine Geschichts-Reinigung zum Billigtarif", sagte die Stadtverordnete der Grünen, Manon Tuckfeld, zur Begründung des Antrages. Schon der Streit um die Bebauung des Börseplatzes habe gezeigt, daß Geschichte nicht nur sinnstiftend positiv sein kann.

Die grundsätzliche Diskussion über die politische Bedeutung der Ehrenbürgerwürde war schon 1986 einmal aufgeflammt, als die Stadt den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand zum bisher letzten Ehrenbürger Frankfurts ernannte. Bereits damals war in einem historischen Rückblick bekanntgeworden, daß die Stadt sich auf den nationalsozialistischen Erlaß von 1936 bezogen hatte, als es nach dem Ende des Nazi-Regimes darum ging, Hitler die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Erst die Grünen forderten jetzt all. Fings zutage, daß das hessische Innenministerium die Stadt 1948 unter Bezug auf die Hessische Gemeindeordnung (HGO) aufgefordert hatte, einen formalen Aberkennungs-Beschluß zu fassen.

(...)

So brachte die FR am 30.1.1988 einen Artikel von Claus-Jürgen Göpfert "Grüne: Hitler ist noch Ehrenbürger Frankfurts". Göpfert berichtet von Nachforschungen, die ergeben hätten, daß der Magistrat der Stadt Frankfurt die Ehrenbürgerschaft Hitlers 1947 für nichtig erklärt habe, indem er sich auf ein Gesetz stützte, das 1936 erlassen wurde, um Gegner der Nationalsozialisten von der Ehrenbürgerliste streichen zu können. Einen Aufruf des Landes Hessen 1948 die Ehrenbürgerschaft auf einem anderen Weg zu beenden, habe der Magistrat abgelehnt.

Wir halten die Anwendung der betreffenden Gesetze für unmoralisch.

Es ist uns bekannt, daß auch die Stadt Bad Soden Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft verliehen hat. Vor dem Hintergrund des in Frankfurt angewandten Verfahrens stellt sich uns dringend die Frage, wie mit dieser Ehrenbürgerschaft in Bad Soden nach dem Krieg umgegangen wurde.

Wir bitten um Aufklärung darüber, ob Hitlers Ehrenbürgerschaft in Bad Soden noch besteht bzw. wenn sie abgeschafft worden sein sollte, wann, von wem, in welcher Form sowie auf wessen Veranlassung hin dies geschah.

Die Beantwortung dieser Fragen ist für unsere weitere Arbeit von großer Bedeutung.

Im Übrigen halten wir es auch für wichtig, daß der Sachverhalt der Sodener Öffentlichkeit bekannt gemacht wird. Die eben erschienene Neubearbeitung der Broschüre des Bundes Deutscher Pfadfinder "als wenn nichts gewesen wäre" z.B. geht von Bestehen der Ehrenbürgerschaft aus.

Mit freundlichen Grüßen
gez. M.Schaller, B.Dörrlamm, M.-L.Tjoa,
W.Thielking, N.Stieniczka

**Wir erhielten daraufhin folgende Antwort des
Bürgermeisters:**

BAD am Taunus
SÖDEN

Der Magistrat

Königsteiner Straße 73
6232 Bad Soden am Taunus
Telefon 0 61 96 / 208-1
Postfach 1429

Herrn
Martin Schaller
- Geschichtsarbeitsgemeinschaft -
Sodener Weg 9

6232 Bad Soden am Taunus

Amt: - Hauptamt
Auskunft erteilt: - H.Jäckel
Sachbearbeiter: - H.Jäckel
Durchwahl: 208- 217
Unser Zeichen: - Jä/Bw
Datum: - 19.02.1988

Betr.: Ehrenbürgerschaft Adolf Hitler

Bezug: Ihr Schreiben vom 10.02.1988

Sehr geehrter Herr Schaller,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 10.02.1988 und teilen Ihnen hierzu folgendes mit:

Es ist richtig, daß die Gemeindevertretung der Gemeinde Bad Soden in ihrer Sitzung vom 30. März 1933 an den damaligen Reichskanzler Adolf Hitler die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Bad Soden am Taunus beschlossen hat. Gleichzeitig wurde auch durch Beschluß dem damaligen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Mit Verfügung des Landrates des Main-Taunus-Kreises vom 27. Juli 1946, aufgrund eines Erlasses des Herrn Minister des Innern vom 26. Mai 1946, Abteilung IV wurde ersucht, in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung die Aberkennung der Ehrenbürgerrechte für den Reichskanzler Adolf Hitler und den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg vorzunehmen.

Aufgrund dessen hat die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom 5. Juli 1946 beschlossen, Hitler und Hindenburg das verliehene Ehrenbürgerrecht abzuerkennen. Dieser Beschluß wurde dem Landrat des Main-Taunus-Kreises am 6. August 1946 mit beglaubigten Auszug aus dem Sitzungsprotokoll mitgeteilt.

Wie Sie hieraus ersehen, ist man in der erschienen Broschüre des Bundes Deutscher Pfadfinder von falschen Tatsachen ausgegangen. Etwas mehr Sorgfalt in den Recherchen erspart dann manche Peinlichkeit und auch falsche Schlüsse.

Mit freundlichen Grüßen



Gall
Bürgermeister

Wir haben gleitende Arbeitszeit.
Sie erreichen uns am besten in der Zeit von
montags bis donnerstags 8.30 bis 12.30 Uhr und
14.00 bis 16.00 Uhr
freitags 8.30 bis 13.00 Uhr

Bankkonten:
Kreissparkasse Bad Soden am Taunus
(BLZ 501 503 03) Kto.-Nr. 402 5067
Volksbank Bad Soden am Taunus
(BLZ 500 922 00) Kto.-Nr. 889 00
Nassauische Sparkasse Bad Soden am Taunus
(BLZ 510 500 15) Kto.-Nr. 197 000 325
Frankfurter Sparkasse von 1822
(BLZ 500 502 01) Kto.-Nr. 405 353

Commerzbank Bad Soden am Taunus
(BLZ 500 400 00) Kto.-Nr. 11 000 72
Dresdner Bank Bad Soden am Taunus
(BLZ 500 800 00) Kto.-Nr. 7 999 999
Volksbank Vortaunus Bad Soden am Taunus
(BLZ 500 603 06) Kto.-Nr. 135 1990
Postgiroamt Frankfurt/Main
(BLZ 500 100 60) Kto.-Nr. 147 31-603

Man muß sich fragen, auf welcher Seite die "Peinlichkeit" liegt, wenn eine Forschungsgruppe, weil die Stadt ihre Anfragen, die dazu dienen sollen zu recherchieren, nicht beantwortet, zu falschen Schlüssen gezwungen wird und sich von Seiten derselben städtischen Gremien bzw. Instanzen später über mangelnde "Sorgfalt in den Recherchen" beklagt wird.

Darüberhinaus schien man im Rathaus die

Recherchen selbst nicht so genau zu nehmen, denn es fiel offensichtlich niemandem auf, daß angeblich die Gemeinde am 5. Juli 1946 auf eine Verfügung vom 27. Juli 1946 reagierte.

Der Bürgermeister kam unserer Bitte nach Information der Öffentlichkeit über den Sachverhalt nach, indem er für die Veröffentlichung des Briefinhalts in lokalen Zeitungen sorgte:

„Hitler ist kein Ehrenbürger von Bad Soden“

Aufhören mit dem Spuk, daß Adolf Hitler noch heute Ehrenbürger von Bad Soden sei, sollte man nach Auffassung von Bürgermeister Gall. Sogenannte Dokumentationen, wie sie kürzlich auch vom Bund Deutscher Pfadfinder, Schwalbach, an die Öffentlichkeit geraten seien, in denen behauptet wird, Hitler sei noch heute Ehrenbürger der Stadt Bad Soden, entbehren jeder Grundlage.

Während der Diskussion um eine Gedenktafel im Herbst 1987, die an die ehemalige Synagoge in Bad Soden erinnert, wurde diese Frage genauso gestellt, wie jetzt in einem Brief

Sachverhalt bat. In seiner Antwort machte Gall noch einmal deutlich, daß – wie in vielen anderen Städten auch – am 30. März 1933 sowohl Hitler als auch Hindenburg das Ehrenbürgerrecht verliehen wurde.

Mit Verfügung des Landrats des Main-Taunus-Kreises vom 27. Juli 1946, der sich auf einen Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 26. Mai 1946 bezog, wurde die Gemeindevertretung ersucht, die Ehrenbürgerrechte abzuerkennen. Die Gemeindevertretung von Bad Soden folgte diesem Ersuchen in ihrer Sitzung vom 5. Juli 1946 und beschloß, sowohl Hitler als auch Hindenburg das Ehrenbürgerrecht abzuerkennen. Dieser Beschluß wurde dem Landrat mit Schreiben vom 6. August 1946 mit beglaubigtem Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Gemeindevertretung mitgeteilt.

Mit dieser Klarstellung wolle man Halbwahrheiten und Unwissen ein für allemal für die Zukunft ausräumen. Etwas mehr Sorgfalt in den Recherchen erspare eben manche Peinlichkeit und auch falsche Schlüsse, wie sie offensichtlich von dem Bund Deutscher Pfadfinder gezogen worden seien. Geschichtliche Tatsachen müsse man hinnehmen; selbstverständlich aber auch daraus Lehren ziehen, ohne daß die Öffentlichkeit ständig „falsch belehrt“ würde.

Gerade in Bezug auf den November 1938, der sich zum 50. Mal jährt, hätten alle Grund zur Nachdenklichkeit, Besinnung, aber auch zur Reue und zur Vorsicht vor falschen Schuldzuweisungen und Schlüssen gegenüber noch lebenden Menschen, die sich damals im Kindes- oder Jugendalter befanden und den Verführungen des Nationalsozialismus erlagen.

Müllers Freßpaß in der Adlergäß'

empfeht als Tagesgerichte in dieser Woche
Essen zum Mitnehmen, kalt oder heiß

Donnerstag	Stielrippchen auf Sauerkraut Kartoffelpüree	Port. DM 7,90
Freitag	Schollenfilet mit Remoulade und Petersilienkartoffeln	Port. DM 8,80
Montag	Indisches Reisgericht	Port. DM 7,50
Dienstag	Rindergeschnetzeltes »Normandie«, Blumenkohl, Spätzle	Port. DM 9,80
Mittwoch	Nürnberger Rostbratwurst auf Sauerkraut Kartoffelpüree	Port. DM 6,90

Außerdem empfehlen wir Ihnen unsere täglich
frischen Feinkostsalate aus eigener Herstellung

vom 10. Februar 1988 an Bürgermeister Gall von einer Geschichtsarbeitsgemeinschaft, die um Aufklärung über den

HÖCHSTER KREISBLATT, 23.2.88

Hitler ist kein Ehrenbürger

Bad Soden (ko). – Bürgermeister Gall hat in 40 Jahre alten Akten gestöbert, und jetzt steht es eindeutig fest: Hitler ist kein Ehrenbürger von Bad Soden mehr. Ebensowenig wie der Herr von Hindenburg.

Die Schwalbacher Pfadfinder hatten unlängst in einer Dokumentation behauptet, sowohl der einstige Reichspräsident als auch der Nazi-Boss wären nie von der Ehrenbürger-Liste getilgt worden, in die sie – wie in vielen

anderen Städten auch – 1933 ehrerbietig aufgenommen worden waren. Dem ist also nicht so. Das Ergebnis von Bernhard Galls Recherchen:

„Mit Verfügung des Landrats vom 27. Juli 1946 wurde die Gemeindevertretung ersucht, die Ehrenbürgerrechte abzuerkennen. Die Gemeindevertretung von Bad Soden folgte diesem Ersuchen. Ihr Beschluß wurde dem Landrat mit Schreiben vom 6. August 1946 mitgeteilt.“

„Hitler nicht mehr Ehrenbürger“**Bad Soden entzog dem ehemaligen Diktator 1946 die Würde**

BAD SODEN. Man sollte endlich „aufhören mit dem Spuk“, Adolf Hitler sei noch heute Ehrenbürger der Stadt Bad Soden. Berthold Gall (CDU), Bürgermeister der Kurstadt, reagierte damit resolut auf „sogenannte Dokumentationen“, wie sie kürzlich auch vom Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) Schwalbach „an die Öffentlichkeit geraten“ seien, und in denen behauptet werde, Hitler sei „noch heute Ehrenbürger“ Bad Sodens.

Derlei Aussagen entbehren laut Gall „jeder Grundlage“. Bereits während der Diskussion im Herbst vergangenen Jahres, in der es um eine Gedenktafel ging, die an die ehemalige Synagoge in Bad Soden erinnert, sei die Frage nach der vermeintlichen Ehrenbürgerschaft Hitlers aufgetaucht. Ebenso in dem Brief einer „Geschichtsarbeitsgemeinschaft“ an Gall, in dem um „Aufklärung“ gebeten worden sei. Er habe, so Gall, in seiner Antwort „deutlich gemacht“, daß – „wie in vielen anderen Städten auch“ – am 30. März 1933 sowohl Hitler als auch Hindenburg das Ehrenbürgerrecht verliehen worden sei. Doch „mit Verfügung des Landrats des Main-Taunus-Kreises“ sei die Gemeindevertretung im Jahre 1946

„ersucht“ worden, die Ehrenbürgerrechte „abzuerkennen“.

Der Landrat hätte sich damals auf einen Erlaß des Hessischen Innenministers vom 26. Mai 1946 berufen.

Die Gemeindevertretung von Bad Soden sei dem Ersuchen des Kreischefs in ihrer Sitzung vom 5. Juli 1946 gefolgt und habe beschlossen, Hitler und Hindenburg die Ehrenbürgerrechte abzuerkennen. Dieser Beschluß sei dem Landrat dann mit Schreiben vom 8. August 1946 „mit einem beglaubigten Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Gemeindevertretung“ mitgeteilt worden.

Mit dieser „Klarstellung“ hofft Berthold Gall, „Halbheiten und Unwissen ein für allemal ausgeräumt zu haben“. Etwas mehr „Sorgfalt in den Recherchen“ erspare „manche Peinlichkeit“ und „falsche Schlüsse“, wie sie offensichtlich von dem BDP gezogen worden seien.

Der BDP hatte nach eigenen Aussagen in einem Brief an die Stadt Bad Soden zunächst Auskunft darüber verlangt, ob Hitler noch Ehrenbürger der Kurstadt sei oder nicht. Erst als „keine Antwort“ erfolgte, habe man die Behauptung weiter aufrechterhalten. ner

Martin Schaller
Sodener Weg 9
6232 Bad Soden - Altenhain

An den Bürgermeister der Stadt Bad Soden
Herrn B. Gall
im Rathaus
Königsteiner Strasse 73
6232 Bad Soden

Bad Soden, den 7.03.1988

Um die Unstimmigkeiten in der Datierung zu klären und einen Hinweis zu erhalten, wie es möglich sein konnte, daß in Bad Soden wohl kaum jemand noch von den Maßnahmen von 1946 wußte, -oder lag es an anderen Gründen, daß in fünf Jahren niemand die Frage des BDP beantworten konnte- wandten wir uns erneut an die Stadt Bad Soden.

Betr. Ehrenbürgerschaft A. Hitler

Sehr geehrter Herr Gall,

für Ihr Schreiben vom 19.2.88 bedanken wir uns. Wir möchten Sie dennoch bitten, uns eine in Ihrem Brief auftretende Unklarheit zu erläutern.

Sie schreiben: " Mit Verfügung des Landrates des Main-Taunus-Kreises vom 27. Juli, 1946, aufgrund eines Erlasses des Herrn Minister des Innern vom 26. Mai 1946, ... wurde ersucht, ... die Aberkennung der Ehrenbürgerrechte ... vorzunehmen. Aufgrund dessen hat die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom 5. Juli 1946 beschlossen, ... das verliehene Ehrenbürgerrecht abzuerkennen."

Somit hätte die Gemeindevertretung auf eine Verfügung reagiert, die noch gar nicht existierte. Es wäre uns sehr daran gelegen, wenn Sie uns diese Unstimmigkeit aufklären könnten.

Weiterhin ergibt sich die Frage, in welcher Form die Sodener Bevölkerung von diesem Verwaltungsakt der Aberkennung von 1946 in Kenntnis gesetzt wurde.

Schliesslich möchten wir bezugnehmend auf den Artikel der Frankfurter Rundschau vom 23.2. informiert werden, warum der BDP von Ihnen keine Antwort erhielt.

Mit freundlichen Grüßen

Bylla Dörflinger
Wolfgang Hiell

Martin Schaller
Kerstin Staricka
Gal. Joe

Die Antwort lautete:

BERTHOLD R. GALL
BÜRGERMEISTER

RATHAUS
6232 BAD SODEN AM TAUNUS
TELEFON (06196) 208-1
DURCHWAHL: 208-210/211

14. März 1988

Herrn
Martin Schaller
Sodener Weg 9

6232 Bad Soden-Altenhain

Sehr geehrter Herr Schaller,

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 07.03.88 möchte ich Ihnen noch einmal abschließend mitteilen, daß die Daten, wie sie von uns angegeben worden sind, stimmen.

Herrn Joachim Kromer, der ehrenamtlich als Archivar der Stadt arbeitet, habe ich über Ihren Brief informiert und gebeten, daß er Ihnen, sofern Sie dies noch weiter wünschen, Antwort gibt.

Bitte haben Sie Verständnis, daß ich mich persönlich nicht um die weiteren Einzelheiten kümmern kann. Dies gilt auch für Presseinformationen des Bundes Deutscher Pfadfinder.

Mir persönlich ist nicht bekannt, daß ich auf Fragen, die das Dritte Reich betreffen, nicht geantwortet hätte.

Wie bereits erwähnt, setzen Sie sich bitte mit Herrn Kromer in Verbindung.

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Bad Sodener Geschichte wurde mit Unterstützung des Magistrats eine Dokumentation über die Vorgänge am 10. November 1938 erarbeitet, die der Objektivierung dienen soll. Diese Schrift wird in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt und damit allen zugänglich gemacht, die sich für die Thematik interessieren.

Mit freundlichen Grüßen



Berthold R. Gall

Wir wollten die Daten aber unbedingt geklärt wissen und wandten uns deswegen an das Landratsarchiv des Main-Taunus-Kreises:

Wolf Thielking
Eichendorffweg 4
6232 Bad Soden am Taunus

Landratsarchiv des
Main-Taunus-Kreises
z.Hd. Herrn D. Kleiper
Am Kreishaus 1-5
6238 Hofheim

9. März 1988

Sehr geehrter Herr Kleiper!

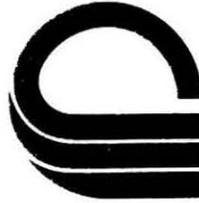
Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft beschäftige ich mich mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Bad Soden. Es bestehen dabei im Zusammenhang mit der Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers hinsichtlich des genauen Ablaufs Unklarheiten.

Mir ist bekannt, daß der Landkreis 1946 an der Aberkennung als zwischen Land und Gemeinde geschaltete Institution beteiligt war. Daher möchte ich gerne erfahren, ob der Vorgang bei Ihnen dokumentiert ist und ob ich die Akten einsehen könnte.

Mit freundlichen Grüßen.

H. Thielking

Hierauf erhielten wir folgende Antwort mit Dokumenten, die unsere Frage klären konnten:



Der Kreisausschuß

**MAIN
TAUNUS
KREIS**

Main-Taunus-Kreis · Der Kreisausschuß · 6238 Hofheim am Taunus 1

Am Kreishaus 1-5
Postfach 14 80
6238 Hofheim am Taunus 1
Telefon: 0 61 92 / 20 10
Teletex: 6 192 935 mtkhofh
Sprechzeiten:
Mo. und Fr. 8.00-12.00 Uhr

Herrn
Wolf Thielking
Eichendorffweg 4

6232 Bad Soden am Taunus

Ihr Aktenzeichen	Unser Aktenzeichen	Durchwahl	Sachbearbeiter	Datum
	41.3/Re	201- 462	Hr. Kleipa	25.03.88

Betr.: Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers in Bad Soden

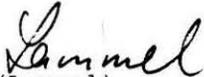
Sehr geehrter Herr Thielking,

mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 09.03.88 senden wir Ihnen beigelegt 3 Ablichtungen aus den Akten des Kreisarchives des Main-Taunus-Kreises. Signatur: Fach 37/4. Die 3 Kopien haben den folgenden Inhalt:

- 1) Verfügung des Ministers des Innern vom 26.05.46,
- 2) Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung Bad Soden vom 05.07.46,
- 3) Schreiben des Bürgermeisters von Bad Soden an den Landrat des Main-Taunus-Kreises vom 06.07.46.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


(Lammel)
Kulturamtsleiterin

Anlagen

Bitte geben Sie stets das Aktenzeichen an.
Sie erleichtern damit sich und uns die Arbeit. Vielen Dank!
Gleitende Arbeitszeit!
Anrufe Mo.-Do. möglichst zwischen 8.30-12.00 Uhr
und 13.30-15.30 Uhr,
freitags zwischen 8.00-12.00 Uhr und 13.00-14.30 Uhr.

Zahlungen erbeten an folgende Konten
der Kreiskasse Main-Taunus, Hofheim
Kreissparkasse Frankfurt/Höchst
(BLZ 501 503 03) Kto. 25 016
Postgiroamt Frankfurt
(BLZ 500 100 60) Kto. 115 64-601

Abt.: IV

An die Herren Regierungspräsidenten Wiesbaden pp.

Betr.: Verleihung des Ehrenbürgerrechts.

In der Zeit des nationalsozialistischen Regimes waren die Gemeinden dazu übergegangen durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Nationalsozialisten ihrer Verbundenheit mit dem nationalsozialistischen Regime Ausdruck zu verleihen.

Es ist mir zu berichten, welche Gemeinden während der vorgenannten Zeit das Ehrenbürgerrecht aus den obenerwähnten politischen Gründen an Nationalsozialisten verliehen haben. Dabei ist im Einzelnen anzugeben, wem das Ehrenbürgerrecht verliehen worden ist, wann und aus welchem Grunde dies geschehen ist. Es ist ferner dabei zu vermerken, welcher Bürgermeister die Verleihung des Ehrenbürgerrechts vorgenommen hat; ich nehme nicht an, dass einer von diesen Bürgermeistern zur Zeit noch im Amt ist. Es ist dabei gleichzeitig zu berichten, ob und welche Massnahmen inzwischen getroffen worden sind, um das vorgenannte Ehrenbürgerrecht wieder abzuerkennen.

gez. Hans Venedey

Der Regierungspräsident
- I 2-Nr. 444/46 -

Wiesbaden, den 1. Juni 1946

An die Herren Landräte und Oberbürgermeister

des Bezirks.

Durch Kurier!

Abschrift zur Kenntnis und entsprechende Berichterstattung bis zum 22. Juni 1946 bestimmt.

Sofort nach der sogenannten "Machtübernahme" im Jahre 1933 gingen die Gemeinden dazu über, führende Personen des Naziregimes zu Ehrenbürgern zu ernennen. Derartige Beschlüsse wurden vielfach noch vor den Märzahlen 1933, also noch von den alten Gemeindevertretungskörperschaften gefasst. In Ihrem Bericht ist deshalb anzugeben, ob die Verleihung des Ehrenbürgerrechts von der Gemeindevertretung oder vom Bürgermeister auf Grund des "Führerprinzips" lediglich nach Anträgen der Gemeindevertretung beschlossen worden ist. Zweckmässig erscheint Berichterstattung in Form einer Nachweisung, die nach folgenden Spalten aufzugliedern ist:

1. Gemeinde

- 2 -

1. Gemeinde:
2. Das Ehrenbürgerrecht wurde verliehen an:
3. Datum:
4. Die Verleihung wurde vorgenommen auf Grund eines Beschlusses
 - a) der Gemeindevertretungskörperschaften vom:
 - b) des Bürgermeisters nach Anhörung der Gemeindevertretung vom:
5. Im Falle von 4 b Name des Bürgermeisters, der die Verleihung des Ehrenbürgerrechts vorgenommen hat:
6. Ist das Ehrenbürgerrecht inzwischen wieder aberkannt worden, wann und durch wen?
7. Bemerkungen.

Falls die Aberkennung des Ehrenbürgerrechts bis jetzt noch nicht erfolgte, ist bei Spalte Bemerkungen anzugeben, ob und welche Massnahmen hierzu getroffen worden sind.

In Vertretung:
gez. Noelle



Beglaubigt:
Röcker
beg. Angestellte

Eilt hr

Der Landrat
des Main-Taunus-Kreises.
A.222/46.

Pfm.-Höchst, den 4. Juni 1946.

APD. 5/646 1.) An
die Herren Bürgermeister
des Kreises.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnis und ersuche Sie um Bericht im Sinne der Regierungsverfügung bis 15.6.46. bestimmt.

2.) Wv. 15.6.46.

I.V. *[Handwritten Signature]*

2

Ufthenzeichen: _____ Bad Soden a. Ts., den 6. August 1946.
Betrifft: Aberkennung eines Ehrenbürgerrechtes.

Beglaubigter Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung

der Gemeindevertretung Bad Soden am Taunus
vom 5. Juli 1946.
Punkt 3 der Tagesordnung:

Ergebnis:

Die Gemeindevertretung beschließt das von der damaligen
Gemeindevertretung am 30.3.1933 an Adolf Hitler und
Hindenburg verliehene Ehrenbürgerrecht diesen zu ent-
ziehen.

gez.: Hermann Beck gez.: Dr. Jungeblodt gez.: Dr. Meyer, Bürgermstr

Die Richtigkeit des vorstehenden Auszuges wird hierdurch beglaubigt. Es wird bescheinigt, daß die Beteiligten unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsmäßig eingeladen wurden.

Bad Soden a. Ts., den 5. August 1946.

Der Bürgermeister

(Stempel)

Unterschrift

3.

Der Bürgermeister



Altbewährtes Heilbad
am Südabhange des Taunus,
vornehmlich für Asthma, Katarrhe, Herzleiden
Mehr als 20 Heilquellen
Weltbekanntes Inhalatorium
Mildes Klima
Bevorzugte Ansiedlungs- und Wohngemeinde

BAD SODEN AM TAUNUS, der 6. Juli 1946.

Fernruf 337 u. 338 (bei Nachruf auch 339)
Postscheck-Konto Frankfurt a. M. Nr. 14731

An den

Herrn L a n d r a t
des Main-Taunus-Kreises,

Ffm.-Höchst.

10. JULI 1946

Betrifft: Verleihung des Ehrenbürgerrechts.

Bezug : Verfügung vom 4.6.46 A 222/46.

In Erledigung Ihrer obigen Verfügung berichte ich, daß die Gemeindevertretung der Gemeinde Bad Soden in ihrer Sitzung vom 30. März 1933 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Benninghofen mit 16 gegen 3 Stimmen die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Reichskanzler Adolf Hitler sowie an den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg beschlossen hat. Eine Ehrenurkunde wurde unter dem gleichen Datum ausgefertigt.

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung vom 5. Juli 1947 beschlossen, das an den Reichskanzler Adolf Hitler und an den Reichspräsidenten von Hindenburg verliehene Ehrenbürgerrecht abzuerkennen.

**Die Verfügung des Landrates stammte also
nicht vom 27.07.1946, sondern vom 04.06.1946.**

Es fällt auf, daß damit die Fristen, die Regierungspräsident (22.06.) und Landrat (15.06.) gesetzt hatten, deutlich überschritten wurden, obwohl auf der Verfügung des Landrates sogar ein Stempel "Eilt sehr" steht.

War es der Gemeindevertretung unangenehm, zugeben zu müssen, daß bisher in dieser Richtung nichts geschehen war? Versuchte sie deshalb, möglichst wenig Aufsehen zu erregen, indem sie das Versäumte einfach nachholte, wozu allerdings eine Überschreitung der Frist nötig war, und dann kommentarlos mitteilte?

Wenn es so gewesen sein sollte, erklärt sich auch, wieso man diese Maßnahme der Bevölkerung 1946 nicht weiter bekannt machte, denn damit hätte man sie lediglich auf den Tatbestand aufmerksam gemacht, daß Adolf Hit-

ler doch auch in Bad Soden Ehrenbürger war.

Ein solches Schweigen über die Vorgänge 1946 würde auch die Reaktion, oder vielmehr Nicht-Reaktion der Stadt auf die Frage des BDP von 1982 erklären. Wußte vielleicht niemand mehr, ob Hitler noch Ehrenbürger sei oder nicht?

Hatte man Angst, man könnte bei der Nachforschung auf für die Stadt unangenehme Ergebnisse stoßen oder allein durch die Behandlung eines solchen Themas die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein unliebsames Thema lenken?

Der BDP, der in den Zeitungsartikeln durch Bürgermeister Gall direkt angegriffen worden war, reagierte darauf mit einem offenen Brief in der BAD SODENER ZEITUNG:

Offener Brief des Pfadfinder-Bundes

Sehr geehrter Herr Gall,
unter Bezug auf eine Meldung in der Bad Sodener Zeitung erfuhren wir, daß Hitler – entgegen unserer Behauptung in der Broschüre „als wenn nichts gewesen wäre“, nun doch kein Ehrenbürger der Stadt Bad Soden mehr ist. Selbstverständlich werden wir in der nächsten Broschüre auf diesen Tatbestand hinweisen. Wenn Sie jedoch von „mangelnder Sorgfalt in den Recherchen“ und „Peinlichkeiten“ reden, so müssen wir darauf hinweisen, daß wir sehr wohl Nachforschungen in dieser Sache angestellt haben, und zwar vor dem Erscheinen der ersten Broschüre 1982. Eine schriftliche Anfrage in dieser Sache an die Stadt Bad Soden blieb unbeantwortet, zwei telefonische Anfragen blieben ebenso erfolglos: Ihr Vorgänger verweigerte uns schlicht die Antwort. Welchen Schluß hätten Sie aus einem derartigen Verhalten gezogen?

In diesem Zusammenhang lasen wir ebenfalls, daß Sie davon gesprochen haben, der BDP habe „sogenannte Dokumentationen“ . . . „an die Öffentlichkeit geraten lassen.“ Eine im Kreisgebiet erscheinende Zeitung nannte die Dokumentation „eindrucksvoll“, die Geschmäcker sind verschieden. Da Sie von einer „sogenannten“ Dokumentation, also einer, die eigentlich gar keine ist, ausgehen, warten wir nun mit Spannung auf eine, die diesem, von Ihnen erhobenen Anspruch gerecht wird: Diese müßte ja dann Dokumente enthalten, die beweisen, daß wirklich kein Bad Soderer damals in der Reichsprogromnacht dabeigewesen ist, als die Synagoge geschändet, das jüdische Kurheim abgebrannt und die Bewohner verschleppt wurden. Diese von Ihnen vertretene Version haben wir in unserer sogenannten Dokumentation, in der wir Teile eines 1949 ergangenen Urteils des Frankfurter Landgerichts zitieren, widerlegt.

Oder gibt es doch noch – uns unbekannte – Dokumente aus der Nazizeit im Sodener Stadtarchiv? Uns erklärte man 1982, alle Naziakten seien verbrannt . . .! Wie auch immer: Wir behaupten nicht, im Vollbesitz der Wahrheit zu sein. Aber wir haben wenigstens versucht, sie herauszufinden, und bei diesen Bemühungen hat sich (dies war zugegebenermaßen vor Ihrer Amtszeit) die Stadtverwaltung Bad Soden nicht gerade kooperativ gezeigt. Es freut uns aber, daß nun doch erste Ansätze sichtbar werden, über diese Zeit wenigstens zu reden, auch wenn man über die Form sicherlich noch streiten kann: Der Magistrat der Stadt Bad Soden hat jede unserer Broschüren sofort nach dem Erscheinen bisher erhalten, und zwar kostenlos.

Von Ihrer Kritik an unseren Recherchen erfuhren wir aus der Zeitung, wir legen Ihnen daher einen frankierten Freiumschlag an uns adressiert bei, damit von Ihnen veröffentlichte, aber uns betreffende Pressemitteilungen uns auch erreichen und so weitere „Peinlichkeiten“, um Sie ein letztes Mal zu zitieren, vermieden werden.

Bund deutscher Pfadfinder
Schwalbach

BERTHOLD R. GALL
BÜRGERMEISTER

RATHAUS
6232 BAD SODEN AM TAUNUS
TELEFON (06196) 208-1
DURCHWAHL: 208-210/211

14. März 1988

Bund Deutscher Pfadfinder
Schulstraße 29

6231 Schwalbach am Taunus

Betreff: Ihre Dokumentation über die Nazizeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

(* * *)

Mit freundlichen Grüßen


Berthold R. Gall

P.S. Wir erlauben uns, diesen Brief als Stellungnahme zu Ihrem offenen Brief an die Presse weiterzuleiten.

LESERBRIEFE

Der Propaganda erlegen

Zum offenen Brief des BDP Schwalbach (HK vom 11. 3.) zum Thema „Dokumentation über die Nazizeit“ schreibt Bürgermeister Gall:

„Ich bin Ihnen sehr dankbar gewesen dafür, daß Sie es auch fairerweise richtiggestellt haben, daß die Nichtbeantwortung eines Briefes aus 1982 an die Stadt Bad Soden nicht von mir zu verantworten war. Unseren Stadtarchivar, Herrn Joachim Kromer, habe ich gebeten, Ihnen – soweit Sie dies wünschen – weitere Aufklärung über das Thema Nationalsozialismus in Bad Soden zu geben, um zu einer Versachlichung und richtigen Berichterstattung, vor allen Dingen aber einer objektiven Beurteilung, beizutragen.

Als 1947 Geborener habe ich genauso wenig wie Sie Mitverantwortung oder gar Rechenschaft über die Zeit von 1933 bis 1945 abzugeben. Gerade deshalb bin ich mit Beurteilungen und Verurteilungen im privaten Bereich, aber erst recht als Bürgermeister, vorsichtig. Aus diesen Gründen nehme ich auch heute viele in Schutz, die als junge Menschen dem Nationalsozialismus gefolgt sind, weil sie der Propaganda in der damaligen Zeit erlegen waren, deren Ziele alle Deutschen und viele in der Welt später mit Verlust der Heimat, Not, Tod und Untergang zu bezahlen hatten.

Wer 1933 die NSDAP gewählt hat, mußte als Wahlberechtigter volljährig, d. h. 21 Jahre gewesen sein. Sie verurteilen damit heute alle die, die 1912 oder früher geboren waren. Die Jüngeren waren doch aus den beschriebenen Gründen von sich aus

nicht in der Lage, etwas zu ändern, weil die meisten bereits im Nazi-Geist erzogen wurden. Die Älteren leben aber meist nicht mehr. Man vergißt allzu leicht den Zustand des Deutschen Reiches in dieser Zeit.

Wegen der Objektivierung dieser Tatsachen fand ich es nicht richtig, nur Bad Sodener Nazis für die Zerstörung und Verfolgung der Juden in Bad Soden verantwortlich zu machen, weil es sich 1938 um einen nationalsozialistischen, verabscheuungswürdigen Befehl Heydrichs handelte, jüdische Synagogen und jüdischen Besitz zu zerstören und durch Haß und Verfolgung das Miteinander überall in Deutschland unmöglich zu machen. Diese geschichtliche Tatsache kann man nicht leugnen, und deshalb sollte man es sich auch ersparen, nach 50 Jahren Schuldzuweisungen vorzunehmen.

Gerade deshalb bin ich dafür eingetreten, die Nationalsozialisten und nicht die Bad Sodener Nationalsozialisten auf der Mahntafel zu erwähnen. Nachweislich waren die Täter Sodener Bürger, aber haben sich nicht auch die moralisch schuldig gemacht, die als Zuschauer und Mitläufer dabei waren? Daß auch Bad Sodener dabei waren, habe ich nie in Zweifel gezogen. Es gibt eben keine Kollektivschuld, sondern nur die moralische Verantwortung, für diese Taten einzustehen.

Nur sollten wir heute nicht noch einmal verurteilen, was bereits 1949 vor den Gerichten verhandelt wurde. Dies wollte ich noch einmal persönlich klarstellen.

Berthold Gall
Bad Soden

HÖCHSTER
KREISBLATT,
24. 3. 1988

Na, wie denn nun Herr Bürgermeister?
Muß man die Mitläufer in Schutz nehmen und
Heydrich ist der böse Mann, oder sind die
Mitläufer genauso schuldig wie die Täter?

Ach so, natürlich besteht ein Unterschied
zwischen den Mitläufern.

Und: Lesen Sie die Bad Sodener Zeitung

Seite 6

23. 3. '88

Bad Sodener Zeitung

Die ersten sind Sodener und deshalb arme
verführte Seelen und die zweiten sind orts-
fremde Mitläufer und deshalb mindestens so
schuldig, wie die Sodener Täter. Ob diese Art
von Logik "... der Objektivierung dieser
Tatsachen ..." dienen wird, sei dahinge-
stellt.

Keine Kollektivschuld

Stellungnahme von Bürgermeister Berthold Gall zum
offenen Brief des Bundes deutscher Pfadfinder betr. Eh-
renbürgerrecht Adolf Hitler in der Bad Sodener Zeitung
am 16. März 1988:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihren offenen Brief hinsichtlich der Ehrenbürgerschaft
von Adolf Hitler und Ihre Einlassung bezüglich Ihrer
Dokumentation über die nationalsozialistische Vergan-
genheit habe ich erhalten. Ich bin Ihnen sehr dankbar ge-
wesen dafür, daß Sie es auch fairerweise richtiggestellt
haben, daß die Nichtbeantwortung eines Briefes aus
1982 an die Stadt Bad Soden nicht von mir zu verantwor-
ten war. Unseren Stadtarchivar, Herrn Joachim Krom-
er, habe ich gebeten, Ihnen – soweit Sie dies wün-
schen – weitere Aufklärung über das Thema National-
sozialismus in Bad Soden am Taunus zu geben, um zu ei-
ner Versachlichung und richtigen Berichterstattung, vor
allen Dingen aber einer objektiven Beurteilung, beizut-
ragen.

Als 1947 Geborener habe ich genauso wenig wie Sie Mit-
verantwortung oder gar Rechenschaft über die Zeit von
1933 bis 1945 abzugeben. Gerade deshalb bin ich mit Be-
urteilungen und Verurteilungen im privaten Bereich,
aber erst recht als Bürgermeister, vorsichtig. Aus diesen
Gründen nehme ich auch heute viele in Schutz, die als
junge Menschen dem Nationalsozialismus gefolgt sind,
weil sie der Propaganda in der damaligen Zeit erlegen
waren, deren Ziele alle Deutschen und viele in der Welt
später mit Verlust der Heimat, Not, Tod und Untergang
zu bezahlen hatten.

Wer 1933 die NSDAP gewählt hat, mußte als Wahlbe-
rechtigter volljährig, d.h. 21 Jahre gewesen sein. Sie ver-
urteilen damit heute alle die, die 1912 oder früher gebo-
ren waren. Die Jüngeren waren doch aus den beschrie-

t in der Lage, etwas zu
im Nazi-Geist erzogen
meist nicht mehr. Man

vergißt allzu leicht den Zustand des Deutschen Reiches
in dieser Zeit.

Wegen der Objektivierung dieser Tatsachen fand ich es
nicht richtig, nur Bad Sodener Nazis für die Zerstörung
und Verfolgung der Juden in Bad Soden verantwortlich
zu machen, weil es sich 1938 um einen nationalsozialisti-
schen, verabscheuungswürdigen Befehl Heydrichs han-
delte, jüdische Synagogen und jüdischen Besitz zu zer-
stören und durch Haß und Verfolgung das Miteinander
überall in Deutschland unmöglich zu machen. Diese ge-
schichtliche Tatsache kann man nicht leugnen, und des-
halb sollte man es sich auch ersparen, nach 50 Jahren
Schuldzuweisungen vorzunehmen.

Gerade deshalb bin ich dafür eingetreten, die National-
sozialisten und nicht die Bad Sodener Nationalsoziali-
sten auf der Mahntafel zu erwähnen. Nachweislich wa-
ren die Täter Sodener Bürger, aber haben sich nicht auch
die moralisch schuldig gemacht, die als Zuschauer und
Mitläufer dabei waren? Daß auch Bad Sodener dabei
waren, habe ich nie in Zweifel gezogen. Es gibt eben
keine Kollektivschuld, sondern nur die moralische Ver-
antwortung, für diese Tat einzustehen. Nur sollten wir
heute nicht noch einmal verurteilen, was bereits 1949 vor
den Gerichten verhandelt wurde. Dies wollte ich noch
einmal persönlich klarstellen.

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Bad Sode-
ner Geschichte wurde mit Unterstützung des Magistrats
eine Dokumentation über die Vorgänge am 10. Novem-
ber 1938 erarbeitet, die der Objektivierung dienen soll.
Diese Schrift wird in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt
und damit allen zugänglich gemacht, die sich für die The-
matik interessieren.

Mit freundlichen Grüßen


Berthold E. Gall

Umtriebe der Neonazis einmütig verurteilt

HOCHHEIM. Die Stadt Hochheim
ist in jüngster Zeit wegen neonazisti-
scher Aktivitäten ungewollt in die
Schlagzeilen geraten. Nachdem es das
Stadtparlament in einer früheren Sit-
zung nicht geschafft hatte, die rechts-
radikalen Umtriebe

und nachder

FR, 25.6.88

und mens

und ell. ...
nazistischen Aktivitäten in Hochheim.

Einigkeit herrschte auch, deutsche
Geschichte aufzuarbeiten. wri

Einigkeit herrschte auch, deutsche
Geschichte aufzuarbeiten. wri